

23. Februar 1917

„Gauspries mit Ausnahmungen der auf den Seiten 367

Amtsblatt

Verb 378 900

Prinzess 13

der k. k.

Postl.

24/217

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.



Mag.

Nr. 16.

Freitag den 23. Februar 1917.

Jahrgang XXVI.

Bezugspreise: Für Wien mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Außerhalb Wiens: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.

Der ganzjährige Bezug beginnt mit 1. Jänner, der halbjährige mit 1. Jänner beziehungsweise 1. Juli jedes Jahres.

Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 100.367

Fernsprecher: Rathaus, Klappen-Nr. 120.

Einzelne Nummern à 20 Heller bei der Schriftleitung: Neues Rathaus, 1, Stock, Stiege IV.

Für den Buchhandel in Kommission bei Gerlach & Wiedling, I., Elisabethstraße Nr. 13. — Ganzjährig 20 K.

Annahme kleiner Anzeigen bei Haasenstein & Vogler A.-G., I., Schulerstraße 11.

Wien während des Krieges.

(Dreißigste Folge.)

Die Friedenshoffnungen, welche die letzten Weihnachten umschwebten, hat das neue Jahr rasch zernichtet.

Unsere Bereitwilligkeit, das entsetzliche Blutvergießen durch Verhandlungen zu beenden, ist von den Feinden schände zurückgewiesen worden.

Mit vollkommener Deutlichkeit wurde als Kriegsziel erklärt, uns und unsere Verbündeten staatlich und wirtschaftlich zugrundezurichten. Dagegen werden wir uns mit äußerster Kraftanstrengung wehren, denn alle Leiden des Krieges sind erträglich im Vergleich zu dem, was uns da angedroht worden ist.

Ein Zeichen unserer **ungebrochenen Wehrhaftigkeit** ist das Ergebnis unserer

fünften Kriegsanleihe,

das wiederum in Österreich allein

4 Milliarden

weit überstiegen hat.

Die Verzinsung der bisherigen Kriegsanleihen ist durch finanzielle Maßnahmen sichergestellt.

Unsere

wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

ist, wie aus dem Steigen der Einlagen bei den Geld-Instituten, den Banken und Sparkassen zu entnehmen ist, noch nicht erschöpft.

Auch die

Steuereingänge

waren im Monate Jänner befriedigend.

Die Einzahlungen beim Wiener städtischen Steueramte betragen im Jänner:

	1917	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern K	1,281.391·38	K 1,078.837·50
„ Erwerbsteuern	8,745.694·66	„ 7,775.462·49
„ Einkommensteuer	4,999.794·87	„ 3,843.615·80
„ Rentensteuer	808.368·51	„ 650.674·59
„ Befoldungssteuer	166.976·45	„ 320.444·04
„ Tantiemenabgabe	281.030·20	„ 328.464·48
„ Militärtagen	42.624·67	„ 95.483·50
„ Kriegsgewinnsteuer	2,907.263·74	„ —
„ Kriegszuschlägen	7,395.754·61	„ —
„ Rentabilitätszuschlägen „	930.217·58	„ —
„ Verzugszinsen	105.895·21	„ 79.842·27
„ Landesumlagen	3,571.000·—	„ 2,828.000·—
„ Gemeindeumlagen	4,330.000·—	„ 3,425.000·—
„ sonstigen Abgaben	687.988·12	„ 529.175·33
Zusammen . K	36,254.000·—	K 20,955.000·—

Seit Beginn des laufenden Verwaltungsjahres (1. Juli 1916) betragen die Steuereinzahlungen **206,474.000 K** gegen 164,129.000 K in der gleichen Zeit des vergangenen Verwaltungsjahres.

Über die **Erwerbsverhältnisse** der arbeitenden Bevölkerung gibt der Ausweis des

städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

folgendes Bild:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellenangebote	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen u.	149	165	118
Holzverarbeitung	123	115	100
Baugewerbe und Spengler	125	80	67
Leder- und Textilindustrie, Papier und graphische Fächer	76	70	67
Kleidermacher	69	77	49
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	111	207	104
Bäcker	99	168	102
Kaffeefieder	348	500	293

	Stellenangebote	Stellenangebote	Stellenvermittlungen
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter	983	758	802
Gewerbliche Frauenarbeit	511	672	437
Lehrlinge	23	17	11
Summe .	2.617	2.829	2.150
Dienstvermittlung	5.903	5.074	3.368
Zusammen .	8.520	7.903	5.518

In den **Wohnungsverhältnissen** hat sich nach der Zahl der Kündigungen und Zwangsräumungen gegen den Vormonat keine wesentliche Änderung ergeben.

Eine starke Zunahme hat die Benützung der

unentgeltlichen Auspeisung

erfahren, die Zahl der täglich ausgegebenen **Speiseportionen** ist im Jänner bis auf **75.000** gestiegen. Auch die entgeltliche Auspeisung in den **Kriegsküchen** hat zugenommen; die Zahl der Kriegsküchen betrug 32, die Zahl der ausgegebenen Speiseportionen in den vier Jännerwochen **736.575**. Es hängt das mit den Schwierigkeiten der

Lebensmittelversorgung

zusammen, die im abgelaufenen Monate insbesondere durch die außerordentlich ungünstigen Witterungsverhältnisse wesentlich vergrößert wurden. Die Zufuhren an **Gemüse und Kartoffeln** litten unter dem strengen Frost. Während eines großen Teiles des Monats konnten **Kartoffel** nur aus den Mieten der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Zeitweise konnten anstatt der Kartoffel nur deutsche Kohlrüben („Brucken“), die sonst nur wenig auf den Markt kommen, ausgegeben werden. Die **Fleischzufuhren** deckten knapp den Bedarf und als große Wohltat erwies sich der Vorrat der Gemeinde an **Gefrierfleisch**, das zu mäßigen Preisen in Verkehr gebracht wurde. Durch die **städtische Lebensmittelversorgung** wurden seit Beginn ihrer Tätigkeit (anfangs November) 26.723 Hasen, 1367 Mehe, 166 Hirsche dem Konsum zugeführt.

Die **Fettversorgung** war spärlich, wenn auch die Butterzuschüsse aus Oberösterreich einige Besserung bewirkten. Der **Siernot** konnte durch Ausgabe von Kühleiern einigermaßen abgeholfen werden. Besonders empfindlich gestaltete sich die **Milchnot**; die Bahnzufuhren im Jänner sanken bis auf 9,062.984 l.

Auch die **Kohlenversorgung** litt unter den Transport-schwierigkeiten. Auf dem Nordbahnhofe wurden 98.059 t Steinkohle zugeführt und 87.353 t abgeführt, der Vorrat am Monatsende betrug 57.000 t gegen 79.000 t im Vorjahre.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Beschickung der Märkte mit Lebensmitteln.

Der Auftrieb auf dem

Schlacht- und Stechviehmärkte in St. Marx

betrug im Jänner:

	1916	1917
an Rindern	15.084 Stück	9.056 Stück
„ Kälbern	18.059 „	7.624 „
„ Lämmern	340 „	299 „
„ Schafen	1.513 „	10.225 „
„ Schweinen	43.875 „	2.209 „

In der

Großmarkthalle

wurden zugeführt im Jänner:

	1916	1917
an Rindfleisch	2,127.822 Kilogramm	414.345 Kilogramm,
„ Kalbfleisch	12.996 „	562 „
„ Schafffleisch	848 „	266 „
„ Schweinefleisch	569.535 „	144.322 „
„ Kälbern	8.302 Stück	1.826 Stück
„ Schafen	4.335 „	8.451 „
„ Schweinen	4.462 „	4.542 „
„ Lämmern	68 „	1.833 „

An

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte im Jänner:

	1916	1917
an Gemüse	42.049 Meterzentner	36.924 Meterzentner
„ Kartoffeln	12.190 „	33.304 „
„ Obst	25.406 „	5.547 „
„ Butter	544 „	228 „
„ Eiern	2,764.340 Stück	456.560 Stück.

Die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände stellten sich in der letzten Jännerwoche folgendermaßen:

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Stadtrat.

Bericht

über die Sitzung des Stadtrates vom **15. Februar 1917.**

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.
 Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer.
 Vize-Bürgermeister Franz Hof.

Seller

Rindfleisch per Kilogramm	525 — 1150
Schweinefleisch „	770 — 1400
Schweineschmalz „	960 — —
Schweinespeck „	930 — 1000
Butter „	1060 — 1450
Margarine „	960 — 1200
Eier „ Stück	20 — 44
Milch „ Liter	48 — 56
Mehl „ Kilogramm	67 — 120
Brot „	50 — 57·5
Kartoffel „	18 — —
Sauerkraut „	62 — 64
Bohnen „	90 — 220
Zwiebel „	70 — 124
Zucker „	113 — 120
Petroleum „ Liter	44 — 48
Steinkohle „ 50 kg	300 — 352
Braunkohle „ 50 „	160 — 290

Die

Krankenbewegung

in den Zivilspitälern einschließlich der dajelbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich im Jänner folgendermaßen:

	1916	1917
Anfänglicher Krankenstand	11.829	11.127
Zuwachs	9.280	9.845
Abgang durch Entlassung	8.756	8.575
Abgang durch Ableben	901	864
Schließlicher Krankenstand	11.452	11.583

Im übrigen wurde auch der

Gesundheitszustand der Bevölkerung

durch die kalte Witterung ungünstig beeinflusst, wenn auch der Durchschnitt der letzten Jahre nicht erreicht wurde. Die **Sterbeziffer** auf 1000 Einwohner betrug in den vier Jännerwochen 15 gegen 12·9 im Dezember und 15·5 im Jänner des Vorjahres. Unter den **Erkrankungen** machte sich seit Mitte des Monats die Influenza ziemlich bemerkbar, dagegen sind Scharlach und Diphtherie stark zurückgegangen. Von Blattern und Cholera ist die Zivilbevölkerung frei geblieben, an Flecktyphus sind 11 Flüchtlinge und 2 Einheimische erkrankt.

Anwesende: Angermayer,	Knoll,
Baron,	Remeh,
Braun,	Schmid,
Brauneiß,	Schneider,
Dechant,	Schwer,
Fraß,	Tomola,
Grünbeck Sebastian,	Wessely,
Dr. Haas,	Wippel,
Heindl,	Zajka,
Hermann,	

Entschuldigt: Vize-Bürgermeister Josef Rain, die St.-R. Dr. Mataja, Pöcher.

Schriftführer: Magistrats-Konzept-Praktikant Dr. v. Kleeborn.

Vize-Bürgermeister Bierhammer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilungen:

1. Nachweisung

über die Belastung des Reservefonds für das Verwaltungsjahr 1916/17 mit 10. Februar 1917.

Reservefonds	1.000.000 K -- h
Belastung durch bereits zur Gebühr erwachsene Auslagen	364.197 K 07 h
Belastung durch genehmigte, jedoch noch nicht zur Gebühr erwachsene Auslagen	674.311 „ 39 „
zusammen	1.038.508 „ 46 „
daßer noch	38.508 K 46 h

verfügbar.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesamtbetrag von 191.071 K 23 h in Vormerkung, deren Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

2. Das k. u. i. Kriegsministerium, Marie-Sektion, dankt für den Nachruf anlässlich des Ablebens des Großadmirals und Marine-Kommandanten Anton Haus in herzlicher Weise. (Zur Kenntnis.)

3. Einladung des Wiener Eislaufvereines zu dem am 18. Februar 1917 stattfindenden Kunstlauf-Wettbewerb für die Schüler und Schülerinnen der Mittelschulen Niederösterreichs. (Zur Kenntnis.)

4. Bericht der städtischen Lebensmittelversorgung, Stelle 5, über den Kohlenabsatz auf den städtischen Kohlenlagerplätzen im Jänner 1917.* (Zur Kenntnis.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Baron wird beschlossen:

(P. Z. 1882, M. A. III, 527.) Von der Ergreifung eines Rekurses gegen die Entscheidung vom 28. Jänner 1917, M. Abt. XVII, 2221/16, womit der Elektrischen Glühlampenfabrik Watt A.-G. die gewerbebehördliche Genehmigung zur Einlagerung von höchstens 100 mit gepresstem Wasser-, Sauer- und Stickstoff gefüllten Stahlflaschen in dem im rückwärtigen Teile der Realität XIX., Grinzingerstraße 86, gelegenen Weinkeller bis 1. Juni 1917 erteilt worden ist, wird Abstand genommen.

(P. Z. 1864, M. A. X, 12106/16.) Der Henriette Hönl, XVIII., Schulgasse 2, wird das heimgefallene eigene Grab Gruppe V, Reihe 4, Nummer 4 a im Döblinger Friedhofe um 1200 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

* Der Bericht ist in der vorliegenden Nummer unter „Allgemeine Nachrichten“ vollständig zum Abdruck gebracht.

Zur nachträglichen Erwerbung des eigenen Grabes Gruppe V, Reihe 4, Nummer 5 im selben Friedhofe ist der Betrag von 600 K samt den 5prozentigen Verzugszinsen dieser Gebühr, gerechnet vom 29. Dezember 1906 bis zum Erlagstage, einzuzahlen.

(P. Z. 1803, M. A. X, 640.) Der Hedwig Mathe, I., Elisabethstraße 5, wird das eigene Grab Gruppe 23, Reihe 2, Nummer 3 (früher 3 und 4) im Döblinger Friedhofe um 1200 K auf die Dauer des Friedhofsbestandes überlassen.

(P. Z. 1862, M. A. XI, 12107/16.) Dem Ansuchen des Viktor M. Eisenstein, XVIII., Hochschulstraße 3, um Überlassung der Arkadengruft Nummer 5 im Döblinger Friedhofe nach dem Ansatze für Zugewiesene wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Brauneis wird beschlossen:

(P. Z. 1861, M. A. VII, 955.) Dem vorliegenden Ansuchen des Pflasterermeisters Karl Piccardi, XVII., Sautergasse 4, um Nachsicht der Ordnungsstrafe von 50 K, die der Magistrat über ihn wegen vertragswidriger Ausführung von Ampfasterungsarbeiten am äußeren Neubaugürtel im XV. Bezirke verhängt hat, wird keine Folge gegeben.

(P. Z. 1892, M. B. A. XV, 23201/16.) Der Franziska Faast, Hausbesorgerin des städtischen Hauses XV., Turnergasse 7, wird vom 1. März 1917 an eine monatliche Bestallung von 5 K bewilligt.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Fraß wird beschlossen:

(P. Z. 1814, M. A. XV, 10262/16.) Dem Fortbildungsschulrate Wien werden für die fachliche Fortbildungsschule der Naturblumenbinder und -Händler die in der Aufnahmeschrift vom 19. Jänner 1917, Z. XV, 10262/16, aufgezählten Schulräume der Mädchen-Bürgererschule VII., Neustiftgasse 100, an den in dieser Aufnahmeschrift genannten Tagen und Stunden unter den üblichen Bedingungen zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen.

Gleichzeitig werden auch dem Fortbildungsschulrate Wien für die derzeit unter gemeinsamer Leitung mit obiger Fortbildungsschule stehende fachliche Fortbildungsschule der Strohhut-Erzeuger die in derselben Aufnahmeschrift des Wiener Magistrates aufgezählten Schulräume an den dort genannten Tagen und Stunden zur Mitbenützung unter den üblichen Bedingungen überlassen.

Hiedurch tritt der Stadtrats-Beschluß vom 6. Oktober 1911, P. Z. 15250, außer Kraft.

(P. Z. 1867, M. A. XI, 5336.) Die Wahl des Franz Lamme!, Post-Unterbeamter, VII., Halbgasse 8, zum Armenrate des VII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 1564, M. A. XIV, 2947.) Der k. l. priv. österreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe wird die Zustimmung zur Herstellung eines portalähnlichen Vorbaues bei dem Hause VII., Bollergasse 2, unter der Bedingung erteilt, daß als Entschädigung für den durch den Vorbau in Anspruch genommenen Straßengrund in der Front an der Mariahilferstraße und des anschließenden Teiles der Bollergasse im Ausmaße von 8'47 m²

ein Betrag von 1500 K für den Quadratmeter und für den im restlichen Teile der Bollergasse in Anspruch genommenen Straßengrund im Ausmaße von 3'66 m² ein Betrag von 800 K für den Quadratmeter, sohin zusammen 15.639 K vor Hinausgabe der Baubewilligung bei der städtischen Hauptkassa erlegt werden, wobei die Kosten der Vertragserrichtung, Planausfertigung und grundbücherlichen Durchführung und die Übertragungsgebühr von der Gesuchstellerin zu tragen sind.

Die Baubewilligung für die aus den Plänen und der Verhandlungsschrift vom 18. Jänner 1917 ersichtlichen Bauabänderungen bei diesem Hause wird bestätigt.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Dechant wird beschlossen:

(P. Z. 1823, M. B. A. XVIII, 147/1/14.) 1 Die Gemeinde überträgt die im beiliegenden Plane des Stadtbauamtes vom 7. August 1915, B. A. Z. 1715, ak M. B. A. XVIII, 147/1/14, gelassene und mit den Buchstaben a d e (a) umschriebene, derzeit mit Parzelle 240/3, Einl.-Z. 884 Grundbuch Pöbleinsdorf als reservierter Straßengrund in der Starfriedgasse bezeichnete Grundfläche im Gesamtausmaße von 77'12 m² in das Verzeichnis über das öffentliche Gut.

2. Hingegen haben nach Maßgabe der im Plane des Stadtbauamtes vom 7. August 1915, B. A. Z. 1715/15, beschriebenen Teilflächen nachstehende Entschädigungen zu leisten:

- Der Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 715 Pöbleinsdorf für eine Teilfläche von 3'59 m² den Betrag von 64 K 62 h;
- der Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 341 Pöbleinsdorf für eine Teilfläche von 19'87 m² den Betrag von 357 K 66 h;
- der Eigentümer der Liegenschaft Einl.-Z. 714 Pöbleinsdorf für eine Teilfläche von 53'66 m² den Betrag von 565 K 88 h.

3. Alle mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten haben die sub a, b und c genannten Parteien zu tragen.

Nach dem Berichte und Antrage des St.-R. Tomola wird beschlossen:

(P. Z. 1916, M. A. XV, 2217.) Die an verschiedene Turn-, Gesangs-, Fests-, Stenographie-, Kirchenmusik- und Chorvereine, sowie an alle Vereine mit gleichem oder ähnlichem Zwecke erteilte Bewilligung der Mitbenützung von Schulräumlichkeiten wird mit Rücksicht auf die derzeit gebotene Sparsamkeit mit Beleuchtung und Beheizung bis auf weiteres widerrufen.

Ausgenommen sind Vereine, die sich mit Fürsorgetätigkeit befassen.

(P. Z. 1884, M. A. XV, 452.) Der Schuldnerswitwe Hermine Zeller wird die Belassung im Schuldendienste an der Knaben-Volksschule XVII., Pezlgasse 29, sowie die Benützung der an dieser Schule bestehenden Naturalwohnung bis auf weiteres gegen jederzeit mögliche 14tägige Kündigung bewilligt und ihr für die Dauer der tatsächlichen Dienstleistung vom 3. Jänner 1917 angefangen ein Tagelohn von 3 K angewiesen.

Gleichzeitig wird genehmigt, daß auf die Genannte die Bestimmungen der Vorschrift für die äußere Schulbedienungs sinnermäßige Anwendung zu finden haben.

(P. Z. 1877, M. A. XV, 1835.) Der Henriette Tomberger, Oberlehrerwitwe, wird zu ihrer normalmäßigen Witwenpension eine Gnadengabe in jenem Jahresbetrage, um welchen ihre Witwenpension höher gewesen wäre, wenn ihr Gatte den Anfall der IX. Dienstalterszulage erlebt hätte, das ist demnach im Betrage von jährlich 128 K, vom 1. Dezember 1916 angefangen, bis längstens 31. Dezember 1919 aus den eigenen Geldern der Gemeinde bewilligt. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1895, B. Sch. N., 1809.) Zur definitiven Versetzung der Bürgerschullehrerin Elisabeth Pischorn aus Dienstverhältnissen von der Bürgerschule für Mädchen XVII., Redtenbacherstraße 79, an die Bürgerschule für Knaben und Mädchen XVI., Lorenz Mandl-Gasse 58, wird die Zustimmung erteilt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1825, B. Sch. N., 1792.) Zur definitiven Versetzung der Volksschullehrerin I. Klasse Olga Albert aus Dienstverhältnissen von der allgemeinen Volksschule für Mädchen XIV., Dablergasse 16, an die allgemeine Volksschule für Mädchen XIV., Kellinggasse 7, vom Beginne des Schuljahres 1917/18 wird die Zustimmung erteilt.

(P. Z. 1821, M. B. A. V, 27357/16.) Die den Lehrkräften Pauline Wahra, Paula Pegg, Emanuela Häblig, Franziska Rindinger und Anna Heinzl an der Karl Diehl'schen Fortbildungsschule gewährten Kriegszulagen per je 140 K werden mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1917 unter Berücksichtigung des den städtischen Angestellten mit Gemeinderats-Beschluß vom 12. Jänner 1917, Z. 12060/16, bewilligten Erhöhung der Kriegszulagen auf je 240 K erhöht. Dieselben sind wie bisher in Monatsraten im nachhinein auszubehalten. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1813, M. A. XV, 10731/16.) Dem Ansuchen des derzeit zur Kriegsdienstleistung eingerückten provisorischen Lehrers II. Klasse Johann Schmuck um die gnadentweise Bewilligung zum Fortbezuge der halben Jahresremuneration während der Dauer seiner Landsturmbienstzeit wird auf Grund der gepflogenen Erhebungen grundsätzlich keine Folge gegeben.

(P. Z. 1820, M. B. A. II, 5/16/VI.) Das Ansuchen des Elternvereines „Petalozzi“, II., Große Sperlgasse 32, um Überlassung des Turnsaales der Mädchen-Bürgererschule II., Obere Augartenstraße 38, für Sonntag den 18. Februar 1917, 3 Uhr nachmittags, zur Abhaltung seiner Jahreshauptversammlung wird abgelehnt.

(P. Z. 1886, M. A. XV, 6586.) Der Ankauf des Werkes „Unsere Dichter für das schwarz-gelbe Kreuz“ in je zwei Exemplaren für die Wiener Bezirkslehrerbibliotheken wird genehmigt.

Das hierfür auslaufende Kostenverforderniß von 60 K ist auf Ausgabrubrik XLIII 1 bedeckt.

(P. Z. 1885, M. A. XV, 3578.) Die Anschaffung des Werkes „Papierschnide- und Klebearbeiten“ von Cizel“ in je einem Exemplare für die 15 Wiener Bezirkslehrerbibliotheken wird genehmigt.

Das hierfür auslaufende Kostenverforderniß von 390 K ist auf Ausgabrubrik XLIII 11 bedeckt.

(P. Z. 11010/16, M. A. XV, 10162/16.) Das Ansuchen des Seminarlehrers am Pädagogium Bernhard Merth um die Empfehlung der von ihm herausgegebenen ersten Folge von Österreichs Jugendheften „Von unserem Kaiser“ für die städtischen Schulen, beziehungsweise um den Ankauf dieses Heftes zur Verteilung unter die Schulkinder oder zur Einreichung in die Schülerbibliotheken der Volks- und Bürgerschulen wird keine Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 1792, M. D., 1077.) Dem städtischen Kanzlei-Diurnisten Adalbert Halama wird für die Dauer des Einjährig-Freiwilligen-Präsenzdienstes, das ist vom 12. Februar 1917 bis 11. Februar 1918 im Hinblick auf die bestätigte besondere Rücksichtswürdigkeit des Geschäftstellers der Fortbezug des halben Tagelohnes bewilligt.

(P. Z. 1818, M. A. XXII, 244.) Für das laufende Verwaltungsjahr wird zur Ausgabe-Rubrik XII 5 a (Aufsichtskosten für Amtshäuser und sonstige Gebäude, Barauslagen), ein erster Zuschußkredit von 2969 K 67 h bewilligt.

(P. Z. 1817, M. A. XIX, 1476.) Der im Hauptvoranschlage für das Jahr 1916/17 unter Ausgabe-Rubrik VIII 2 „Remuneration anlässlich der jährlichen Bilanzarbeiten im städtischen Steueramt“ eingesezte Betrag von 20.000 K wird auf die einzelnen Steueramts-Abteilungen, beziehungsweise auf das Zentral-Steueramt nach der Anzahl der diesen Abteilungen zugewiesenen Beamten aufgeteilt.

Der auf die einzelnen Abteilungen entfallende Betrag ist vom Bezirksamtsleiter, hinsichtlich des Zentral-Steueramtes von dem Vorstände der Magistrats-Abteilung XIX auf die einzelnen in Betracht kommenden Beamten monatlich im nachhinein nach der geleisteten dreistündigen Nachmittagsfrequenz unter besonderer Berücksichtigung des während der Nachmittagsfrequenzen entwickelten Fleißes, der angewendeten Sorgfalt und des Ergebnisses der nachmittägigen Dienstleistung aufzuteilen.

Die Entlohnung der Diener, soweit die Heranziehung derselben nach den bestehenden Vorschriften gestattet ist, hat gleichfalls aus den den einzelnen Abteilungen zugewiesenen Beträgen zu geschehen.

(P. Z. 1890, St. Lagerh., 29261/16.) Der Lagerhauswochenarbeiterwitwe Veronika Kulil wird der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 300 K vom 1. Jänner 1917 bis Ende des Jahres 1919, jedoch längstens nur bis zu einer etwa früher einretretenden anderweitigen Versorgung bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1793, M. A. II, 6555.) Das Ansuchen der Marie Wobenhuber um Zuerkennung des Sterbequartales nach dem städtischen Gebäudeaufseher am Zentral-Viehmarkte Robert Kalbmayer wird mit Rücksicht auf den Nachlaß abgewiesen.

(P. Z. 1794, M. A. II, 9141.) Der Straßenarbeiterwitwe Pauline Fischer wird eine Abfertigung von 520 K 12 h bewilligt.

(P. Z. 1891, M. A. XVI, 3149.) In Anlehnung an die über die Durchführung der vorangegangenen Musterungen in den Kriegsjahren 1914 bis 1917 g-faßten Beschlüsse werden die Kosten

der in der Zeit vom 8. bis 22. Februar 1917 stattfindenden Musterung des Geburtsjahresganges 1899 im Gesamtbetrage von 17.530 K von der Gemeinde Wien vorzuschußweise bestritten.

Der Rückersatz ist gemäß § 38, Mob.-Instr. vom gemeinsamen Kriegsetat anzusprechen. Die Frequenzgebühren für eine 3 1/2 stündige Nachmittagsfrequenz im Konfektionsamte, die Vergütung für die Musterungsräume bei Dreher, die Interventionsgebühren für die bei den Musterungen selbst verwendeten Beamten und Diener, sowie die Remuneration der Sicherheitswache werden in dem bisherigen, beziehungsweise in dem durch den Stadtrats-Beschluß vom 18. Jänner 1917, P. Z. 861, neu bestimmten Ausmaße festgesetzt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Braun** wird beschlossen:

(P. Z. 1910, M. A. X, 827.) Der Zentral-Direktorwitwe Irene Füllinger, Mährisch-Döbrau, Antonieplatz wohnhaft, wird die einfache Gartengruft Gruppe 70, Nr. 58 im Wiener Zentral-Friedhofe um den Preis von 2900 K überlassen.

(P. Z. 1815, M. A. XV, 1727.) Dem Ansuchen des Arbeitervereines Kinderfreunde für Niederösterreich um Überlassung des Turnsaales der Mädchen-Volkschule XI., Braunhubergasse 3, wird mit Rücksicht auf den Stadtrats-Beschluß vom 15. Februar 1917, P. Z. 1916/17, bis auf weiteres keine Folge gegeben.

(P. Z. 1875, M. B. A. XI, 14452/16.) Dem Hausbeforger des städtischen Hauses XI., Simmeringer Hauptstraße 30/32, Karl Bruckner wird vom 1. September 1916 an eine Hausbeforgerbestallungsgebühr im Betrage von monatlich 6 K gewährt.

Die Auszahlung erfolgt durch die Hauptkassa-Abteilung für den XI. Bezirk.

(Vize-Bürgermeister Hof übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Sierhammer** wird beschlossen:

(P. Z. 1819, M. A. XXII, 45.) Dem städtischen Übersetzer, Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Schutovits, wird für die von ihm im Jahre 1916 besorgten Übersetzungen eine Entschädigung von 400 K bewilligt.

(P. Z. 1881, St. G. W., 1017.) 1. Die Kotsübernahmepreise der k. k. priv. Österreichischen Länderbank (mit Ausnahme des bis auf weiteres unuerändert bleibenden Preises für Kotsstaub) und die Kotspreise auf den Kleinverkaufsplätzen werden um 64 h per Meterzentner erhöht.

2. Die bisher verschiedenen Preisbegünstigungen für den Kotsbezug der Mitglieder der Werks- und Rohstoff-Genossenschaft der Wäscher und Wäschepußer, der Wirtschafts-Genossenschaft der Händler mit Brennmaterialien, der Metall- und Zinngießer, der Hutmacher und der Approximations-Genossenschaft für Brennmaterial der vereinigten österreichischen Gewerbetreibenden werden aufgehoben und durch einen einheitlichen Nachlaß von 10 v. H. von den jeweils ab Werk geltenden Listenpreisen der Länderbank ersetzt.

Die unter 1 und 2 festgesetzten Preisregierungen treten mit 15. Februar 1917 in Kraft.

(P. Z. 1889, M. D. städt. Lebensm. Verf. Stelle I, 1724.) Vom 1. Februar 1917 angefangen wird eine Erhöhung der bis-

herigen Halbtagentenschädigung für die in den Brot- und Mehl-Kommissionen tätigen Lehrerschaft von 3 K auf 4 K pro Halbttag genehmigt.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1901, M. A. II, 1403.) Die Gemeinde widmet einen Betrag von 20.000 K zur Gründung von Soldatenheimen für Wiener Regimenten.

Der Stadtrat wird ermächtigt, jeweils die Beträge zu bestimmen, welche den einzelnen Heimen zuzuwenden sind.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1917, Sammlungen, 1173.) Mit der Ausführung des mit Stadtrats-Beschluß vom 28. November 1916 beschlossenen Gemäldes „Das Erscheinen der Hulbigungsdeputation der Wiener Gemeindevertretung vor Seiner Majestät Kaiser Karl I.“ wird der Maler Josef Jungwirth, Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien, betraut.

Die Vereinbarungen mit dem Künstler sind in einem Vertrage festzulegen und dieser dem Stadtrate zur Genehmigung zu unterbreiten.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Tomola** wird beschlossen:

(P. Z. 1896, B. Sch. R., 11197/16.) Die provisorische Lehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Redtenbachergasse 79, Marie Baar, welche derzeit an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XVII. Bezirke, Geblergasse 31, in Verwendung steht, wird mit Rechtswirklichkeit vom 14. Juli 1916 im Vorrückungswege zur Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im XVII. Bezirke, Redtenbachergasse 79, gemäß § 46 des n.ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1897, B. Sch. R., 12018/16.) Die Volksschullehrerin II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Kölblgasse 23/25, Marie Sailer, wird gemäß § 40 des n.ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, im Vorrückungswege mit der Rechtswirklichkeit vom 5. November 1916, zur Volksschullehrerin I. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Mädchen im III. Bezirke, Kölblgasse 23/25, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1898, B. Sch. R., 11583/16.) Der provisorische Lehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Windhabergasse 2, Richard Wagner, welcher derzeit an der Bürgerschule für Knaben XIX., Pyrlergasse 16, in Verwendung steht, wird mit der Rechtswirklichkeit vom 31. Oktober 1916 im Vorrückungswege zum Volksschullehrer II. Klasse an der allgemeinen Volksschule für Knaben im XIX. Bezirke, Windhabergasse 2, gemäß § 46 des n.ö. Landesgesetzes vom 29. März 1912, L.-G.-Bl. Nr. 60, ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 635, B. Sch. R., 435.) August Wunderlich wird zum Bürgereschullehrer der III. Fachgruppe an einer Bürgerschule für Knaben im XX. Bezirke ernannt.
(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Jaska** wird beschlossen:

(P. Z. 1866, M. A. XI, 19.) Die Wahl des Karl Hilcher, Bürgereschullehrer, XII., Zenogasse, zum Armenrat des XII. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 1915, M. A. IX, 1069.) 1. Die Ausführungen der Rohrlegungen der Hochquellenleitung und Hydrantenauflagen auf dem neuen Kontumazmarke und Seuchenhofe im XI. Bezirke, wird ausschließlich der bereits genehmigten Erd- und Baumeisterarbeiten und der Trägerlieferung mit dem veranschlagten und besteckten Kostenerfordernisse von 122.287 K 73 h genehmigt.

2. Die Maschinenarbeiten bei der Rohrlegung und Hydrantenauflage mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 10.000 K, ferner die Lieferung und Verlegung von Rohrpastrieken mit dem veranschlagten Kostenerfordernisse von 13.000 K werden der bestbietenden Firma Franz Leg, XVII., Steingasse 8, auf Grund ihrer Anbote vom 14. und 18. Dezember 1916, sowie vom 16. Jänner 1917 übertragen.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1805, M. A. X, 11295/16.) Der Anna Kurzwernhart, Obersternwitwe, Krens a. d. Donau, Spitalgasse 10, wird das eigene Grab Gruppe XXII, Nr. 535, im Baumgartner Friedhofe außer der Reihe um den Betrag von 500 K auf Friedhofbestand überlassen.

(P. Z. 1863, M. A. X, 1169.) Das eigene Grab, Abteilung II, Gruppe III, Nr. 68, im Meidlinger-Friedhofe, wird dem Anton Frohmann, außer der Reihenfolge, um eine Gebühr von 150 K auf 20 Jahre im Sinne der Bestimmungen der Friedhofordnung überlassen.

(P. Z. 1893, M. B. A. XVI, 62871/16.) I. Dem Emil Behle wird die Bewilligung zur Anlage eines Entlüftungschlusses gegen die Straße bei dem von ihm auf der Liegenschaft Einl.-Z. 27 Grundbuch Ottakring, Kat.-Parz. 1629 und 1630 in der Ottakringerstraße, Ecke der verlängerten Hofeggergasse und am Stillfriedplage im XVI. Bezirke nach Demolierung der alten Bestände zu erbauenden Wohn- und Geschäftshauses unter den in Bauverhandlungsschrift vom 16. Jänner 1916, M. B. A. XVI, 62871/15, auf Seite 9, 10 und 11 angeführten, den Vorschriften des Gemeinderats-Beschlusses vom 8. März 1889, Z. 154, entsprechenden Bedingungen und die Anlage eines Nisales in der Ottakringerstraße im Ausmaße von 13·60 m × 0·15 m = 2·04 m³ unter der Bedingung erteilt, daß für die Inanspruchnahme des städtischen Grundes durch die Nisalanlage eine Grundentschädigung von 65 K per Quadratmeter, daher 2·04 m² × 65 K = 132 K 60 h von dem Bauwerber bei der städtischen Hauptkassa-Abteilung für den XVI. Bezirk noch vor der Hinausgabe der Baubewilligung zu den eigenen Geldern der Gemeinde Wien einbezahlt wird.

Sohin wird die vom magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk zu erteilende Baubewilligung bestätigt.

II. Die vorgelegten Pläne der Fassade des oben bezeichneten Neubaus werden genehmigt.
(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1822, M. B. A. XIII, 43848/16.) Das Statthaltereis-Protokoll vom 3. November samt Plänen, betreffend bauliche Herstellungen aus Anlaß der Errichtung eines Benzinslagers auf der

nach dem Kriegleistungsgesetze in Anspruch genommenen Realität in Wien, XIII., Vingerstraße 145, wird in nachträglicher Genehmigung der von den Vertretern der Gemeinde Wien und des Wiener Magistrates bei der Verhandlung abgegebenen Erklärung, vorbehaltlich der Zustimmung des Wiener Stadtrates gegen die Erteilung der Baubewilligung bei Erfüllung der von der k. k. n.-ö. Statthalterei gestellten Bedingungen keine Einwendung zu erheben, zustimmend zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 1798, M. A. IV, 358.) Der k. k. Post- und Telegraphen-Direktion für Österreich unter der Enns wird gestattet, die für die Verlegung eines Fernsprechkabels im XII. Bezirke, in der Gartenanlage in der Breitenfurterstraße und auf der Philadelphiabrücke notwendigen Aufgrabungsarbeiten im Februar 1917 vorzunehmen.

Diese Bewilligung wird an die in der Aufnahmeschrift vom 8. Februar 1917, M. A. IV, 358, enthaltenen Bedingungen geknüpft.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung

Seine Majestät der Kaiser hat das Wildbret von zehn Hirschen der Gemeinde Wien zur Verteilung unter die Armen Wiens gespendet.

Die Versammlung beschließt, Seiner Majestät den untertänigsten Dank auszusprechen.

Nach dem Berichte und Antrage des **Vize-Bürgermeisters Hof** wird beschlossen:

(P. Z. 1918, M. D., 308.) Die Magistrats-Direktion wird auf die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse ermächtigt, bei regelmäßigen Nachmittagsfrequenzen die Verrechnung von Entschädigungen nach Maßgabe des Stadtrats-Beschlusses vom 18. Jänner 1917, Z. 843, zu gestatten.

(P. Z. 1887, M. A. XIV, 1428.) Im Wege der Zeitbeförderung wird:

I. Dem definitiven Bezirkswahlatasterbeamten Hans Förster die X. Rangklasse der städtischen Beamten mit dem Range vom 23. Dezember 1916 verliehen.

II. Die definitiven Assistenten im Zentral-Wahl- und Steuerkataster Josef Stöhr und Paul Buketich zu Offizialen mit dem Range vom 18. Jänner 1917 ernannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1827, St. G. W., 57.) Der technische Beamte Franz Brunner wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom 2. Dezember 1916 in die III. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der technischen Beamten mit dem Gehalte von 2400 K und dem Quartiergelde von 1200 K befördert.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1829, St. G. W., 770.) Dem Rechnungsbeamten der städtischen Gaswerke Hans Spalek wird das Definitivum im Sinne der Dienstordnung für die definitiv angestellten Beamten und Diener der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke in Wien verliehen. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1828, St. G. W., 3591.) Der Rechnungsbeamte Karl Bachal wird im Wege der Zeitbeförderung mit dem Range vom

1. Jänner 1917 in die II. Gehaltsklasse, 3. Gehaltsstufe der Rechnungsbeamten mit dem Gehalte von 3000 K und dem Quartiergelde von 1500 K befördert. (Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

(P. Z. 1831, St. G. W., 3380.) Der Laternenwärterwitwe Hermine Färber wird eine Witwenpension im jährlichen Betrage von 350 K 40 h, sowie ein Erziehungsbeitrag für das Kind Helene von 70 K 8 h jährlich zuerkannt.

(Mehr als 16 Stadträte anwesend.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Seindl** wird beschlossen:

(P. Z. 1870, M. A. XIII, 6006.) Dem Johann Wipplinger wird aus den neuer gemachten Ersparnissen bei der Sebastian Neydhart'schen Stiftung für Wiener Bürger der restliche Betrag von 100 K verliehen.

(P. Z. 1812, M. A. XIV, 3459.) Die Bekanntgabe der Baulinie Einl.-Z. 1752 an der Herrengasse des Grundbuches des I. Bezirkes an die Österreichische Waffenfabriks-Gesellschaft I., Teinfaltstraße 7, wird zur Kenntnis genommen.

(P. Z. 1797, M. A. III, 593) Eduard Banekla, Teppichhändler, wird aus dem Bestandverhältnisse bezüglich des Magazines Nr. IV a im Allgemeinen Versorgungshause I., Kärntnerstraße 47, ab Februartermin 1917 entlassen.

(P. Z. 1872, M. A. XIII, 6022/16.) Nachstehenden Wohltätigkeitsanstalten werden folgende Beiträge aus den Zinsen der David Lohringer'schen Stiftung verliehen, und zwar:

Dem Vereine der „Wiener Jugendfreunde“ 50 K;
dem Favoritner Wohltätigkeitsvereine „Senefelderbund“ 50 K;
dem Wohltätigkeitsvereine „Gute Herzen“ 50 K;
dem Blindenunterstützungsvereine „Die Purkersdorfer“ 60 K
dem Wohltätigkeitsvereine „Kinderliebe“ 50 K;
dem „Werke des heil. Johannes Franziskus Regis“ 50 K;
dem Vereine zur Erhaltung der Kinderkrippe in Simmering 50 K;
dem Hilfsvereine für christliche Ehen 50 K und
dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung einer Kinderbewahranstalt unter den Weißgärbern 100 K.

(P. Z. 1871, M. A. XIII, 7748/16.) Den Wiener Bürgern Josef Betschacher, Prokop Stadef und Franz Wefely, welche um die Verleihung einer Unterstützung aus der Sebastian Neydhart'schen Stiftung angefragt haben, wird je ein erledigter Albert Hardt'scher Stiftpfand monatlicher 12 K vom 1. Februar 1917 angefangen auf Lebensdauer, beziehungsweise bis zum eventuellen Übertritte in die geschlossene Armenpflege verliehen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Anoll** wird beschlossen:

(P. Z. 1906, M. A. III, 605.) In teilweiser Abänderung des Gemeinderats-Beschlusses vom 22. Mai 1914, P. Z. 7229, wird den Eheleuten Franz und Johanna Hansal die Frist zur Verbauung der Baustelle I, Rat.-Parz. 831/2 Ragran bis zum 22. Februar 1918 verlängert. (An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1905, M. A. III, 463.) Das neuerliche Anbot der Paula Schlenker, der Gemeinde Wien die im Grundbuch

Stadlau unter Einl.-Z. 100 inliegenden Kat.-Parz. 550/1, 550/2, 550/3 und 549 im Gesamtausmaße von 13.610 m² um den Einheitspreis von 9 K per Quadratmeter zu verkaufen, wird mit Rücksicht auf die weitaus zu hohe Forderung abgelehnt.

(P. Z. 1824, M. B. N. XXI, 32227/16.) Die vom magistratischen Bezirksamte für den XXI. Bezirk der Altiengesellschaft Österreichische Fiatwerke zu erteilende Bewilligung zur Erbauung einer hölzernen Aufbewahrungshalle für Kraftwagen auf der Kat.-Parz. 1088 in Einl.-Z. 94 und Kat.-Parz. 1048 bis 1051, 58, 59, 64 und 65 in Einl.-Z. 37 Grundbuch Groß-Feldersdorf II, wird unter der Bedingung bestätigt, daß der über die Liegenschaft Kat.-Parz. 1088 in Einl.-Z. 94 führende Feldweg im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien entsprechend verlegt und straßenmäßig hergestellt werde, ferner daß das ganze neue Gebäude über jederzeitiges Verlangen der Gemeinde Wien, spätestens aber nach Beendigung des derzeit herrschenden Krieges ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung wieder beseitigt, sowie zur Sicherstellung der letzt erwähnten Verpflichtung ein Pfandgeld in der Höhe von 4000 K bei der Hauptkassa-Abteilung für den XXI. Bezirk erlegt werde.

(P. Z. 1894, M. B. N. XXI, 1815.) 1. Die dem Wilhelm v. Dieß zu erteilende Baubewilligung für die Errichtung eines aus ausgemauerten Mauerwänden bestehenden Kanzleigebäudes und von drei hölzernen Schuppen auf den Kat.-Parz. 570 und 571/1 in Einl.-Z. 630 Landtafel XXI. Bezirk an der Priefnitzgasse wird unter den in der Aufnahmeschrift vom 24. Jänner 1917 angeführten Bedingungen bestätigt.

2. Es wird die Bewilligung erteilt, daß die aus Anlaß dieser Bauten vorgeschriebene Kanaleinmündungsgebühr per 1440 K vorläufig nicht entrichtet, sondern an deren Stelle eine jährliche, im vorhinein einzahlbare und unteilbare Benützungsgeld per 72 K an die Gemeinde Wien bezahlt werde.

Die Gemeinde behält sich jedoch vor, wenn nachträglich eine Änderung in den die Gebührenerleichterung begründenden Verhältnissen eintreten sollte, die diesen geänderten Verhältnissen entsprechende Kanaleinmündungsgebühr einzuheben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wessely** wird beschlossen:

(P. Z. 1865, M. A. XI, 93527/16.) Die Wahl nachstehender Personen zu Armenräten des VI. Bezirkes mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919, und zwar des

Leopold Böhm, Tischlermeister, Joaneligasse 4,
 Adolf Günt her, Buchbindermeister, Mariahilferstraße 17,
 Josef Haas, Gemischtwarenhandler, Strohmayergasse 3,
 Karl Don Holl ic k l, Kooperator, Barnabiten-gasse 4,
 Leopold Kur z m a y e r, Buchdruckereibesitzer, Webgasse 6,
 Ludwig Alexander Legat, Handelsschul-Direktor, Miller-gasse 23, und des

Leopold T h e i m e r, Juwelier und Goldarbeiter, Moritzgasse 11, wird bestätigt.

(P. Z. 1800, M. A. VI, 3303.) Dem Leiter des städtischen Fuhrwerksbetriebes Michael Niedermayer wird ab 1. Jänner 1917 auf die Dauer der Kriegsverhältnisse seine Diensteszulage von 900 auf 1500 K jährlich erhöht.

(P. Z. 1873, M. A. XVI, 43861/16.) Die Kosten der Durchführung der Pferdeklassifikation des Jahres 1917 in der Höhe von 12.000 K werden von der Gemeinde vorschußweise aus den eigenen Geldern bestritten. Der Rückersatz ist gemäß § 37 der Mobilisierungsinstruktion vom gemeinsamen Kriegsetat anzufordern.

Die Gebühren für die bei der Klassifikation intervenierenden Beamten und Diener werden, und zwar die Tagesgebühr der Beamten mit 12 K, das Kostgeld der Diener mit 5 K täglich und die Remuneration der l. l. Sicherheitswache mit 3 K per Mann und Tag festgesetzt.

(P. Z. 1799, M. A. VI, 378.) Die bei der Ausführung des Projektes für die Straßenherstellung in der Rechten Bahnzeile im XII. Bezirke eingetretene Kostenüberschreitung von 314 K 55 h wird genehmigt.

(P. Z. 1816, M. A. XV, 1575.) Über Ansuchen werden dem Schul-Ausschusse der kaufmännischen Fortbildungsschule des Wiener Handelsstandes gegen jederzeit möglichen Widerruf die Bezzimmer top. Nr. 21, 23, 24, 25, 27, 28, 29 und 31 der Mädchen-Bürgerschule VI., Stumpergasse 56, an jedem Montag und Donnerstag in der Zeit von 5 Uhr bis 8 Uhr nachmittags und an jedem Mittwoch in der Zeit von 6 Uhr bis 8 Uhr nachmittags unter den üblichen Bedingungen und Bezahlung der jährlich 260 K betragenden Beleuchtungs- und 50 K betragenden Beheizungskosten zur unentgeltlichen Mitbenützung überlassen.

Gleichzeitig werden sämtliche Stadtrats-Beschlüsse die bisher die Überlassung von Bezzimmern dieser Schule an den genannten Schul-Ausschuß betrafen, hiemit außer Kraft gesetzt.

(P. Z. 1801, M. A. VI, 156.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Anschaffung von Pferdebedecken für den städtischen Fuhrwerksbetrieb im Handeinkauf mit den bedeckten Kosten im Höchstbetrage von 9960 K wird nachträglich zugestimmt.

(P. Z. 1796, M. A. III, 565.) Der Verfügung des Herrn Bürgermeisters, betreffend die Vermietung von Geschäftsräumen im Bürgerhospitalfondshause VI., Mariahilferstraße 25, an Johann E s c h m ö s i n g e r, wird nachträglich zugestimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Baron** wird beschlossen:

(P. Z. 1907, M. A. III, 16486/16.) Dem Hugo Selkes ist mitzuteilen, daß die Liegenschaft XIX., Osterleitengasse 12, unverkäuflich ist.

(P. Z. 1663.) Aus dem von der Gemeinde Wien anlässlich der Thronbesteigung Ihrer Majestäten Kaiser Karl I. und Kaiserin Zita gewidmeten Betrage von 200.000 K für notleidende Gewerbetreibende werden verliehen:

An 40 Bewerber des XIX. Bezirkes 2000 K.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. Z. 1860, M. A. IV, 3631.) Der Übernehmerin für die Beistellung der Bespannung der Freiwilligen Feuerwehr Rudolfs-hügel Ottilie Sedlaczek, X., Brunnwegstraße 4, wird die Entschädigung für die Bereithaltung von Pferden, vom 4. Dezember 1916 an, in Anbetracht der Teuerung gegen jederzeitigen Widerruf auf 30 K täglich für das Paar erhöht.

Bis auf weiteres hat sie jedoch vom Zeitpunkte der Mitteilung dieses Stadtrats-Beschlusses an nur ein Paar Pferde für die Feuerwehr Rudolfsheim ständig in Bereitschaft zu halten.

Die sonstigen Vereinbarungen über diese Beistellung von Pferden bleiben aufrecht.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schneider** wird beschlossen:

(P. Z. 1888, W. A., 3448.) Die vom Schiedsgerichte zur Abänderung der Ansätze einzelner städtischer Preistarife für die Dauer des Kriegszustandes in der am 5. Jänner 1917 abgehaltenen Sitzung gefassten Beschlüsse, betreffend die Ausführung der luxurienten Arbeiten und Lieferungen nach den städtischen Preistarifen:

Tarif I. Erds- und Baumeisterarbeiten,
Tarif XXXIII. Wagnerarbeiten,
Tarif XXXVI. Buchbinderarbeiten,
Tarif XXXVII. Bürstenbinderarbeiten,

werden genehmigt.

(P. Z. 5443, W. A. XX, 16234/16 und F.) Die Bezirksamts-Anträge, beziehungsweise Magistrats-Anträge, betreffend 1-6 Ansuchen von Parteien aus dem XX. Bezirke um Nachsicht der Hundesteuer, werden genehmigt.

(P. Z. 1826, St. G. W., 1174.) Der Verlauf von Gußbruch an die Firma Armaturen- und Maschinen-V.-G. vormals Hilpert, Wien, wird nach den Anträgen der Direktion der städtischen Gaswerke genehmigt.

(P. Z. 952, St. Str. B., 4499.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Die Straßenbahn-Direktion wird ermächtigt, einzelnen Schulleitungen bei nachgewiesenem Bedürfnisse, insbesondere während des Winters und der schlechten Jahreszeit, Einzelsfahrtscheine zur Beförderung der mit dem Holen des Frühstücks betrauten Schulkinder auf Rechnung des Betriebes zur Verfügung zu stellen.

(P. Z. 1781, St. Str. B., 700.) Dem Richard Almen, einbeinig, wird eine Freikarte zur Fahrt auf der Strecke zwischen Wohnung und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Schuljahres;

dem Leo Feld, Bürstenbinder, blind, wird eine Kinderkartenanweisung, gültig im Tarifgebiete 1 an den Werktagen des laufenden Jahres (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

der Marie Sustel, Bedienerin, wird je eine Kinderkartenanweisung zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an den Werktagen des laufenden Jahres (Abweisung der beiden Ansuchen im übrigen);

dem Johann Pompač, Straßenbahnschaffner, wird für seine Tochter Hermine je eine Kinderkartenanweisung zur Fahrt zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an den Werktagen des laufenden Jahres (Abweisung der beiden Ansuchen im übrigen);

dem Richard Jaburek, Straßenbahnschaffner, wird für seinen gelenkkranken Sohn Josef mit Begleitperson eine Freikarte zur Fahrt zwischen Wohnung und Leopoldineum, VIII., Biazistengasse 11, gültig auch für eine Begleitperson an den Werktagen für die Dauer der Behandlung an genannter Anstalt;

dem Johann Frič, Straßenbahnschaffner, wird für seinen Sohn Gustav, Kontorist, eine Kinderkartenanweisung zur Fahrt zwischen Wohnung, Dienststelle und Schule, gültig an den Werktagen des laufenden Jahres (Abweisung des Ansuchens im übrigen);

der Wilhelmine Vesely, Bedienerin, wird eine Freikarte zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an den Werktagen des laufenden Jahres;

der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, Tagesheimstätte für Berta Fola, Kindergärtnerin, wird eine Kinderkartenanweisung zur Fahrt auf der Strecke zwischen Wohnung und Dienststelle, gültig an allen Tagen des laufenden Jahres, bewilligt.

(P. Z. 1833, St. Str. B., 4400.) Die Ausfertigung einer Anweisung zur Fahrt nach dem Kinderheim auf den städtischen Straßenbahnen für eine im Asyl der Südbahngesellschaft, XII. Bezirk, tätige Kreuzschwester mit der Gültigkeit auch für eine Begleitperson und an allen Tagen des Jahres 1917, wird genehmigt.

(P. Z. 1879, St. Str. B., 401.) 1. Das Anbot der Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft, Wien, VIII., Friedrich Schmidt-Platz 5, vom 29. Jänner 1917, Nr. 1949 4 B, auf Lieferung von 2 km Stillenschienengleis des Profiles 210/160 mit verstärktem Weitschenkel, wird genehmigt.

2. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen wird zur Durchführung der bezüglichen Bestellung ermächtigt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schmid** wird beschlossen:

(P. Z. 1908, W. A. III, 54.) Der Jahreszins für die aus den top Nr. 18 bis 21 bestehenden Stallräume im städtischen Hause IV., Gußhausstraße 18, wird mit 1000 K bestimmt.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Wippel** wird beschlossen:

(P. Z. 1811, W. A. XI, 5340.) Vom 1. Jänner 1917 angefangen wird die tägliche Verpflegungsgebühr im städtischen Asyl- und Werkhause für Erwachsene mit 2 K, für Kinder mit 1 K, ferner die Entschädigung für die Beistellung eines Werkhausarbeiters (Regietag) mit täglich 2 K festgesetzt.

Die Übernehmer haben vom 1. Jänner 1917 angefangen zu den mit ihnen vereinbarten Arbeitspreisen statt des bisherigen 20prozentigen einen 50prozentigen Zuschlag zu leisten und für die Beistellung der Klebemittel mit der Monatsrechnung eine Entschädigung zu leisten, die bis nach dem jeweiligen Einkaufspreise des städtischen Wirtschaftsamtess für Klebemittel richtig und proportional den Arbeitspreisen aufgeteilt wird.

(P. Z. 1680, W. A. III, 16545/16.) In Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse im Baugewerbe wird Rudolf Komarek aus dem Kaufgeschäfte, betreffend die ihm zufolge Gemeinderats-Beschluß vom 15. Mai 1914, P. Z. 6278, verkauften Baustellen 2 und 3 an der Triefnerstraße, Ecke der Windenstraße, ohne Nachzahlung der bereits fälligen Zinsen des Kaufschillingkrestes unter der Bedingung entlassen, daß derselbe auf einen Ersatz der Kosten für die bisherige Abgrabung verzichtet und zur Sicherstellung der für dieses Kaufgeschäft etwa in Vorschreibung kommenden Gebühren eine angemessene Kaution erlegt.

Die von Rudolf Komarek geleistete Anzahlung im Betrage von 11.377 K wird demselben ohne Zinsen rückerstattet.

Desgleichen wird die zur Sicherstellung der Verbaunungsverpflichtung erlegte Kaution von 2000 K zurückerstattet.

(An den Gemeinderat.)

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Dr. Haas** wird beschlossen:

(P. Z. 1911, W. A. XI, 11976/16.) Der Höchstbetrag der Erhaltungsbeiträge für Arme wird mit monatlich 38 K festgesetzt. Das zu erwartende Mehrerfordernis für das laufende Verwaltungsjahr wird hiemit genehmigt und hiefür ein Zuschußkredit in der erforderlichen Höhe zur Ausgabe-Rubrik XXXVII 12 a bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1868, W. A. XII, 40982/16.) Der Industrie-Lehrerin des V. städtischen Waisenhauses Helene Bathelt wird bis auf weiteres eine Zulage von 10 K monatlich vom 1. Jänner 1917 an bewilligt.

(P. Z. 1869, W. A. XII, 42341/16.) Die Kanal- und Senkgrubenräumungsarbeiten sowie die Rehrichtabfuhr im V. städtischen Waisenhause in Klosterneuburg werden dem Leopold Kuffner jun., Fuhrwerksbesitzer, daselbst, für das Jahr 1917 gegen das Bauhale von 1050 K übertragen.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Brannesh** wird beschlossen:

(P. Z. 1904, W. A. VII, 150.) Dem Ansuchen der Bauunternehmung Ferd. Peterka, Stadtmaurermeister, XII., Ertlgasse 46, um Nachsicht der beim Kanalbau in der Hütteldorferstraße, Moeringgasse, äußerer Neubaugürtel im XV. Bezirke eingetretenen Überschreitung der vertragmäßigen Bauausführungsfrist um 20 Arbeitstage wird Folge gegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Angermayer** wird beschlossen:

(P. Z. 1377, W. A. XXII, 469.) Der Voranschlag der städtischen Patronats-Pfarrkirche St. Josef zu Margareten im V. Bezirke für das Jahr 1917 wird genehmigt und die Deckung des veranschlagten Abganges von 4457 K 9 h aus Gemeindegeldern bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1378, W. A. XXII, 2259.) Der Voranschlag der städtischen Patronats-Pfarrkirche St. Florian in Magleinsdorf im V. Bezirke für das Jahr 1917 wird genehmigt und die Deckung des veranschlagten Abganges von 667 K 45 h aus Gemeindegeldern bewilligt.

(An den Gemeinderat.)

(P. Z. 1558, W. A. XI, 104303/16.) Die Wahl des Rudolf Döschel zum Obmann-Stellvertreter, des Rudolf Dürauer zum Schriftführer und des Norbert Mylius zum Schriftführer-Stellvertreter der VII. Sektion des Armeninstitutes Margareten mit der Funktionsdauer bis 31. Dezember 1919 wird bestätigt.

(P. Z. 1802, W. A. VII, 141.) Die beim Umbau des Hauptunratskanales in der Margaretenstraße von der Reinprechtsdorferstraße bis zur Kohlgaße im V. Bezirke eingetretene Überschreitung der vertragmäßigen Bauausführungsfrist um 11 Tage

wird dem Baumeister Josef Tolats, XII., Gaudenzdorfergürtel 19, nachgegeben.

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Sebastian Grändek** wird beschlossen:

(P. Z. 8129, W. A. VIII, 1016/13.) Dem Ansuchen des Hauseigentümers Vinzenz Vielohlawek, XVII., Dornbacherstraße 12, um Übernahme der anlässlich eines Rohrgebrechens in der Hausleitung aufgelaufenen Kosten im Betrage von 65 K 9 h wird ausnahmsweise ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung Folge gegeben.

(P. Z. 1806, W. A. X, 366.) Die Änderung der Gräbereinteilung in der Gruppe XIV a und XXXI des Hernalser Friedhofes nach dem Plane des Stadtbauamtes vom Jänner 1917 für Abteilung II b. 113, wird genehmigt.

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Bericht über die Ausschuß-Sitzung des Bundes der deutschen Städte Österreichs vom 19. Jänner 1917 *

im Neuen Wiener Rathaus.

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, Oberkurator Leopold v. Steiner und Reichsrats-Abgeordneter Emil Kraft.

Anwesend: Arnau: Bürgermeister P. Schwarz; Auffig: Bürgermeister Dr. Wilhelm Bornemann; Biala: Bürgermeister Max Schmeja; Bielitz: Gemeinderat Rudolf Kretschmer; Bruck an der Leitha: Vize-Bürgermeister Ludwig Graf; Brunn: Bürgermeister Regierungsrat Ferdinand Schnitzler; Budweis: Bürgermeister Josef Tazschel; Dobrußina: Bürgermeister E. Luger; Freiwaldbau: Bürgermeister Dr. Emil Hauck, Obmann des Approvisionierungsausschusses Rudolf Jung; Friedel: Bürgermeister kaiserlicher Rat Alois Reik; Graz: Amts-Direktor Dr. Karl Blochl; Hohenelbe: Bürgermeister Dr. Hubert Schrimpl; Hohenstadt: Vize-Bürgermeister Hermann Braß; Kapfenberg: Bürgermeister V. Capra; Karlsbad: Stadtrat Viktor Tieß; Klagenfurt: Bürgermeister Friedrich Freiherr v. Weglar und Gemeinderat Dr. Franz Dworschak; Komotau: Reichsrats-Abgeordneter Rafael Pacher; Linz: Bürgermeister Dr. Franz Dinghofer; Lundenburg: Bürgermeister E. Kafka; Mährisch-Osterau: Bürgermeister Dr. Gustav Fiedler und Stadtrat Alfred Urbanowsky; Mährisch-Schnberg: Amtsleiter kaiserlicher Rat Max Freißler; Marburg: Amtsrat Dr. Ralf Valentin und Stadtrat Dr. Oskar Drosel; Meran: Reichsrats-Abgeordneter Emil Kraft; Mistelbach: Bürgermeister Dr. Max Oberhuber; Mödling: Bürgermeister Thomas Tamussino und Gemeinderat Weller; Neugasse: Bürgermeister Oswald Nozil; Neunkirchen: Bürgermeister

* Von der K. K. Landesregierung zugewiesen.

Albert Hirsch; Oberfurt: Vize-Bürgermeister E. Schwarz und Gemeinderat A. Fleischner; Olmütz: Vize-Bürgermeister Josef Föhner; Schwaz: Bürgermeister Ernst Knapp; Schwchat: Bürgermeister Ableidinger; Sternberg: Amtsleiter Hans Kremser; St. Pölten: Bürgermeister Otto Eyhner; Steyr: Bürgermeister Julius Schaidler; Teplitz-Schnau: Bürgermeister Johann Hussak; Troppau: Bürgermeister Walter Kublich; Waidhofen an der Ybbs: Bürgermeister Dr. G. Rieglhofer; Wien: Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, die Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, Franz Hoß und Josef Rain, Gemeinderat Ober-Kurator Leopold v. Steiner und Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr; Wiener-Neustadt: Bürgermeister Viktor Praschek; Witkowitz: Bürgermeister Gustav Schmidhammer; Znaim: Bürgermeister Dr. Heinrich Homma.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Hochverehrte Herren! Indem ich Sie auf das Herzlichste und Verbindlichste begrüße, erkläre ich die heutige Ausschuß-Sitzung des Bundes deutscher Städte Österreichs für eröffnet. Die heutige Ausschuß-Sitzung unterscheidet sich von einer gewöhnlichen Ausschuß-Sitzung dadurch, daß die Einladung dazu an alle Mitglieder des Bundes ergangen ist, und zwar aus dem Grunde, weil vielseitig eine Aussprache über eine Reihe von Tagesfragen gewünscht wurde, und auch deshalb, weil beim letzten Plenum unseres Bundes es nicht möglich war, den Ernährungsfragen jenen Raum in der Debatte einzuräumen, der von vielen Seiten gewünscht wurde. Jedenfalls kann ich mit Genugtuung eine so zahlreiche Versammlung der verehrten Kollegen aus den deutschen Städten hier begrüßen.

Das Präsidium erlaubt sich auch den verehrten Kollegen, welche durch eine kaiserliche Anerkennung ausgezeichnet wurden, die besten Glückwünsche zu unterbreiten.

Bei der Audienz, welche die Abordnung der Wiener Gemeindevertretung bei Sr. Majestät nahm, hatte Se. Majestät die Güte, voll und ganz die Tätigkeit der autonomen Städteverwaltungen in der Kriegszeit anzuerkennen. Wir sind stolz auf diese Anerkennung und sie soll uns ein Ansporn sein, zur Ehre, zum Ansehen und zum Ruhme der Selbstverwaltungen weiter unser bestes Wissen und Können in den Dienst der Kriegsverwaltung zu stellen.

Entschuldigt von der heutigen Sitzung haben sich die Städte und Märkte (liest):

„Eggenberg, Dobruza, Salzburg, Müglitz, Biala, Reichenberg, Trautenau, Wallern, Schluckenau, Meran, Pettau und Komotau.“

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, erlaube ich mir einen Vorschlag zu unterbreiten. Ich glaube, es sollte gerade in diesen Tagen unsere Tagung nicht vorübergehen, ohne daß wir Sr. Majestät gedenken und an unseren erhabenen Monarchen folgendes Telegramm absenden. (Die Versammlung erhebt sich. — Liest:)

„Einhundertfünfzig deutsch-österreichische Städte und Märkte, welche im Bund der deutschen Städte Österreichs vereinigt sind und deren Vertreter sich heute zum ersten Mal seit dem Regierungsantritte Eurer kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät versammelten, erneuern das Gelöbniß unverbrüchlicher Liebe und Treue zu Kaiser und Reich. Sie danken Euer Majestät auf das ehrfurchtsvollste für das von edelster Menschlichkeit

zeugende Friedensanbot, nach dessen übermütiger Zurückweisung durch die Feinde wir im Verein mit unseren bewährten Bundesgenossen kämpfen werden bis zum endgiltigen Siege. Die deutschen Städte Österreichs, seit Kriegsbeginn eifrig bemüht, den ihnen erwachsenen neuen großen Aufgaben und verantwortungsvollen Pflichten gerecht zu werden, werden auch in Zukunft durch Anspannung aller Kräfte in ihrem Wirkungskreise dazu beitragen, daß wir durchhalten, bis der ehrenvolle Friede für unser Vaterland erkämpft ist.“

Ich bitte nunmehr den verehrten Herrn Abgeordneten Kraft, zur Erstattung des Berichtes über die Geschäftsleitung das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter Abgeordneter Kraft: Gestatten Sie, meine Herren, daß ich den Bericht vorlese, damit jene Punkte, welche uns wichtig erscheinen und die daher nicht übergangen werden dürfen, vollinhaltlich zu Ihrer Kenntnis gelangen (liest):

„Seit dem letzten Städtetage, der am 28. September 1916 stattfand, hat die Geschäftsleitung vier Sitzungen abgehalten, in welchen verschiedene laufende Angelegenheiten zur Beratung gelangten. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse hat der Bund bei den Zentralstellen mehrere Aktionen eingeleitet.“

Zunächst wurde eine Eingabe an das Landesverteidigungsministerium gerichtet, worin unter Hinweis auf die immer schwieriger werdenden Verhältnisse in den Gemeindefunktionären die Bitte gestellt wurde, es möge bei Enthebungen unentbehrlicher Gemeindefunktionäre die gebotene Rücksicht walten. Wir können nicht sagen, daß wir im Ministerium für die Bedürfnisse der städtischen Verwaltung ein besonderes Verständnis gefunden haben.

In dem Erlasse, der uns als Antwort auf unsere Eingabe zumal, wurde gesagt, daß die Arbeitskräfte im Hinterlande alle Anstrengungen zu machen haben, um die Arbeitslast zu bewältigen und daß im Notfalle Pensionisten und weibliche Kräfte heranzuziehen seien.

In einem Schlusse wurde hinzugefügt, das Ministerium stehe übrigens besonderen Ausnahmefällen nicht vollständig ablehnend gegenüber.“

Wir haben tatsächlich einen außerordentlich geringen Erfolg bei unseren Interventionen gehabt, wie schon betont wurde, und der einfache Hinweis auf die weiblichen Arbeitskräfte und die Pensionisten für die schwierigen städtischen Arbeiten kann uns nicht befriedigen; jedermann, der einigermaßen mit städtischen Arbeiten vertraut ist, weiß, was für schwierige Arbeiten da zu bewältigen sind, welche von ungeschulten Kräften überhaupt nicht geleistet werden können. (Liest:)

„Was unter solchen Ausnahmefällen verstanden wird, ist nicht recht ersichtlich, wenn man bedenkt, daß einer Stadt mit eigenem Statut der einzige juristische Beamte einberufen und ihm nicht einmal gestattet wurde, das Ergebnis des Enthebungsgesuches in seinem Zivildienstverhältnisse abzuwarten.“

Der Städtebund verkennt gewiß nicht die Größe des Bedarfes an der Front und die Wichtigkeit einer vollständigen Befriedigung dieses Bedarfes. Allein die Arbeiten der Städteverwaltungen sind zum Durchhalten auch notwendig und wir müssen abermals betonen, daß es ein Fehler ist, den Städten nicht einmal die vollständig unentbehrlichen Kräfte zu belassen.

Eine zweite Aktion betraf die Beschaffung von Schuhwerk für die Zivilbevölkerung. Eine Abordnung des Bundes begab sich zum Handelsminister Dr. Urban und wies unter ausführlicher Begründung auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit einer Lösung der Schuhfrage hin.

Der Minister versprach ein tatkräftiges Eingreifen in dem gewünschten Sinne und stellte gleichzeitig eine Preisregelung für Schuhe in Aussicht.“

Ich möchte dazu bemerken, daß in der letzten Zeit, ich glaube erst gestern, Minister Urban auch in anderer Beziehung in der Schuhfrage und insbesondere in der Holzschuhfrage eine sehr wichtige Entscheidung getroffen hat, welche vielleicht als ein Zeichen der Umkehr zu anderen Verhältnissen gedeutet werden könnte; es soll im Lederhandel eine scharfe Kontrolle eingeführt und es sollen jene Übergangsstationen, welche unberechtigterweise einen Zwischennutzen nahmen, ohne jemals Leder in der Hand gehabt oder auch nur gesehen zu haben, von nun an höchstwahrscheinlich, außer, wenn die Kriegsverwaltung dagegen arbeitet, ausgeschaltet werden. (Liest:)

„Nichts neues können wir leider über die Lösung der Frage des Städtekredites berichten. Wir haben unsere diesbezüglichen Versuche und Verhandlungen fortgesetzt, haben auch verschiedene Angebote erhalten, doch sind noch Verhandlungen mit der Regierung nötig, ehe es möglich ist, mit einem Vorschlage zur generellen Lösung der Kreditfrage hervorzutreten.“

Den breitesten Raum sowohl in den Beratungen der Geschäftsleitung, wie auch in der Tätigkeit der Bundeskanzlei nahmen die Approvisionierungsfragen in Anspruch. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete bestehen, sind den Bürgermeistern ja am besten bekannt. Diese Schwierigkeiten haben ihren Grund nicht allein in der Knappheit der im Inlande vorhandenen Nahrungsmittel, sondern auch darin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und in einer den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden Weise zu verteilen.

Die Schaffung des Amtes für Volksernährung begrüßen wir mit Freude und wir hoffen, daß die Ausgestaltung dieses Amtes dadurch, daß dessen Präsident den Rang eines Ministers bekleidet und Sr. Majestät dem Kaiser unmittelbar Vortrag erstatten kann, gute Früchte zeitigen wird. Aber durch die Verzögerung dieser Maßregel, welche der Städtebund und viele andere Faktoren des öffentlichen Lebens schon vor mehr als Jahresfrist forderten, ist viel kostbare Zeit versäumt worden, die Vorräte sind knapper geworden, die Lebensmittelpreise haben infolge des userlosen Wachstums eine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Höhe erreicht, die Transportschwierigkeiten sind so groß wie noch nie, kurz, es wird hier ganzer Arbeit bedürfen, um in die Volksernährung jene Ordnung zu bringen, welche nötig ist, damit das Durchhalten im Hinterlande gesichert sei.

Für die Städte ist es im Laufe der Zeit immer schwerer geworden, die Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Gerade in den wichtigsten Nahrungsmitteln ist es ihnen versagt, eine selbständige Tätigkeit zu entfalten und sie sind darauf angewiesen, auf die Zuteilungen seitens der Zentralstellen zu warten. Daß diese Zuteilungen den Bedürfnissen nicht entsprechen, ist eine jedermann bekannte Tatsache. Man braucht nur die Worte Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fett, Zucker, Eier,

Milch, Petroleum, Kohle auszusprechen, um sich die endlosen Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, mit denen die städtische Approvisionierung zu kämpfen hat.

Der Städtebund hat wiederholt durch Entschlüsse und Vorschläge bei den Zentralstellen jene Forderungen gestellt, die ihm geeignet erschienen, eine Besserung auf dem Gebiete der Volksernährung herbeizuführen. Er hat auch in vielen einzelnen Fällen, in denen ihm von seinen Mitgliedern dringliche Bedürfnisse bekanntgegeben worden sind, bei den Zentralstellen interveniert und doch immerhin manchen Erfolg erzielt. In einer der letzten Geschäftsleitungs-Sitzungen hat unser Ausschußmitglied Abgeordneter Dr. Freißler über die Reform und Ausgestaltung der Kriegsküchen berichtet und wir haben den wesentlichen Inhalt des Berichtes und der darauffolgenden Erörterung allen unseren Mitgliedern zugesandt, weil wir der Meinung sind, daß die Städte diese Kriegsküchenaktion, die von der Regierung aufgegriffen wurde, nach Kräften fördern sollen. Es handelt sich einerseits darum, alle Doppelverfahrungen zu vermeiden und andererseits mit den vorhandenen beschränkten Nahrungsmitteln möglichst hauszuhalten, was im großen Betriebe zweifellos leichter möglich ist.

Die dem Bund bekanntgewordenen Bedürfnisse einzelner Städte haben im Laufe der Zeit dazu geführt, daß, sozusagen automatisch der Bund begonnen hat, sich mit der Vermittlung von Approvisionierungsartikeln an seine Mitglieder zu beschäftigen. Schon im vorigen Jahre, bald nach Gründung des Bundes, hat Magistrats-Direktor Gruner aus Troppau in der Ausschuß-Sitzung den Vorschlag gemacht, eine Einkaufsstelle des Bundes ins Leben zu rufen. Damals hat die Mehrheit mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung und ferner mit Rücksicht darauf, daß eine immer größere Anzahl gerade der wichtigsten Lebensmittel in staatliche Bewirtschaftung genommen wurde, die Errichtung einer solchen Einkaufsstelle einer späteren Zeit vorbehalten zu sollen, geglaubt. Es hat sich aber dann doch gezeigt, daß verschiedene Lebensmittel von Wien aus leichter zu beschaffen sind, als in einzelnen Provinzen und daß viele Städte eine Vermittlung in Wien wünschen. So kam es zu den ersten Versuchen mit Eiern, und es gelang für einige deutsch-böhmische Städte, sowie für Nordmähren einige Waggons Eier zu bekommen. Es wurden dann andere Wünsche geltend gemacht und auf der anderen Seite erhielt der Bund zahlreiche Angebote auf Lebensmittel, es wurden Preislisten versendet und das Vermittlungsgeschäft nahm bald einen ziemlich beträchtlichen Umfang an. Dabei zeigten sich aber mehrere Uebelstände. Zunächst kam es sehr häufig vor, daß, wenn die Bestellungen der Städte einliefen, die Ware nicht mehr vorhanden war. Der Bund verfügte aber über kein eigenes Kapital und so mußte zu dem Mittel gegriffen werden, daß die Städte Akkreditive errichteten, damit die Kaufpreise gegen Übergabe der Frachtdokumente bezahlt werden könnten. Schließlich hat sich auch herausgestellt, daß bei den Schwierigkeiten, mit denen die Lebensmittelbeschaffung heute zu kämpfen hat, die Lieferungen nicht immer zur Zufriedenheit der Abnehmer ausfielen. Die weitgehende Kontrolle, die bei jedem einzelnen Geschäft notwendig ist, kann vom Städtebund im Nebenamte nicht bestritten werden, es besteht die Gefahr, daß der Bund seinen übrigen Zwecken entfremdet wird, weil die Kanzlei mit der Lebensmittelvermittlung zu stark in Anspruch genommen wird, und schließlich ist es auch nötig, das

Vermittlungsgeschäft auf eine einwandfreie rechtliche Grundlage zu stellen, welche jetzt nicht vorhanden ist. Aus allen diesen Gründen hat sich die Geschäftsleitung neuerlich mit dem Plane der Gründung einer Einkaufsstelle beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß zwar nicht eine Einkaufsstelle des Bundes, wohl aber eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Österreichs als Genossenschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden soll, die zwar im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bundes, im übrigen aber selbständig zu arbeiten haben wird.

Wir haben eine diesbezügliche Umfrage an unsere Mitglieder gerichtet und darauf bisher von 44 Städten und Märkten zustimmende Antworten, zu einem großen Teil auch bereits Beitrittserklärungen erhalten. Es zeigt sich also, daß die Einkaufsstelle für viele Städte und Märkte wirklich ein Bedürfnis ist und wir wollen auch nicht zögern, sie ins Leben zu rufen. Die Satzungen sind bereits ausgearbeitet worden und werden in den nächsten Tagen zur Versendung gelangen. Wir verhehlen uns nicht, daß die Arbeit der Einkaufsstelle, solange der Krieg währt, viel Mühe und verhältnismäßig wenig Erfolg bringen wird. Manches wird aber doch erreicht werden können und vor allem wird die Einkaufsstelle uns die Möglichkeit bieten, die nötigen Vorbereitungen für die Friedenszeit zu treffen. Die meisten von unseren Mitgliedern werden gewiß heute schon überzeugt sein, daß sie auch nach dem Kriege sich mit den Approvisionierungs-Angelegenheiten beschäftigen müssen, ja man kann sagen, daß die Zeit des Friedens uns in dieser Beziehung eine besonders wichtige Aufgabe bringen wird, nämlich die, alles aufzubieten, um von den abnorm hohen Preisen wieder auf ein mögliches Niveau zu gelangen, soweit es die geänderten Geldverhältnisse und der verminderte Geldwert gestatten.

Bezüglich der Lebensmittel wird dies nur in der Weise möglich sein, daß die Möglichkeit geschaffen wird, die Erzeuger in eine möglichst unmittelbare Verbindung mit den Verbrauchern zu bringen, den überflüssigen Zwischenhandel auszuschalten und den legitimen Handel als Verteilungsapparat zu benutzen. Auf das Letztere möchte ich ein besonderes Gewicht legen, damit nicht etwa die Meinung aufkommt, der Städtebund beabsichtige, die legitime Kaufmannschaft in irgend einer Weise zu schädigen. Allein in der Vergangenheit war der Weg vom Erzeuger bis zum Detailhändler schon ziemlich weit und im Krieg hat sich bekanntlich zwischen diese Stellen ein Kettenhandel eingeschlichen, dessen Wirkungen uns aus den Preisen bekannt geworden sind. Wir werden in Zukunft trachten müssen, mit den landwirtschaftlichen Erzeugern unmittelbar in Fühlung zu kommen und der Städtebund hat sich in dieser Erkenntnis schon vor längerer Zeit an die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände mit der Anfrage gewendet, ob sie zu einer solchen direkten Geschäftsverbindung bereit wären. Wir haben nur zustimmende Antworten bekommen und wir sind überzeugt, daß auf solcher Grundlage in Zukunft viel wird geleistet werden können und daß wir wesentlich dazu beitragen werden, daß die Preise für Lebensmittel nach Eintritt geordneter Verhältnisse allmählich wieder herabsinken. Dazu ist es aber nötig, daß wir schon jetzt praktische Vorbereitungen treffen und die Einkaufsstelle wird es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben zu betrachten haben, sich eine entsprechende Verbindung mit den landwirtschaftlichen Erzeugern zu schaffen und Maßnahmen für eine geeignete Ver-

teilung zu treffen, sei es durch Bildung von Kronlandsgruppen, sei es auf andere Weise. Die Einkaufsstelle, die wir gründen wollen, stellt sich zwar im jetzigen Augenblick als ein Kind der Not dar, sie soll aber in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Städte-Approvisionnement werden, und darum begrüßen wir es, daß das Interesse für diese Neugründung ein so lebhaftes ist. Ich habe nur in kurzen Zügen berichtet, denn wir sind heute zusammengekommen, um die Erfahrungen, Wünsche und Beschwerden unserer Mitglieder kennen zu lernen, damit wir dieselben an zuständiger Stelle vorbringen und soweit es möglich ist, Abhilfe schaffen können. Eine Abordnung des Bundes wird sich morgen zum Herrn Minister für Volksernährung begeben, um ihm die Ergebnisse der heutigen Erörterung zur Kenntnis zu bringen. Es werden heute keine Referate erstattet werden, sondern wir legen das Hauptgewicht darauf, daß möglichst viele Städtevertreter sich über die Fragen der Volksernährung aussprechen und ich bitte deshalb, daß sich die Herren möglichst zahlreich zum Worte melden."

Ich möchte noch hinzufügen, daß am Schlusse der Sitzung eine freie Aussprache über die gestellten Anträge stattfinden wird. Ich habe über die getroffenen Arbeiten in kurzen Zügen berichtet und, um dann die Erfahrungen kennen zu lernen, welche die einzelnen Städte gemacht haben, wollen wir eine Wechselrede anschließen, um Abhilfe zu schaffen; dazu werden wir eine Entschliebung zu fassen haben, welche in kurzen und knappen Worten das Wesentliche unserer heutigen Beratung zusammenfassen wird.

Eine Abordnung des Bundes wird sich zum Minister für Volksernährung begeben und ihm die Ergebnisse der Beratung zur Kenntnis bringen.

Heute wird kein besonderes Referat erstattet werden, sondern wir legen Wert darauf, daß die Herren über ihre Wahrnehmungen sich frei aussprechen.

Hierzu möchte ich noch bemerken, daß Se. Excellenz der Herr Vorsitzende den Beratungsgegenstand in mehrere Gruppen geteilt hat und die Hauptgruppe davon die Beleuchtung der Ziele und Zwecke der Zentral-Einkaufsstelle sein wird. Dieselben wurden in der letzten Zeit bei unserer Vorsprache im Ministerium und auch in kleineren Kreisen sehr lebhaft erörtert. Es wird wichtig sein, daß die Erfahrungen, die hierüber gemacht wurden, hier zur Aussprache gelangen, damit wir Gelegenheit haben, darüber einen eingehenden Bericht dem Ministerium vorlegen zu können.

Damit schließe ich meinen Bericht und bitte die Herren, welche hiezu etwas zu bemerken haben, zu diesem Berichte Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, wenn wir gleich den Punkt 4 in die Debatte einbeziehen und über den vorliegenden Bericht und diesen Punkt im allgemeinen die Diskussion eröffnen.

Das Wort hat Herr Regierungsrat Schickler.

Regierungsrat Schickler (Brünn): In der heutigen Sitzung der Geschäftsleitung ist mir der Auftrag zuteil geworden, die Verhandlungen über diesen wichtigen Gegenstand, welcher von dem Herrn Vorsitzenden angekündigt wurde, mit einigen Worten einzuleiten.

Ich werde sehr kurz sein können, denn einerseits ist uns der Gegenstand von den vielen Verhandlungen so geläufig, daß über die vielen Schwierigkeiten, welche der Durchführung entgegenstehen, nichts weiter zu sagen ist, und weil andererseits hier

der Entwurf einer Entschliebung vorliegt, welche den Herren, welche bereits Gelegenheit hatten, diese Entschliebungen durchzulesen, ein Bild darüber gegeben hat, was die Geschäftsleitung vorzuschlagen beabsichtigt.

Meine sehr geehrten Herren! Es wäre auch ohne einen außerordentlichen Grund Anlaß genug gegeben, die Erfahrungen, die wir in diesem Belange gemacht haben, näher zu untersuchen und bestimmte Vorschläge der Verbesserung zu erstatten. Heute liegt aber in der Tat ein außerordentlicher Anlaß vor, und zwar die Errichtung des Ernährungsamtes und die Vertrauung eines Ministers mit der Leitung dieses Amtes, so daß die Kompetenzstreitigkeiten in der Leitung des Ernährungsamtes endlich ein Ende haben werden.

Wir wollen den neuen Minister begrüßen und ihm gleichzeitig — und das dürfte ihm wohl willkommen sein — an der Hand der reichen Erfahrungen, welche wir gemacht haben, zeigen, was bisher gefehlt hat und wie die Angelegenheit nach unserer Meinung besser gemacht werden könnte. Wenn wir sagen, was gefehlt hat, so glaube ich im Sinne aller Herren zu sprechen, wenn ich erkläre, daß wir nicht die Absicht haben, gegen diese oder jene Stelle Anklagen zu erheben und zu sagen, diese oder jene Stelle hat gefehlt; wenn auch Klagen nicht vermieden werden können, so geschieht es doch ohne Absicht, anzuklagen. Denn unsere Leitung beabsichtigt nur, die großen Schwierigkeiten und die große Not, unter welcher ein Großteil unserer Mitbürger leidet, nach Möglichkeit zu lindern. Wir haben gelobt, durchzuhalten, müssen aber trachten, die Schwierigkeiten des Durchhaltens nach Möglichkeit zu beseitigen.

Der Herr Vorsitzende hat, wie schon vom Herrn Abgeordneten Kraft erwähnt wurde, um die Wechselrede in geordnete Bahnen zu bringen, den ganzen Gegenstand in mehrere Hauptgruppen zerlegt. Die erste Hauptgruppe wäre wohl die Bestimmung oder Beschaffung der Nahrungsmittel im allgemeinen. Wenn wir von der Beschaffung von Nahrungsmitteln reden, werden wir wohl hauptsächlich auf die Beschaffung im Inlande bedacht sein müssen, da bekanntlich der Bezug aus dem Auslande infolge der gegenwärtigen kriegerischen Ereignisse immer schwieriger wird.

Was die Beschaffung im Inlande anlangt, wird man vielleicht sagen, daß eine Versammlung der Stadtvertreter nicht berufen ist, in dieser Beziehung Ratschläge zu geben. Wir glauben aber schon, weil wir am besten wissen, wo uns der Schuh drückt und weil wir im Verkehr mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung Wahrnehmungen gemacht haben, welche die von uns gefasste Meinung befestigen. Es ist selbstverständlich, daß wir aus der landwirtschaftlichen Produktion alles das herausholen müssen, was überhaupt herausgeholt werden kann. Und in allen Versammlungen, welche sich mit diesem Gegenstande befaßt haben, wurde darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftliche Produktion noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat und daß eine wesentliche Steigerung der Produktion sehr leicht möglich sei. Nun handelt es sich hier unter anderem um Mittel, welche schwer eingeführt werden können, so zum Beispiel die künstlichen Düngemittel und die Kraftfuttermittel, welche aus dem Auslande bezogen werden. Wir müssen aber auch sagen, daß aus unserem Boden noch immer mehr herausgeholt werden kann, wenn der Betrieb rationeller geführt wird. Es muß auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Bebauung des Bodens durch den Mangel von

Hand- und Zugkräften erschwert worden ist und daß die Militärverwaltung in dieser Beziehung ein größeres Entgegenkommen wird betätigen müssen. Insbesondere möge darauf hingewiesen werden, daß mit der Zuweisung von Soldaten, welche nicht in der Gegend aufgewachsen sind, also von Gegendsfremden, der Bevölkerung nur ein sehr geringer Dienst erwiesen wird.

Ich meine, wenn wir in Nordmähren zum Beispiel Leute zugewiesen bekämen, die ihre Wirtschaft in den Alpen betrieben haben, würden sie uns nicht so zur Hand gehen können wie Leute, die aus derselben Gegend sind. Darauf ist wohl auch das Augenmerk zu lenken.

Was die Bezüge aus dem Auslande betrifft, so haben wir bekanntermaßen darauf so gut wie gar keinen Einfluß und es wird Sache der Vertreter des Bundes deutscher Städte sein, sich bei den Zentralstellen dafür einzusetzen, welche die Bezüge aus dem Auslande ganz in die Hand genommen haben.

Der zweite Punkt ist die Erfassung der Nahrungsmittel. Hier könnte als allgemeines Prinzip vorausgeschickt werden: Weniger Verordnungen, diese Verordnungen aber gründlich durcharbeiten, bevor man sie hinausgibt, und dann auch durchführen. Man muß die Durchführung ausreifen lassen. Wenn man, kaum daß eine Verordnung sich knapp eingelebt, sofort mit einer Abänderung kommt, so wird eine gewisse Unsicherheit und Nervosität erzeugt, die natürlich zur Erreichung des Zweckes sehr hinderlich ist. Es wird also auszusprechen sein, daß die Verordnungen streng durchgeführt werden. Bei der Erfassung der Nahrungsmittel wurde schon im allgemeinen Bericht darauf hingewiesen, daß der Anhäufung von Nahrungsmitteln entgegengetreten werden soll, und zwar in den beiden Formen, in denen sie sich zeigt, in der weniger schädlichen Hamsterei, der Anhäufung für den eigenen Gebrauch auf lange Zeit, wobei die Nahrungsmittel häufig verderben, und in der noch viel schädlicheren Form der Anhäufung zu Spekulationszwecken.

In der zweiten Beziehung ist, wie mir scheint, wenigstens in Mähren in letzterer Zeit größere Strenge entfaltet worden, und wir wollen hoffen, daß diese Strenge nicht nur in einem Lande, sondern überall betätigt werden und entsprechenden Erfolg haben wird. Alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sollen, soweit es nicht schon geschehen ist, und soweit es ihrer Natur nach überhaupt geschehen kann, unter Sperre gelegt werden. Es soll ein Anbotzwang der Eigner festgestellt und wo es notwendig ist, auch mit der Beschlagnahme vorgegangen werden. Was die Preisregelung betrifft, so hat man damit bekanntermaßen bei uns wie im Deutschen Reich nicht allzugünstige Erfahrungen gemacht. Man hat geglaubt, mit der Festsetzung von Höchstpreisen alles zu richten, und vielfach hat sich gezeigt, daß bei strenger Durchführung der Höchstpreisverordnungen zwar diese Höchstpreise, aber keine Ware vorhanden war. Es ist dann von selbst eine Remedur in der Art eingetreten, daß sich die Bevölkerung um die Höchstpreise herumgedrückt hat, um Waren zu bekommen, natürlich über dem Höchstpreis.

Mit den Höchstpreisen allein ist also nichts getan. Die Herren erinnern sich auch an die Äußerung des deutschen Ernährungsministers Batocki, daß man draußen ähnliche Erfahrungen gemacht hat. Es müßte vor allem dafür gesorgt werden, daß die Höchstpreise in ein gewisses System gebracht werden.

Bis heute war der Grundfehler, daß man Höchstpreise eigentlich nur für den Kleinhandel festgesetzt hat, während sie selbstverständlich von der Erzeugungstätte bis zur Abgabe an den Verbraucher bestimmt werden müßten. Es müßte beim Großhandel und wo der Erzeuger im Lande ist, bei ihm selbst angefangen werden. Natürlich müßte bei der Weiterleitung der Ware darauf Rücksicht genommen werden, daß die Verschleißer, seien es große oder kleine, einen entsprechenden bürgerlichen Gewinn haben. Ich möchte auch von dieser Stelle aus betonen, daß es uns Städtevertretern gewiß ferne liegt, den so wichtigen Kaufmannsstand ausschalten zu wollen. Ich kann von meiner Stadt Brünn sagen, daß wir beim Vertrieb der Nahrungsmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände, die unter dem Einfluß der Gemeinde stehen, immer die gesetzlich berufenen Vermittler, die Kaufleute, herangezogen haben. Wir schalten sie nicht aus, wir üben nur einen entsprechenden Einfluß, welcher im Interesse der Konsumenten notwendig ist.

Daß dem Kettenhandel unnachsichtlich an den Leib gegangen werden muß, ist selbstverständlich, er wird auch kaum einen Verteidiger finden. Wenn es heißt, daß die Höchstpreise bei der Weiterleitung der Ware vom Erzeuger bis zum Verbraucher in ein System gebracht werden müssen, so muß dieses System auch in territorialer Hinsicht ausgebildet werden. Wir dürfen nicht mit lokalen Höchstpreisen arbeiten, denn diese haben immer nur den Erfolg, daß die Ware von der Stelle des niederen zur Stelle des höheren Höchstpreises abfließt, und daß dann die Stelle des früheren niederen Preises mit dem Preise in die Höhe gehen muß, so daß dann die gewisse Schraube ohne Ende entsteht.

Es ist vom Herrn Abgeordneten Kraft darauf hingewiesen worden, daß der Abbau der Preise schon jetzt ins Auge gefaßt werden muß. Dieser Abbau ist allerdings eine ziemlich schwierige Aufgabe, wenn man die Ware vom Erzeuger auch wirklich an den Verbraucher leiten will. In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß der Abbau der Preise zur unbedingten Voraussetzung hat, daß der Wert des Geldes gebessert werde und eine innere Hebung der Valuta bei uns eintrete. Dazu gehört wohl, daß der Banknotenumlauf eingedämmt wird. Ich will mich darüber nicht ausführlich verbreiten, die Herren sind genau in Kenntnis, wie dies gemeint ist. Was die Verteilung betrifft, so steht die Sache heute so, daß die wichtigsten Nahrungsmittel der öffentlichen Bewirtschaftung unterzogen sind und den Gemeinden nur eine mehr weniger bedeutende Mitwirkung zukommt. Wenn aber irgendwo etwas fehlt, wird immer nur die Gemeindeverwaltung verantwortlich gemacht, nicht nur von unseren lieben Mitbürgern, bei denen es begreiflich ist, denn der Bürgermeister ist am leichtesten erreichbar, sondern auch von den Staatsbehörden. Das können wir aus allen diesen Verordnungen und Erlässen der Landesstellen deutlich ersehen. Wir werden uns gewiß der Mitwirkung und der Verantwortung, welche uns auferlegt wird, nicht entziehen, nur müssen wir dann auch die Möglichkeit haben, auf das Zustandekommen der Verordnungen und auf die Wirtschaft der sogenannten Zentralstellen entsprechenden Einfluß zu üben. Das war aber bisher nicht der Fall. Wir haben uns zum Beispiel in Brünn mit großer Mühe einen gewissen Einfluß bei einer Landesstelle erkämpft. Es wurde ein Ausschuß gebildet, in dem auch Vertreter der Konsumenten und der Stadt Brünn sind. Wenn es sich aber um Preisfragen dreht, sagt man einfach, das hat uns die Zentrale vorgeschrieben, damit werden wir abge-

speist. Das muß natürlich bei denjenigen, welche unmittelbar zur Mitwirkung berufen sind, das Gefühl erwecken, wir sind eigentlich nur dazu da, uns vielleicht darüber herumzustritten, ob die Stadt Brünn in dieser Woche ein Faß Butter mehr oder weniger bekommen soll. Wir wollen haben, was uns zukommt.

Es müßten zunächst, wenn wir zur Gebarung der Zentralen volles Vertrauen haben sollen, die Gemeindeverwaltungen, die unmittelbar mit dem Konsumenten zu tun haben, Gelegenheit haben, durch von ihnen bestellte Vertrauensmänner in die Gebarung der Zentralen fortlaufend in allen Teilen Einsicht zu nehmen, um sich zu überzeugen, daß die Verteilung der der Zentrale zur Verfügung stehenden Nahrungs- und Bedarfsartikel nach einem gerechten Maßstabe erfolgt, daß keine Bevorzugung stattfindet und daß bei der Preisbildung eine Bedrückung der Konsumenten vermieden wird.

In einer Versammlung, der auch ich beigewohnt habe und in der auf die Höhe der Zuschläge hingewiesen wurde, wurde uns gesagt, was erübrigt wird, wird Kriegsfürsorgezwecken gewidmet. Die Kriegsfürsorge in allen Ehren. Die die Mittel dazu haben, sollen nach Kräften beisteuern, aber die ohnehin teuren Lebensmittel den kleinen Leuten noch zu verteuern, indem man ihnen in solcher Weise Steuern für die Kriegsfürsorge auferlegt, wird schwer zu verantworten sein. Dagegen müssen wir uns entschieden aussprechen.

Weiters handelt es sich um die Überleitung der Lebensmittel an die Verbraucher. Da kann die Gemeinde entweder unmittelbar in Betracht kommen, indem sie die Rolle des Großhandels spielt und die Waren den Kleinhändlern übergibt, oder es wird der Großhandel in Anspruch genommen. Wir haben mit dem ersteren System seinerzeit sehr gute Erfahrungen gemacht, solange die Gemeinde überhaupt noch etwas verfügen konnte. Es hat sich um Petroleum, Kaffee, Eier zc. gehandelt. Tatsächlich wurden die Gegenstände den Konsumenten in solcher Art und zu solchen Preisen zugeführt, daß alle zufrieden waren. Wenn die Gemeinde dann schließlich ein paar tausend Kronen darauf gezahlt hat, hat sie das gerne in Kauf genommen. Heute steht die Sache aber so, daß wir vielfach nicht in Kenntnis gesetzt werden, was überhaupt in die Gemeinde gekommen ist. Und da scheint mir die Forderung, die der zweite Deutsch-mährische Städtetag aufgestellt hat, wichtig zu sein, indem verlangt wurde, daß die Verteilung aller staatlich bewirtschafteten Nahrungs- und Bedarfsgegenstände entweder durch die Gemeinde selbst erfolgt, oder wo dies aus dem einen oder anderen Grunde nicht für zweckmäßig gehalten wird, der Gemeinde Einfluß auf die Verteilung an die letzte Hand gegeben wird.

Wenn zum Beispiel Petroleum dem Großhandel zugewiesen wird, müssen wir rechtzeitig wissen, wie viel er bekommt, und wir müssen auch Einfluß darauf haben, wie das Petroleum an die Kleinhändler abgegeben wird, um die Möglichkeit zu besitzen, unsere Mitbürger auf diesen Kleinhandel hinzuweisen. Das ist ein Punkt, der volle Aufmerksamkeit verdient. Daß bei dem bisherigen System vielfach Doppelversorgungen vorkommen können, ist selbstverständlich und diese wären unbedingt hintanzuhalten. Als eine besondere Art der Doppelversorgung kann ich die bezeichnen, welche sich für die Besucher der Kriegsküchen ergibt, wenn nicht entsprechende Abstriche gemacht werden. Es ist dies ein Gegenstand, auf den auch in dem Bericht des Herrn Abgeordneten Kraft hingewiesen wird und den Herr Abgeordneter

Dr. Freißler in der Sitzung des Geschäfts-Ausschusses eingehend erörtert hat.

Wir haben zum Beispiel Fettkarten; wir können aber bei einer einzelnen Mahlzeit, wie sie in den Kriegsküchen verabreicht wird, kaum etwas von der Fettkarte in Anspruch nehmen, weil die zu einer solchen Mahlzeit verwendete Fettmenge zu gering ist, als daß sie einem Fettkartenabschnitte entspräche; es ist aber doch notwendig Maßnahmen zu treffen, daß jene, welche Kriegsküchen besuchen, nicht etwa die ganze Karte auch weiterbehalten.

Es wurde von Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister von Wien seinerzeit erzählt, daß es in Wien vorgekommen ist, daß eine Familie, welche großes Dienstpersonal hatte — sechs oder sieben Personen — für diese das Essen einfach aus der Kriegsküche holte und die Fettkarten dieser Dienstleute zur Aufbesserung der Kost der Familienmitglieder verwendete. Bei uns in Brünn, wo wir auch Fettkarten haben, ist ein so krasser Fall allerdings nicht beobachtet worden, es wurde aber immerhin festgestellt, daß bei einer Familie zwei Dienstleute auf diese Weise versorgt wurden.

Ich halte es daher für notwendig, daß die Karten für die Kriegsküchen für einen längeren Zeitabschnitt, für acht oder 14 Tage ausgegeben werden; bei Arbeitern wird allerdings eine 14tägige Karte kaum in Betracht zu ziehen sein, weil die Arbeiter einen so großen Betrag, wie er für eine 14tägige Karte zu entrichten wäre, nicht auf einmal aufbringen könnten; immerhin wird man aber auch schon von einer einwöchentlichen Kriegsküchekarte einen gewissen Abschnitt von der Fettkarte machen können. Daß die Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht erhalten bleiben soll, ist in der Entschliebung ohnehin vorgesehen.

Es soll fernerhin getrachtet werden, bei den Zentralstellen eine Verbilligung der sogenannten Regie herbeizuführen; mindestens ebenso wichtig, wenn nicht noch viel wichtiger ist es, daß diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet werden, und zwar zu einer vollständigen Rechnungslegung, wie sie von allen zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen vorzunehmen ist; es genügt nicht, daß diese Zentralstellen einfach ein paar Hauptziffern hinstellen.

Eine Verbilligung würde auch dadurch herbeigeführt werden können, daß gewisse Fehler, welche in der Zuweisung gemacht worden sind, vermieden werden. Es ist vorgekommen, daß die Stadt Brünn Kleie, die in Brünn nicht vorhanden war und die die Stadt Brünn von der Zentralstelle nicht zugewiesen erhielt, von Auffig und Tetschen zugewiesen bekam. Solche Fälle sollen doch vermieden werden; wenn man auch im Anfang darüber, als über Kinderkrankheiten, hinweggehen konnte, so muß man dergleichen heute vermeiden; dadurch würde viel Unwillen hintangehalten werden.

Als besonders dringend müssen wir aber vom Volksnährungsamte die Versorgung der Städte mit Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch beanspruchen; ebenso dringend ist die Versorgung mit Kohle und mit Petroleum.

Was die Kartoffeln anlangt, so kann ich aus meinen eigenen Erfahrungen nur berichten, daß der Zuspruch der Bevölkerung bei den Kartoffelverkaufsständen in der letzten Zeit ein außerordentlich starker geworden ist, so daß wir die größte Sorge haben, ob wir mit unseren beschränkten Vorräten bis in jene Zeit reichen werden, wo wieder Kartoffel zugeführt werden

können. Denn bei der in der letzten Zeit auftretenden Kälte konnten wir nichts zuführen. Wir mußten die zuletzt angekommenen Zufuhren sofort in die Trockenanstalt abführen, um davon noch zu retten, was zu retten ist. Es wird also zunächst Aufgabe des Ernährungsamtes sein, der rechtzeitigen Zufuhr von Kartoffeln seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Mit den Hülsenfrüchten sieht es sehr schlecht aus. Ich wäre sehr froh, wenn sich aus der Wechselrede Anhaltspunkte dafür ergeben würden, daß die Vorhersage, daß Hülsenfrüchte nur für das Militär und die Humanitätsanstalten vorhanden sein werden, widerlegt werden würde.

Beim Fett hängt die Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse wesentlich davon ab, was uns von Ungarn geliefert wird. Es ist den Herren ja bekannt, daß ein neues Übereinkommen getroffen wurde und daß darnach die Aufteilung auf die einzelnen Länder erfolgen wird. Das Kontingent, das uns zugewiesen wurde, ist zweifellos zu gering.

Bezüglich der Milch wird die Rationierung, die jetzt in Wien durchgeführt wird, binnen kurzem auch in den übrigen Ländern und Städten Nachahmung finden. Ob aber die Rationierung wirklich die größten Übelstände beseitigen wird, ist noch immer sehr fraglich, weil die Milchzufuhr sehr stark zurückgegangen ist und leider kaum Hoffnung vorhanden ist, daß sie sich bessern wird.

Was zu verhindern gewesen wäre, das ist die bestehende Petroleum- und Kohlennot. Bezüglich der Kohle ist es bei uns außerordentlich schlecht gestanden. Wir haben zufolge einer Erhebung, die wir bei uns durchgeführt haben, konstatiert, daß in Brünn etwa 2000 q Kohle vorhanden waren; das würde unter der Annahme, daß die Hälfte der Bevölkerung Brünns auf längere Zeit mit Kohle versorgt ist, die andere Hälfte sozusagen von der Hand in den Mund lebt, einen Vorrat von 14 kg für jeden Haushalt ergeben haben, das heißt also, daß die Leute binnen kürzester Zeit nicht mehr kochen können und der Kälte ausgesetzt wären. Da muß ich bei dieser Gelegenheit dem Herrn Statthalter von Mähren unseren besonderen Dank dafür abstatten, daß er sich so energisch eingesetzt hat, daß wir wenigstens für den Augenblick über die allergrößten Schwierigkeiten hinweggekommen sind. Aber auch unsere Industrie hat schwer unter dem Mangel an Kohle zu leiden. Es heißt allgemein, daß Kohle bei den Bergbauern ausreichend vorhanden sei und daß es nur an Transportmitteln fehlt. Es dürfte der Militärverwaltung doch möglich sein, eine größere Anzahl Waggons wenigstens zeitweise zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf zu decken.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Petroleumfrage. Mir scheint, daß die Bedeutung dieser Frage an höherer Stelle unterschätzt wird; sie ist aber für die kleinen Leute kaum hoch genug einzuschätzen. Es handelt sich gar nicht in erster Linie darum, daß die Leute bei Tisch zu ihren Mahlzeiten Beleuchtung haben; sie brauchen sie vor allem und in erster Linie zu ihrer Arbeit.

Bei den heutigen ungünstigen Verhältnissen sind die Leute, Näherinnen und ähnliche Kategorien von Heimarbeitern, die bis spät in die Nacht hinein arbeiten, um den zum Lebensunterhalte notwendigen Verdienst zu schaffen, auf Petroleum angewiesen; wenn sie also Petroleum nicht zur Verfügung haben, verjagt auch der Verdienst.

Dies gilt auch für viele Gewerbetreibende, denn das elektrische Licht ist noch nicht so allgemein eingeführt und vom Gaslicht ist noch weniger zu sprechen, weil wir durch den Kohlenmangel in vielen Städten gezwungen sind, den Verbrauch an Gas zu drosseln. Die Petroleumfrage ist daher von allergrößter Bedeutung!

Ich habe Ihre Zeit eigentlich schon über die Gebühr in Anspruch genommen. Ich glaube aber doch die allerwichtigsten Punkte, die in dieser Entschliessung enthalten sind, kurz erörtern zu müssen.

Ich möchte mir nun nur noch erlauben, in formaler Beziehung einen Vorschlag zu machen. Wir haben den Entwurf der Entschliessung in der heutigen Sitzung der Geschäftsleitung durchbesprochen und sind dabei schon über einige Ergänzungen schlüssig geworden, die wir Ihnen in Vorschlag bringen. Diese Ergänzungen betreffen zum Beispiel die Vorkehrungen für die möglichste Ausnützung der Tragfähigkeit des Bodens und die stärkere Betonung des Einflusses der Gemeinden auf die Verteilung der Lebensmittel durch die Zentralstellen; es wird sich gewiß aus der Debatte noch eine Reihe von anderen Punkten ergeben, welche dem Herrn Minister für Volksernährung zur besonderen Berücksichtigung bekanntgegeben werden soll.

Ich möchte daher vorschlagen, daß wir immer nur den Inhalt der Anregung, die wir geben wollen, feststellen und es im übrigen dem Vorstande überlassen, die Einkleidung des Textes in eine entsprechende Form zu finden. (Beifall.)

Herr Anwalt v. Steiner (den Vorsitz übernehmend): Das Präsidium hat sich erlaubt, die in der Geschäftsleitungsitzung gefasste Entschliessung den Herren schriftlich zur Kenntnis zu bringen. Wünschen die Herren eine Verlesung derselben? (Rufe: Ja, da Änderungen vorgenommen worden sind!) Dann bitte ich den Herrn Sekretär, die Entschliessung zu verlesen.

Sekretär Petwaldic (liest):

„Der Bund der deutschen Städte Österreichs begrüßt die von ihm wiederholt geforderte Errichtung eines k. k. Amtes für Volksernährung und die Velleidung des Präsidenten dieses Amtes mit dem Range eines Ministers. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Amte für Volksernährung gelingen wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsartikeln in der geeignetsten und gerechtesten Weise verwendet werden.“

Zu diesem Behufe werden insbesondere folgende Forderungen gestellt:

1. **Erzeugung.** Es sind rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Ertragsfähigkeit des Bodens im vollsten Maße ausgenützt und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in diesem und im nächsten Jahre gewährleistet werde. Hierbei ist der Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Zugtiere, sowie auch der Bereitstellung der Futtermittel zu angemessenen Preisen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. **Erfassung der Nahrungsmittel.** Die bestehenden Verordnungen sind streng durchzuführen, gegen Anhäufung von Nahrungsmitteln zu Spekulationszwecken und gegen die Hamsterei sind die noch notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sind, so weit dies noch nicht geschehen ist und ihre Natur es zuläßt, unter Sperre zu legen, ein Anbotzwang der Eigner ist festzustellen und wo

es nötig ist, muß mit der Beschlagnahme vorgegangen werden.

3. **Preisregelung.** Die Einhaltung der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu überwachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, welches vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedem, der in gesetzlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Höchstpreise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung sind wirkungslos und haben immer zu einem Verschwinden der betreffenden Waren geführt. Dies gilt insbesondere von lokalen Höchstpreisen, welche unbedingt zu vermeiden sind.

Bezüglich der Preisbildung ist auch durch Eindämmung des Banknotenumlauzes dafür Sorge zu tragen, daß der Wert des Geldes gebessert werde und damit ein systematischer Abbau der Preise aller Bedarfsartikel erfolge.

4. **Verteilung.** Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel müssen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden, wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht zu bleiben hat. Doppelversorgungen sind auch in allen öffentlichen Auspfeisanstalten streng zu vermeiden. Bei den vom Staat eingesetzten Approvisionierungsstellen ist auf möglichste Verbilligung der Verwaltungseinrichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten. Die Verteilungspläne müssen überprüft und insbesondere muß dahin gewirkt werden, daß alle überflüssigen Verfrachtungen unterbleiben, in dem die in einem Bezirke vorhandenen Nahrungsmittel zunächst zur Deckung des Eigenbedarfes Verwendung finden. Dadurch wird zweifellos auch eine Verringerung der Transportschwierigkeiten erzielt werden, denen das Ernährungsamt auch sonst ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Die Verteilung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel an die Verbraucher hat, wenn sie nicht durch die Gemeinden selbst geschieht, unter deren maßgebendem Einfluß zu erfolgen.

Der Bund der deutschen Städte Österreichs erwartet von dem k. k. Amt für Volksernährung insbesondere eine Verbesserung der Versorgung der Städte mit Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch, aber auch die Abjung der immer dringlicher werdenden Kohlen- und Petroleumfrage.

Der Bund der deutschen Städte Österreichs ist überzeugt, daß mit den vorhandenen Vorräten das Durchhalten möglich ist, er erachtet es jedoch für seine Pflicht, die verantwortlichen Stellen dringendst aufzufordern, in der Lebensmittelversorgung jene Ordnung zu bringen, welche die bestmögliche Verwendung und Verteilung gewährleistet. Den städtischen Verwaltungen ist durch eine lange Reihe von Regierungsmaßnahmen fast jede Initiative auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung entzogen worden. Um so berechtigter ist die Forderung, daß die Regierung durch die von ihr bestellten Organe alles vorkühre, damit die städtischen Verwaltungen ihren auf dem Gebiete der Approvisionierung liegenden Aufgaben gerecht werden können.

Schließlich wird abermals die Forderung gestellt, daß die deutschen Städte Österreichs in die Lage versetzt werden, durch ihre Vertrauensmänner an den Maßnahmen des Staates und

der von ihm legitimierten Zentralstellen hinsichtlich der Approvisionierung tätig mitzuwirken.“

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Ich erlaube mir namens des Präsidiums den Vorschlag zu machen, die Debatte in vier Punkte zu teilen, und zwar:

1. Erzeugung,
2. Erfassung der Lebensmittel,
3. Preisregelung,
4. Verteilung und noch einen 5. Punkt: „Zukunft“ anzuhängen.

Wird gegen diesen Antrag eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Debatte und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Freißler.

Abgeordneter Freißler (Mährisch-Schönberg): Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte mir erlauben, zu dem Punkte Kartoffeln noch nachstehendes zu bemerken. Der Herr Bürgermeister von Brünn hat gesagt, sie haben noch Vorräte, die für die allernächste Zeit ausreichen dürften. Ich für meine Person habe die Überzeugung, daß sehr viele andere Städte und Orte tatsächlich diese Vorräte momentan nicht mehr besitzen ~~und ich fürchte sehr, daß, wenn ich morgen nach Hause komme, ich die Nachricht bekommen werde, daß große Demonstrationen deshalb stattgefunden haben.~~

Trotz aller unserer Bitten und Telegramme, trotz unserer Zuschriften an maßgebende Stellen, haben wir das noch ausständige Quantum an Kartoffeln bis heute nicht erhalten. Ich möchte zu diesem Zwecke mir erlauben, die dringende Bitte an das Präsidium zu richten, daß dasselbe die maßgebende Stelle auf diese eminente Gefahr aufmerksam macht, denn es ist tatsächlich der Fall, daß die meisten Leute heute mit Kartoffeln nicht versorgt sind. Der eigentümliche Hinweis, daß statt der Kartoffel diese famose Rübe gegessen werden soll, kommt mir komisch vor, denn die Rübe bietet durchaus keinen Ersatz für die fehlenden Kartoffeln. Es ist absolut notwendig, daß man darauf hinweist, daß eine tatsächliche Gefahr vorhanden ist ~~und daß durch den Mangel an Kartoffeln, ich weiß nicht welche Konsequenzen eintreten können.~~

Die zweite wichtige Angelegenheit ist die Kohle. Stellen Sie sich meine Herren folgendes vor: Ich habe gestern, bevor ich zur Bahn gefahren bin, zu meinem Erstaunen erfahren, daß das Stations-Kommando angewiesen wurde, sich die Überzeugung zu verschaffen, ob tatsächlich die zugeführten Kohlen notwendig sind. Dies geschieht bei uns, wo wir ein Elektrizitätswerk, Gaswerk und viele Fabriksbetriebe haben. Es wird nun von der Auffassung des betreffenden Offiziers abhängen, der vielleicht glaubt, die Stadt hat genug Kohle, infolgedessen den Kohlenmangel bezweifelt ~~und selbst Vorräte aufspeichert.~~

Er hat das Recht, zu entscheiden, ob der Spediteur, der vielleicht monatlang zum Kohlentransport vorgemerkt war, genug für den neuen Konsum bekommen hat oder nicht. Er hat das Recht zu sagen, ob das Elektrizitäts- und Gaswerk genug Kohle hat. Das ist doch wirklich eigentümlich; von der Auffassung eines Kommandanten, der mit den Verhältnissen gar nicht vertraut ist, soll das abhängig gemacht werden. Wenn der sagt, es ist tatsächlich der Fall, so hat das Aktions-Komitee das Recht, diese Kohle für sich in Anspruch zu nehmen. Welche Konsequenzen wird denn das mit sich bringen? Haben die Fabriksbetriebe keine

Kohle, so können sie den Betrieb nicht mehr aufrechterhalten, und es werden so und so viele hundert Arbeiter, die heute schon nicht mehr ganzwöchentlich arbeiten, sondern nur zwei bis drei Tage in der Woche, völlig arbeitslos werden, weil die Fabriken den ganzen Betrieb einstellen müssen. Die weitere Konsequenz davon wird die schwere Notlage dieser arbeitslosen Arbeiter und ihrer Familien sein. Ich bitte das auch zu bedenken, denn ich ersehe außerordentliche Gefahren darin, wenn auf diese Art und Weise der Zufuhr von Kohle, welche jetzt nach dem 1. Jänner so einigermaßen befriedigend ausgefallen ist, wieder auf einmal ein solcher Miegel vorgehoben wird. Ich möchte also bitten, daß das Präsidium die kompetenten Stellen aufmerksam machen soll, daß diese Maßnahmen, welche dem Stations-Kommando solche Befugnisse eingeräumt haben, denn doch etwas näher zu erwägen wären, und daß man berücksichtigen soll, welche Konsequenzen für die Allgemeinheit daraus entstehen können.

Noch auf etwas möchte ich aufmerksam machen. Das betrifft nämlich die genaue Umschreibung des Wortes „Hamstern“. Nachdem das Hamstern nicht genau umschrieben ist, so kann das zu sehr unangenehmen Konsequenzen führen, denn wo beginnt und wo hört das Hamstern eigentlich auf? Mit welchen Mengen an Lebensmitteln kann sich eine ordentliche bürgerliche Hausfrau heute versehen, ohne Gefahr zu laufen, daß ihr der Vorwurf gemacht werde, sie läse die Hamsterei aus. Eine halbwegs kluge Hausfrau denkt nicht auf morgen allein, sondern auch auf die spätere Zeit. Sie denkt sich, heute habe ich Gelegenheit, mir etwas anzuschaffen, infolgedessen schaffe ich mir es an, damit ich für einige Zeit Vorrat habe. Das ist doch fürsorglich und keine Hamsterei und ich denke, daß zu diesem Zwecke die genaue Umschreibung dessen, was eigentlich das Hamstern ist, notwendig wäre. Ich möchte also bitten, daß das sehr geehrte Präsidium auch dieser Frage sein Augenmerk zuwendet.

Zu dem 2. Punkte werde ich noch später das Wort ergreifen.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Ich erteile das Wort dem Herrn Bürgermeister von Steyr.

Bürgermeister Gschaidner (Steyr): Ich habe, wie der Herr Bürgermeister von Brünn gesprochen hat, einen förmlichen Meid gehabt. Er hat von Kartoffelvorräten gesprochen und da muß ich sagen, wir haben gar keine Kartoffeln und der Bürgermeister von Linz hat die gleiche Erfahrung gemacht. Es scheint, daß die Regierung glaubt, in Oberösterreich ist alles im Überfluß vorhanden. Ich konstatiere aber, daß wir nur ein Zehntel der notwendigen Kartoffeln bekommen haben. Ich habe auch bei der Gründung des Bundes der deutschen Städte auf die Gefahren, die der Holzgewinnung drohen, hingewiesen und ersucht, dahin zu wirken, daß der Holzgewinnung hinreichende Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir haben durch die letzten Stürme in unseren Wäldern sehr große Windbrüche gehabt. So schmerzlich das auch für die Forstwirtschaft ist, so könnte doch durch die Verarbeitung dieser vom Windbruch gefällten Bäume sehr viel Holz gewonnen werden. Das kann aber leider nicht geschehen, weil uns die Arbeitskräfte und Zugtiere fehlen. Ich bitte die Herren vom Präsidium, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, unseren Gemeinden zur Verarbeitung der notwendigen Holzmenge entsprechende Arbeitskräfte und Zugtiere zuzuweisen.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, somit erkläre ich die Debatte über dieses Referat für geschlossen.

Wir schreiten nunmehr zur Gruppe 2.

Ich erteile das Wort dem Herrn Bürgermeister von Auffig.

Bürgermeister Dr. Bornemann (Auffig): Meine sehr geehrten Herren! Zu dem zweiten Punkte möchte ich im allgemeinen bemerken, daß die Hauptschwierigkeit in der Approximierung auf die mangelhaften Transporteinrichtungen zurückzuführen ist. Das ist bei der Kohle, beim Petroleum und auch bei den Kartoffeln der Fall. Man hat den Anforderungen, welche die Industrie seit zehn Jahren immer und immer wiederholte, daß man entsprechendes Geld in die Bahnen legen soll, nicht Rechnung getragen und jetzt haben wir die Folgen davon auszufüttern. Es ist ja ganz begreiflich, daß es zu so argen Verlegenheiten kommen mußte. Vor sechs Wochen sind 6000 Waggons von Deutschland in Ungarn festgelegt worden, welche wegen großer Truppentransporte nach Rumänien jetzt nicht zurückgeschickt werden können. Es ist ja ein Wunder, daß überhaupt der Verkehr in beschränkter Weise aufrecht erhalten werden kann, wenn wir bedenken, daß unsere Hauptbahnen, wie z. B. die Nordwestbahn und die Kaiser Franz Josefs-Bahn nicht einmal zweigleisig ausgebaut sind.

Die Kartoffelfrage ist nicht nur bei uns, sondern auch in Deutschland sehr traurig. Ich war vor 14 Tagen in Deutschland und kann sagen, daß in der Stadt Zwickau und in Chemnitz Kartoffel verkauft werden, die aus Czestochau und aus Schlesien hingeschickt werden. Man fragt sich da vergebens, ob es wirklich notwendig ist, eine so weite Fracht vorzunehmen. Ich möchte das anführen, damit man sieht, daß es bei uns zu solchen Verlegenheiten kommen mußte, nachdem unsere Bahneinrichtungen höchst mangelhaft sind. Ich glaube doch, so wie man die Produkte bei den Produzenten aufbringen soll, soll man auf dem Standpunkte stehen, daß alle Produkte, welche die Städte brauchen, so weit als möglich bei den Produzenten der Umgebung herausgeholt werden sollen.

Der Approximierungsbeirat der Statthalterei in Prag ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Landwirte befürchten, daß man ihnen auch die Saatkartoffeln wegnimmt. Dann würde die Produktion an Kartoffeln sehr traurig ausfallen und wir würden, wenn der Krieg noch lange andauert, in bedeutend ärgere Verlegenheiten geraten.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß es für den Landwirt sehr wenig Anreiz bietet, Kartoffeln anzubauen, seitdem die Höchstpreise eingeführt sind, weil er mit anderen Artikeln bedeutend bessere Geschäfte macht. Wenn er z. B. Dorsch anbaut anstatt der Kartoffel, für die er nur neun Kronen bekommt, so macht er schon bei dem Preis für Dorsch ein bedeutend besseres Geschäft.

Wir werden noch bei den Höchstpreisen darüber sprechen. Aber das eine sage ich gleich: Wir alle müssen uns auf die Brust schlagen, denn wir alle haben schon die Höchstpreise überschritten. Man zwingt uns ja dazu, denn wenn die Regierung Höchstpreise festsetzt und die Bevölkerung sagt dann, die Linsen kosten 65 Heller, was sollen wir dann anfangen. Wir müssen sie ja mit vier Kronen bezahlen. Und ich möchte den Bürgermeistern sehen, der das Risiko auf sich nimmt und die Linsen

oder sonst welche Sachen nicht kauft. Er würde ja gesteigert werden, weil er die Höchstpreise eingehalten hat, sowie man ihn am liebsten steinigen möchte, wenn er das Gegenteil tut. Ein Bürgermeister hat heutzutage immer unrecht. Er kann da machen was er will.

Wegen Kohle möchte ich nur erwähnen, daß in Auffig mehrere Betriebe stillstehen müssen, weil keine Kohle vorhanden ist. Ich selbst habe den Antrag gestellt, die Ferien nicht auf neun Wochen auszugestalten, aber die Schulen bis zum 8. Jänner zu schließen, damit man wieder einen Vorrat an Kohle bekommt. Wir haben uns nur durch einen Zufall darüber hinwegsetzen können, weil Hochwasser gekommen ist und die Verladungen auf der Elbe nicht stattfinden konnten.

Dadurch, daß die ausländischen Waggons, die zur Verfügung stehen, nicht immer 14 Tage stehen gelassen werden, standen sie uns zur Fahrt zu den Schächten zur Verfügung. Es ist also Tatsache, daß Kohle vorhanden ist, aber daß man sie nicht verfrachten kann.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte gelangt der Herr Bürgermeister von Budweis.

Bürgermeister Taschek (Budweis): Ich möchte einiges von dem, was der Herr Vorredner gesprochen hat, unterstreichen. Es fehlt tatsächlich an Saatkartoffeln. Es sind mir im Böhmerwalde Ortschaften bekannt, welche das notwendige Saatmaterial nicht besitzen. Die Herren, welche unter Führung Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Minister für Volksernährung vorsprechen werden, werden besonders aufmerksam machen müssen auf die Dinge, die unmittelbar mit dem Militär zusammenhängen. Er ist ja ein Angehöriger des Heeres und könnte vielleicht gerade in dieser Eigenschaft manche Änderungen vornehmen. ~~Es ist bei uns in Budweis und auch in anderen Orten der Fall, daß das Militär so große Vorräte angesammelt hat, daß ein großer Teil davon verdorben ist. Heuer dürfte es etwas besser sein. Es wird, wie ich wenigstens beobachtet habe, etwas vorsichtiger bei der Einlagerung vorgegangen, aber die Bevölkerung wird dadurch gereizt, daß sie diese Aufspeicherungen und Einhamsterungen für militärische Zwecke sieht. Es ist begreiflich, das Militär muß gedeckt sein, aber derartiges ist überflüssig. Eine schlechte Einlagerung darf nicht stattfinden, umsoweniger, wenn dadurch das wertvolle Saatgut der Bevölkerung entzogen wird. Alle Herren werden wahrscheinlich wahrgenommen haben, daß das Militär, wo es in größerer Anzahl einquartiert ist, unter verschiedenen Vorwänden an die Stadtverwaltung herantritt wegen Versorgung von Verpflegungsmaterial, Mehl, Kartoffeln zc. Wir brauchen aber dies alles für uns selbst und verhalten uns daher sehr ablehnend, indem wir uns darauf berufen, daß das Militär sich selbst verpflegt und dies auch leicht tun kann, weil es alle Erleichterungen beim Transport und bei der Beschaffung von Waggons besitzt. Es wäre gut, wenn neuerlich darauf hingewiesen würde, daß nie und da doch vom Militär versucht wird, aus den ohnehin sehr fargen Vorräten Entnahmen zu machen, welche die Zivilbevölkerung außerordentlich schädigen.~~

Es wurde vom Herrn Referenten gesagt, daß der Transport der Kartoffel jetzt wegen Frostgefahr auf einige Zeit unterbunden sei. Was haben wir überall gepredigt und verlangt, die Zentrale solle rechtzeitig die Zufuhren durchführen. Es wurde immer gesagt, daß die Waggons fehlen. Sie und da wird aber auch

der gute Wille gefehlt haben. Böhmen heißt das Kartoffelland, aber heuer haben wir auch in Böhmen wenig. Im Böhmerwald und Erzgebirge und wie ich wiederholt gehört habe, auch im Riesengebirge. Selbst im altbekannten Kartoffelgebiet um Tabor herum haben wir eine ziemlich schlechte Ernte gehabt. Der Kohlenmangel ist bei uns auch groß. Wie es vielleicht überall sein wird. Wir haben uns an die Schulbehörden wegen des Schulschlusses gewendet. Der Unterricht wurde begonnen am 4. Jänner, am 5. Jänner fortgesetzt und dann waren wieder zwei Feiertage. Wir haben mit dem Ausheizen der Schulen schlechte Erfahrungen gemacht, es wird viel Material nutzlos vergeudet, wenn man die kalten Lokalitäten für zwei Tage ausheizen muß.

Wir haben daher dringend gebeten, man möge den Schulanfang auf den 8. Jänner verlegen, es ist aber nicht bewilligt worden. Jetzt ist wieder diese Verordnung gekommen, ich weiß nicht ob auch in anderen Provinzen, daß, wo überhaupt Kohle aufzutreiben ist, insbesondere wo sie für den Betrieb von Schulen und Ämtern aufgestapelt ist, die Kohle zu requirieren und den Bäckern und Kriegsmaterial-Erzeugern zuzuweisen ist. Ist dies anderswo auch? (Rufe: Nein!) Bei uns ist es so, mir ist die Verordnung nicht zugestellt worden, aber ich habe sie gelesen. Diese Requisition mag vom allgemeinen Standpunkte aus gerechtfertigt sein, aber sie verteuert mehr als eine augenblickliche Unterbrechung der Zufuhren. Man begreift nicht, wie ein derartiger Waggommangel eintreten kann. ~~Wenn man nachfragt, wird zu verstehen gegeben, es finden große Militärverschiebungen statt. Die Spazierfahrten einzelner Produkte sind auch bekannt.~~

Wir haben in Budweis eine ziemlich große Mühle, aus dieser werden die Abfallprodukte, die an sich heute beinahe nährstofflos sind, nach Nordböhmen geführt und dann kommen sie erst wieder zu uns. Es wird allerdings gesagt, das sind Ausnahmen, aber für die Milchproduktion spielt dies eine große Rolle.

Die Herren, die Gelegenheit haben, mit Meierhofbesitzern zu sprechen, werden wissen, daß der Ertrag der Milchtiere, wenn die Verfütterung nur aus Stroh und Heu besteht, bis auf 2½ l per Stück sinkt. Von den Dorschen, die jetzt in jede Stadt kommen, ist oft die Hälfte verfault und muß ausrangiert werden, bei den Kartoffeln ist es ebenso. Wenn diese als Futtermittel verwendet werden, so steigert sich die Milchproduktion per Kuh auf sieben und mehr Liter. Wir müssen uns also darum kümmern, daß Kraftfuttermittel vorhanden sind und für die Kühe verwendet werden, weil dies gerade für die Milchproduktion und die Ernährung der Kinder von größter Bedeutung ist. Es ist dringend notwendig, daß wir heute schon die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Beschaffung der Milch lenken und ihr die Wege weisen, wie man die Milchproduktion möglichst heben könnte. Wir haben in Budweis derartige Zustände, daß die Frauen täglich förmlich Sturm laufen, um Milch zu bekommen. Wenn aber nicht für Kraftfutter gesorgt wird, können wir die nötige Milch nicht beschaffen.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Ich erteile das Wort Sr. Exzellenz dem Herrn Bürgermeister von Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wenn ich zum Punkte Erfassung der Nahrungsmittel das Wort ergreife, so möchte ich wohl darauf hinweisen, daß es sich um nicht nur darum handeln kann, die Nahrungsmittel im eigenen Lande zu erfassen, sondern daß von uns großer Wert darauf gelegt wird, daß sie auch in

den okkupierten Ländern in zweckmäßiger Weise erfasst und alle Quantitäten, welche nicht unbedingt von der Militärverwaltung beansprucht werden, der Zivilbevölkerung des Hinterlandes zugewiesen werden. Die Stadt Wien hat verschiedene Versuche gemacht, um aus Russisch-Polen wichtige Lebensmittel herauszuziehen. Es wurde aber von Seite des Militär-Kommandos ein solcher Widerstand geleistet, daß es uns nur mit Mühe gelang, in einigen Belangen einen Erfolg zu erzielen.

Raum haben wir jetzt in drei Kreisen von Russisch-Polen den Eierhandel für unsere Stadt organisiert, so verlautet schon, es wird eine Zentralstelle gegründet, welcher die Besorgung des Eierhandels übertragen wird, das heißt jetzt werden wieder gewisse Herren der Zentralstelle das große Wort führen statt erprobter Funktionäre. Sofort soll wieder eine Zentralstelle geschaffen werden, welche die Eier in Russisch-Polen übernimmt und dann — mit welchem Zwischengewinne weiß ich nicht — den Städten des Hinterlandes zur Verfügung stellt.

Meine sehr geehrten Herren! Mit welchen Hoffnungen wurde die Beute aus Rumänien begrüßt. Es ist allerdings ein durch die ganze Kriegszeit andauernder Fehler unserer mehr oder weniger, ich weiß nicht soll ich sagen, in Freiheit dreifertigen Presse, daß sie immer in offiziellen Artikeln geradezu phantasiervoll schwelgt. Die Vorräte werden immer im rosigen Lichte geschildert und wenn es dann dazukommt, die Lebensmittel hereinzubringen, wird die Quantität immer kleiner und kleiner, bis überhaupt nichts mehr da ist.

Nicht nur wir, sondern gewiß Sie alle haben unsere Hoffnung darauf gestellt, daß rechtzeitig der Import von Brotfrüchten aus Rumänien einsetzen wird. Gar nichts kommt herein.

Wie ich unlängst gehört habe, sind erstens die Vorräte nicht so bedeutend, wie sie einmal eingeschätzt wurden, zweitens muß in erster Linie die Armee versorgt werden, drittens soll für die Armee ein vierwöchentlicher Reservevorrat angehäuft werden, und dann steht in Aussicht, das Übrige wird zwischen Deutschland und Österreich geteilt. In dieser Beziehung glaube ich, müssen wir wohl auch dem Herrn Minister für Volksernährung vor Augen führen, daß wir mit Zug und Recht verlangen, daß unsere schwere Aufgabe dadurch unterstützt wird, daß nicht nur im Inlande die Erfassung der Nahrungsmittel in zweckmäßiger Weise durchgeführt wird, sondern daß wir verlangen, daß auch in den okkupierten Ländern in gleicher Weise vorgegangen und daß aus den Ländern, in denen tatsächlich Vorräte vorhanden sind, diese auch dem Hinterlande zugänglich gemacht werden.

Es haben zwei Herren Vorredner mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß es sich nicht bloß um die Erfassung der Lebensmittel handelt, sondern auch darum, die Transporte der Lebensmittel an die richtige Adresse zweckmäßig zu organisieren.

Diese Frage ist beim Punkte 4 zur Erörterung gestellt und ich begrüße den Passus der Entschließung, welcher lautet: „Die Verteilungspläne müssen überprüft und insbesondere muß dahin gewirkt werden, daß alle überflüssigen Verfrachtungen unterbleiben.“

Wenn wir von einem Waggommangel sprechen, so besteht dieser zweifellos darin, daß Österreich auf seinen Staatsbahnen schon im Frieden nur wenig Waggons hatte. Die Protokolle des Abgeordnetenhauses sind mit Beschwerden der Abgeordneten über den Waggommangel gefüllt.

Nun schauen Sie sich unsere Fronten an, bedenken Sie, wie viel Kriegsmaterial an diese Hunderte von Kilometern lange

Fronten geführt werden muß; ist es da nicht selbstverständlich, daß dieser Waggongmangel in unerhörter Weise verschärft wird. Dann muß man darauf sehen, daß auch bezüglich der Zubereitung der Lebensmittel in zweckentsprechender Weise vorgegangen wird, und daß nicht für den gewöhnlichen Staatsbürger unfaßbarste Dispositionen getroffen werden.

Wien wird zum Beispiel nicht von Niederösterreich, sondern aus Böhmen und Mähren und angeblich aus Rußisch-Polen mit Kartoffeln versehen. Die Kartoffeln aus Rußisch-Polen werden auch an die Südwestfront geschickt. Sie werden also durch alle Königreiche und Länder spazieren geführt, bis sie an die Verwendungsstelle kommen.

Da muß ein Hebel angelegt werden; was würde man an Waggons und Zeit und Kohle für die Lokomotiven ersparen, wenn da ordentlich disponiert werden würde. Es ist ja so bezeichnend, was wir unmittelbar nach der Ernte über die Dispositionen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt gehört haben. Der Landwirt mußte sein Getreide oft zu einer Mühle führen, die weit vom Erzeugungsort entfernt lag. Das gemahlene Mehl wurde nicht etwa in die zunächst gelegenen Konsumorte, sondern oft Gott weiß bis wohin geführt. Meine Anregung geht dahin, daß die Deputation, welche beim Minister für Volksernährung vorpricht, zum Punkte 2 darauf hinweist, daß auch in den okkupierten Ländern eine zweckmäßige Erfassung der Nahrungsmittel stattfinden und daß zu Punkt 4 verlangt werde, daß zweckmäßige Dispositionen getroffen werden, welche Geld und Zeit ersparend wirken.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Das Wort hat der Herr Vertreter der Stadt Bielitz.

Gem.-Rat Aretschmer (Bielitz): Ich will zum Punkt „Kartoffelversorgung“ bemerken, daß wir in Bielitz von der Landesregierung in Troppau und von jener in Krakau die Zusage erhielten, daß wir bis zum Oktober mit Kartoffeln versehen werden würden. Es kam nun der 15. Oktober heran, ohne daß wir Kartoffel erhalten hätten. Wir haben daher eine Deputation nach Troppau und Teschen und dann nach Rußisch-Polen geschickt, dort haben die Herren gefunden, daß Hunderte Joch Kartoffelfelder aus Mangel an Arbeitskräften nicht ausgegraben worden waren. Wir haben das nach Troppau und an das Ober-Kommando nach Teschen gemeldet, leider ist aber mittlerweile Frost eingetreten und wir stehen vor der Tatsache, daß Hunderte Joch Kartoffel dem Einfrieren ausgesetzt sind. Ob sie dann noch verwendbar sein werden, weiß ich nicht. Es wäre daher sehr dankenswert, wenn die Deputation, die beim Minister vorpricht, erwähnen würde, daß in Bielitz 12.000 Mann herumlaufen und nicht wissen, was sie anfangen sollen; wenn irgend ein Fuhrwerkstransport stattfindet, gehen gleich 60 Mann mit, ~~es graust einem, wenn man so etwas sieht~~. Wir haben in Bielitz 40 Betriebe, deren Arbeiter zum größten Teile von Kartoffeln leben und da ist es daher von größter Wichtigkeit, daß die Mittel bereitgestellt werden, damit die Frucht, wenn sie reif wird, auch wirklich aus dem Boden genommen und nicht der Fäulnis ausgesetzt wird. Das sind doch Dinge, die bei der heutigen Knappheit nicht zulässig sind.

Bezüglich der Kohlen möchte ich erwähnen, daß solche Mengen vorhanden sind, daß man nicht weiß, wohin damit. Es fehlt nur an Waggons. Ich weiß von jemandem, der in Rumänien war, daß die Ungarn in ihrer superlativen Weisheit

die Waggons, um sie ihrem Lande zurückzuhalten — es sind an die 30.000 — mit Waren um ein paar Kronen beladen und sie Gott weiß wohin schicken. So kommen sie ewig nicht aus Ungarn heraus. Wenn der Städtebund dafür Sorge trägt, daß die Waggons aus Ungarn hereinkommen, wird gleich Kohle genug da sein.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Ich erteile das Wort dem Herrn Bürgermeister von Tepliz.

Bürgermeister Hussak (Tepliz): Es ist von den meisten Herren über den Kohlenmangel gesprochen worden und über die Not, die infolgedessen in vielen Städten herrscht. Da will ich Ihnen nur mitteilen, daß die Stadt, welche ich vertrete und die mitten im Kohlengebiet liegt, mir heute ein Telegramm nachschicken ließ, ich möchte in das Arbeitsministerium gehen, um zu veranlassen, daß einige Waggons Kohle dem Gaswerk unserer Stadt zugeschickt werden, weil der Betrieb sonst innerhalb acht Tagen eingestellt werden müßte. Daß passiert also uns, die wir mitten im Kohlengebiete liegen. So wie mit der Kohle geht es mit allen anderen Artikeln auch. Es ist ja noch Gelegenheit, über andere Artikel zu sprechen, aber ich wollte nur jenen Herren, deren Städte unter dem Kohlenmangel leiden, sagen, daß wir, die wir mitten im Kohlengebiete liegen, auch nichts bekommen.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Zum Worte gelangt der Herr Vertreter der Stadt Graz.

Amts-Direktor Dr. Plochl (Graz): Ich muß etwas Versäumtes nachholen. Wir stehen jetzt in der Erörterung über die Erfassung der Nahrungsmittel, und das, worüber ich sprechen will, gehört zur Erzeugung. Die Frage der Futtermittel steht aber mit jener der Nahrungsmittel in so innigem Zusammenhange, daß Sie mir wohl gestatten werden, ganz kurz auf die Frage der Futtermittel und im Zusammenhange damit auf die Frage der Milchversorgung zu sprechen zu kommen.

Die Regierung selbst hat bekanntlich durch die Verordnung, daß in allen größeren Konsumzentren sogenannte Milchversorgungsstellen geschaffen werden, die außerordentliche Wichtigkeit speziell für die Städte anerkannt. Die wesentlichste Aufgabe dieser Milchversorgungsstellen soll nach dem Regierungs-Erlasse in der Organisierung der Anlieferung der Milch und in der Organisierung einer möglichst gleichmäßigen Verteilung bestehen.

Dieser Aufgabekreis ist entschieden zu eng; in erster Linie handelt es sich wohl um die Hebung der Milchproduktion und ein Herr Vorredner, Herr Bürgermeister T a s c h e l, hat diesen Punkt bereits gestreift.

Ich möchte nur betonen, daß die Stadt Graz, welche bezüglich der Milchversorgung durch die Kriegsverhältnisse in eine äußerst traurige Lage gekommen ist, indem die Milchmenge, welche in Friedenszeiten zur Verfügung stand, auf mehr als die Hälfte vermindert wurde, so daß wir kaum die unbedingt milchbedürftigen Verbraucher, das sind Kinder, stillende Mütter, Kranke und Greise, befriedigen können, sich mit der Idee getragen hat, selbst zur Hebung der Milchproduktion durch Ankauf von Melkkühen beizutragen. Es würden solche, und zwar Schweizerkühe in größerer Zahl zur Verfügung gestellt werden, so daß damit auch eine Vermehrung des inländischen Viehbestandes verbunden wäre.

Die Stadt Graz würde auch das Geldopfer, das damit verbunden ist, und das nicht klein sein wird, bringen. Allein sie müßte die ganze Aktion von der Sicherstellung der erforderlichen Futtermittel abhängig machen, und mit den Futtermitteln hat es eine ganz eigenartige Bewandnis. Bekanntlich besteht eine Futtermittel-Zentrale, an welche alle Kraftfuttermittel abzuführen sind und welche die Futtermittel zu einem ganz mäßigen Preise übernimmt, aber zu wesentlich höheren Preisen abgibt. (Zustimmung.)

Ich habe Gelegenheit gehabt, bei einer Besprechung in der Grazer Statthaltereie, wo es sich um die Frage der Hebung der Fettproduktion handelte, und wo an die Stadtgemeinde das Ansuchen gerichtet wurde, eine große Musteranstalt zur Mästung von Schweinen zu errichten, unter dem Beifall aller anwesenden Fachleute darauf hinzuweisen, daß diese Anregung gewiß sehr wertvoll ist, daß aber insoweit an eine rationelle Schweinemästung nicht gedacht werden könne, als nicht die entsprechenden Kraftfuttermittel zu einem angemessenen Preise zur Verfügung stehen, denn sonst kommt das erzeugte Fett so teuer zu stehen, daß man von einer Erleichterung der Fettversorgung gar nicht reden kann.

Ich begrüße es daher, daß in der vorliegenden Entschließung (im Punkte 1) besonders hervorgehoben wird — und möchte das besonders unterstrichen sehen und die Abordnung ersuchen, den Herrn Ernährungsminister speziell auch darauf aufmerksam zu machen — daß an eine Hebung der Produktion, namentlich der so überaus wichtigen Milchversorgung, wie auch nicht minder der Fettversorgung nur dann zu denken ist, wenn den betreffenden Produzenten, als welche auch die Gemeinden auftreten können und werden, die erforderlichen Futtermittel zu angemessenen Preisen überlassen werden. Das hätte ich zum ersten Punkte zunächst zu bemerken gehabt.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß Steiermark, was die Kartoffelversorgung betrifft, auf Zuschüsse aus anderen Ländern angewiesen ist und daß wir leider den größeren Teil dieser Zuschüsse aus Galizien erhalten haben. Die galizischen Kartoffel sind von einer derart miserablen Beschaffenheit, daß ein großer Teil dieser Sendungen überhaupt nicht verwertet werden konnte. Warum nun aus Galizien nach Steiermark und wahrscheinlich auch nach anderen Ländern so schlechte Kartoffeln kommen müssen, warum diese Sendungen so sehr mit Erde und Mist vermengt geliefert werden, das ist mir nicht recht erklärlich. Ich vermute, daß sowohl beim Ernten wie auch beim Verladen nicht mit der nötigen Sorgfalt zu Werke gegangen wird. Ich möchte daher bitten, daß die Abordnung, welche sich zum Ernährungsminister begibt, seine Aufmerksamkeit auch auf diesen Übelstand lenken möge. Der Herr Vertreter der Stadt Mährisch-Schönberg hat mit Bezug auf den ersten Punkt, wo es heißt, es sollen Vorkehrungen gegen die Hamsterei getroffen werden, gemeint, daß man den Begriff der Hamsterei näher umschreiben möge. Ich halte das durchaus nicht für nötig, und zwar deshalb nicht, weil erstens derzeit eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel staatlich bewirtschaftet, rationiert ist, und infolgedessen eine Hamsterei ohnedies ausgeschlossen erscheint, sofern die Verteilung und die Organisation streng durchgeführt ist. Und wenn wir in diesem Punkte sagen, „alle unentbehrlichen Nahrungsmittel sind . . . unter Sperre zu legen“, so ist damit eine Hamsterei ausgeschlossen. Übrigens glaube ich, daß, wenn solche

Hamstereien vorkommen, die dort aufgestapelten Vorräte nicht maßgebend sind.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Das Wort hat der Herr Bürgermeister-Stellvertreter von Bruck an der Leitha.

Bürgermeister-Stellvertreter Graf (Bruck an der Leitha): Ich will einige Worte über jene Verhältnisse sprechen, die bei uns an der Grenze herrschen. Zuerst hat man uns gesagt, daß die Nähe Ungarns für uns sehr vorteilhaft ist, weil wir sehr viel Lebensmittel von dort einführen können. Bei jeder Anforderung, und wenn sie noch so groß war, hat man uns gesagt, wir können das ganz gut leisten, weil die Grenze von Ungarn so nahe ist. In Wirklichkeit aber hat man die Ware von uns hinübergeführt und wir haben nichts davon gehabt. An der ungarischen Grenze steht seit Kriegsbeginn ein Finanzier und alles was herüber kommt, wird hopp genommen und nur die Ausfuhr unserer Artikel nach Ungarn ist zulässig.

Ich will nicht weiter darüber sprechen, aber ich muß doch sagen, daß wir dadurch sehr schwer getroffen sind und alles das, was herübergeschwindelt wird, sei es Kukuruz, Mais oder Gerste oder Kartoffeln, die drüben gekauft wurden, wird nicht bei uns, sondern in Simmering bei der alten Emie verkauft. Auch die vielen Soldaten machen uns schwere Sorge. Wir haben bei 6000 Einwohnern 30.000 Eingerückte in der Umgebung, und alle holen sich bei uns die Lebensmittel. Es ist soweit gekommen, daß alle zu unserer Kaufmannschaft gekommen sind und von uns Petroleum verlangt haben. Unsere Kaufleute wollten nichts hergeben, aber da hat es einfach geheißen, es wird requiriert.

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Das Wort hat der Herr Bürgermeister von Znaim.

Bürgermeister Dr. Somma (Znaim): Meine sehr geehrten Herren! Es läßt sich nicht leugnen und wir alle müssen das zugestehen und haben es am eigenen Leibe erfahren, daß, wenn die Approvisionnement der Bevölkerung klaglos durchgeführt werden soll, die erste und unbedingte Voraussetzung die rechtzeitige Erfassung der Vorräte ist. Das ist die Grundlage für die ganze Approvisionnement. Wir haben bis zum Kriege im Überfluß gelebt, wurden dann alle überrascht und müssen uns sagen, für diese Verhältnisse hat es keinen Schimmel gegeben. Sie müssen von Grund aus organisiert werden.

Da, meine Herren, ist eine der schwersten Aufgaben, wie die Erfassung der Vorräte stattfinden soll. Sie ist aber die Grundlage für die Approvisionnement und leider mangelt es heute noch an der richtigen Erfassung der Vorräte. Aus eigener Erfahrung habe ich die Wahrnehmung gemacht, wie im ersten Kriegsjahre wenigstens die Aufnahme der Feldfrüchte am Lande stattgefunden hat. Der Gendarm ist gekommen und hat den Bauer gefragt: Wie viel habt ihr, Vetter? Der Vetter sagte, es werden so zehn Megen sein. Billeicht sind es 15, sagt der Gendarm, schreiben wir halt 15. Es ist nun ein großes Glück, daß die Vorräte damals so schlecht aufgenommen worden sind, sonst hätten wir schon im ersten Jahre dieselbe Not gehabt wie jetzt. Dann ist aber natürlich der Staatsanwalt gekommen, hat herumfuchen lassen und die Verschweigung der Vorräte bestraft. Es darf nichts mehr verschwiegen werden.

Gleich anfangs des Krieges ist auch die Idee aufgetaucht, daß man das Getreide an bestimmten Orten sammeln soll. Das wurde fallen gelassen, weil es schwer ist, das Getreide auch nur

in einer Gemeinde in einzelnen Schüttkästen zusammen zu bringen. Was war aber die Folge? Daß dieses leichtsinnig aufgenommene Getreide zum großen Teil verfüttert wurde. Vielleicht war das ein Glück für die Erhaltung des Viehstandes, aber dem menschlichen Konsum wurde auf diese Art viel Getreide entzogen.

Noch schwieriger ist die Sache bei der Milch. Wir wollen die Milch für gewisse Stadtgebiete haben. Unser Bedarf ist zirka 4000 Liter täglich. Allerdings eine bescheidene Ziffer, aber es ist sehr schwer, auch diese aufzubringen. Wir haben nun mit den Grundbesitzern verhandelt und die Milch von ihnen gesammelt, soweit sie nicht durch Kontrakte gebunden waren, und haben unsere 4000 Liter täglich so ziemlich bekommen.

Was ist aber dann geschehen? Auf einmal kam die Viehrequisition! Aus unserer Gegend wurden 600 Stück Rinder in letzterer Zeit weggenommen. Dabei wurde nicht geschaut, ob es Ochsen oder Kühe sind, obwohl in der Verordnung gestanden hat, milchgebende Tiere dürfen nicht genommen werden. So ist ein Milchmangel eingetreten. Es haben uns 500 l gefehlt. Zudem hatten wir außer für den Zivilbedarf auch noch für 6000 bis 8000 Militärpersonen und für 4000 Verwundete zu sorgen, die in der Stadt waren.

Die Erfassung der Vorräte ist eine Grundbedingung, auf die das größte Gewicht gelegt werden muß. Wir haben in den letzten Tagen wieder eine solche Erfassungsmaßregel bekommen, die Fettvorschrift! Selbstverständlich ist sie sehr spät gekommen. Wir sollen nun bis zum 15. Oktober zurück feststellen, wer ein Schwein geschlachtet hat, und wissen, wie viel er Fett bekommen hat. Nachdem bis heute das Quantum per Person nicht festgestellt ist, können wir keine Rechnung machen, wie viel man als Selbsterzeuger für seine Person von dem Fett verbrauchen kann, wobei wir überdies die Quantität noch gar nicht wissen. Ich kann Sie versichern, jetzt wird alles geschlachtet. Vielleicht ist dies ein Mangel an Gemein Sinn, aber denken Sie andererseits, der Mann plagt sich mit der Fütterung des Schweines, besorgt mit Mühe und Not das Futter, dann lauft er Gefahr, daß das Schwein hin wird, und jetzt auf einmal soll der Mann denken, ich habe das Schwein nicht für mich gefüttert, ich bekomme mein Fett nicht selbst. Ich weiß nicht, wie die Fettverordnung wirken wird und ob sie für die Öffentlichkeit von großer Ergiebigkeit sein wird. Wir haben in Znaim, um uns Fettschweine zu sichern, eine Mastanstalt für 300 Schweine eingerichtet. Allerdings konnten wir dies nicht auf unsere Kosten tun. Wir haben uns überhaupt von dem Gedanken leiten lassen, daß der Privaterwerb nicht gestört werden solle und daß die Gemeinde das Geld auf andere Sachen braucht. Wir haben daher den Vieheinkauf durch die Fleischauger besorgen lassen, aber der Mästerei Futter zu verschaffen gesucht. Unter der Autorität der Gemeinde, die manchmal allerdings sehr zusammenschrumpft, haben wir hie und da Futter bekommen. Was ist aber jetzt geschehen? Unsere 300 Schweine stehen dort, wir haben sie auf unsere Gefahr füttern lassen und jetzt wird vielleicht das Resultat für uns in Frage gestellt.

Ein trasser Fall betrifft den Verkauf von Leder. Wir haben in Znaim eine Menge Leder-Erzeuger, die ungeheure Quantitäten an das Arar abliefern und Millionen verdienen. Ein Herr hat für die Personaleinkommensteuer 3,800.000 K angegeben. Eines Tages kommt zu mir ein Schuster und sagt, wir haben kein Leder, wir haben nichts zu arbeiten und hungern. Ich fragte: warum bekommt ihr nichts? Ich bitte, sagte er, ich habe das

Leder bei einem Lederhändler zugewiesen, es wurde ihm vom Militär gestattet, so und so viel wegzugeben. Wenn man aber glaubt, von einem Znaimer Lederhändler muß ein Znaimer Schuster Leder bekommen, so irrt man. Das Leder muß erst nach Brünn avisiert werden, an Herrn Rischavy, und dieser muß die Faktura nach Znaim schicken. Dafür bekommt er drei Prozent Provision. So etwas wirkt doch geradezu preistreibend.

Die 3 Prozent sind nur für das Schreiben der Faktura. (Zwischenrufe: 7 Prozent!) Ich will also nochmals sagen, die Feststellung der Vorräte ist die schwerste Aufgabe, denn nur dann kann man die Verteilung vornehmen. Wir haben am Städtetage in Brünn auch darauf hingewiesen, daß man Verbrauchsartikel wie Petroleum nur den Gemeinden in die Hand geben soll. Wir haben Petroleumarten eingeführt, die Gemeinde hat eine Zisterne bekommen, gleichzeitig erfahre ich aber, der Kaufmann A hat 20 Barrels, ein anderer 10, ein anderer 15 Barrels bekommen.

Das verbreitet sich in der Stadt, denn die Bevölkerung sieht ja, wie das Petroleum von der Bahn zugeführt wird, und dann kommen die Leute und drängen sich um die Geschäfte. Wie soll ich die Verteilung vornehmen, wenn andere auch so und soviel bekommen? Wie ich der Zentrale geschrieben habe, erhielt ich die klassische Antwort, das sind alte Kunden, mit denen wir in Verbindung bleiben müssen. Gut! Aber wenn der Kunde geschickt wird, so muß doch die Gemeinde auch davon verständigt werden, damit sie dies bei der Verteilung berücksichtigen kann.

Ich stimme der Resolution vollkommen zu. Ich bitte um Annahme derselben und ergreife gerne den Anlaß, der verehrten Leitung des Bundes besonderen Dank zu sagen, daß sie in kurzer Zeit es verstanden hat, was möglich war, für die Städte zu leisten. Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß wir uns wiederholt an den Bund gewendet und stets die nötigen Auskünfte bekommen haben. Die Herren erfüllen gewissenhaft ihre Pflicht, wofür ihnen der beste Dank gebührt. (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Ober-Kurator v. Steiner: Zum Worte gelangt der Herr Bürgermeister von Waidhofen a. d. Ybbs.

Bürgermeister Dr. Kieglhofer (Waidhofen a. d. Ybbs): Die Klagen, die mir von verschiedenen Seiten gehört haben, waren durchwegs berechtigt. Mir scheint, wenn ich das Resümee ziehe, daß alle Klagen auf eines hinauslaufen, auf die Plan- und Systemlosigkeit in Erzeugung, Erfassung, Preisbildung und Verteilung. In Bezug auf die Preisbildung wurde bereits hervorgehoben, daß es der Produktion abträglich ist, wenn der Erzeuger sein Produkt abgeben und dann das Derivat seiner Arbeit in schlechter Qualität zu wahnsinnigen Preisen zurückkaufen muß.

Bezüglich der Verteilung scheint mir aus allen Klagen eines hervorzugehen.

Die Versorgung der Städte mit staatlich bewirtschafteten Bedarfsartikeln ist nichts wert, wenn sie nicht automatisch erfolgt, wenn nicht jeder Versorgungsbezirk nur in dem Maße berücksichtigt wird, wie sein Bedarf ist, und nicht nach dem Grade der Verbindungen, der Grobheit oder Zubringlichkeit seiner Vertreter. (Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Oder der Krawalle in der Stadt!)

Nachdem man der Ingerenz der Gemeinden die Versorgung, Erfassung, Verteilung und Preisbildung vollkommen entrückt hat, ist die geringste Forderung, die man stellen kann, daß die Versorgung gleichmäßig und zu angemessenen Preisen erfolgt.

Es ist heute vom Kettenhandel und von der Verteuerung wesentlicher Bedarfsartikel durch ihn gesprochen worden. Der Kettenhandel ist selbstverständlich auf das Schärftste zu verurteilen und hintanzuhalten. Ich muß aber sagen, daß ein Großteil der Approvisionierungs-Zentralen die Geschäfte des Kettenhandels prächtig zu besorgen versteht. Es mögen im Anfange und im Drange der Not bei der Besetzung der Stellen in den Zentralen Mißgriffe vorgekommen und unvermeidlich gewesen sein. Aber daß man zum Beispiel, wie mir ein Fall bekannt ist, zum Inspektor einer solchen Zentrale, welche mit Mühlen zu tun hat, einen Krawattenfabrikanten nimmt, dem die primitivsten Fachkenntnisse mangeln, ist doch eigentlich unbegreiflich.

Ähnliche Verhältnisse finden Sie bei allen diesen verschiedenen Zentralen. Auf einen besonderen Übelstand, welcher allen diesen Zentralen gemeinsam ist, will ich nicht erst hinweisen, denn jeden, der in diesen Zentralen zu tun gehabt hat, wird der Augenschein darüber belehrt haben, welcher Art eigentlich die Zusammensetzung des Beamtenkörpers ist.

Wie ich mit eigenen Augen gesehen habe — es war bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt — hat unter den Angestellten im Vorraum eine förmliche Pflaumenbörse stattgefunden. Die Herren haben untereinander, nur auf Muster hin, waggonweise Zwetschen verkauft; so etwas ist doch eigentlich ein Skandal. Verordnungen können noch so gut angedacht und überdacht sein, das Hauptgewicht liegt meines Erachtens in der Ausführung und in dieser Hinsicht wird einmal bei uns hinter dem Ziel zurückgeblieben, das anderemal über das Ziel hinausgeschossen. Es verliert infolgedessen sowohl die produzierende als auch die konsumierende Bevölkerung jedes Vertrauen in die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der Zentralstellen. Auf diese Umstände sind denn auch die vielen Klagen über Hinterziehungen und Verheimlichungen zum großen Teil zurückzuführen. Wenn Sie einen Vergleich erlauben, so möchte ich sagen, daß der Staat von uns, den Steuerträgern, zwar Steuermoral verlangt, bei seinen Finanzbehörden aber die entsprechende Finanzmoral wesentlich vermissen läßt. Genau so ist es hier. Solange die Versorgung mit unentbehrlichen Bedarfsartikeln nicht von selbst automatisch vor sich geht, solange jeder einzelne Sprengel um jeden Brocken Kohle oder um jeden Liter Petroleum bettelt oder sie erzwingen und erpressen muß, so lange wird die Geschichte nicht anders. Wenn die Vorräte nicht reichen, um das ordnungsgemäß oder gesetzlich festgesetzte Existenzminimum zu bestreiten, wäre der offene und ehrliche Weg der, zu sagen: Wir müssen uns einschränken. Dann muß es aber allgemein geschehen und man darf sich nicht hinter die spanische Wand stellen und die Unterbehörden den Rücken herhalten lassen. (Zustimmung.) Ein solches Vorgehen erscheint mir bis zu einem gewissen Grade als feig.

Ich würde nur vom Herzen wünschen, daß die Deputation des Präsidiums, welches sich zum neuen Ernährungsminister verfügen wird, einen entsprechenden Erfolg haben würde. Vor allem würde ich wünschen, daß die Schaffung des Ernährungsamtes als solches, der Umstand, daß seinem Leiter der Rang eines Ministers verliehen wurde, der Umstand, daß der Leiter den Kreisen der Heeresverwaltung entnommen ist, daß alle diese Umstände zusammen dazu beitragen mögen, die Tätigkeit des Ernährungsamtes zu einem gedeihlichen zu gestalten. Vielleicht ist es dem Militär an der Spitze des Ernährungsamtes möglich, gegen unsere lieben Brüder in der anderen Reichshälfte etwas

energischer und mit mehr Erfolg aufzutreten, als es bisher geschehen ist. Jedenfalls sind wir dem Präsidium des Städtebundes auf das herzlichste für seine rastlose Mühewaltung im Interesse der Allgemeinheit dankbar und ich wünsche seinen Bemühungen auch weiterhin den besten Erfolg.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Wünscht noch jemand von den geehrten Herren zu diesem Punkte das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall. Der Punkt ist daher erledigt und wir schreiten nunmehr zu den Punkten „Preisregelung“ und „Verteilung“. Ich erteile dazu dem Herrn Amtsdirektor Dr. Plochl das Wort.

Amtsdirektor Dr. Plochl (Graz): Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung. In Punkt 4 „Verteilung“ heißt es: „Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel müssen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden.“ Der Herr Vorredner hat nun darauf hingewiesen, daß die Regierung den Mut finden soll, falls die Vorräte dauernd oder vorübergehend nicht auslangen, offen zu erklären, daß eine Kürzung eintreten müsse, und daß diese Kürzung in allen Ländern gleichmäßig erfolge.

Speziell die Stadt Graz hat es leider auf das Schmerzlichste empfunden, daß sie im abgelaufenen Jahre durch eine Reihe von Monaten bezüglich der Zuweisung der Speisemehle um die Hälfte des vorgeschriebenen Quantums verkürzt wurde. Erst nach wiederholten Interventionen und energischen Protesten ist es uns gelungen, unmittelbar vor Weihnachten zu erreichen, daß wieder die volle Quote an Mehl verteilt werden konnte. Dieser Zustand hat nicht allzulange angehalten; es ist bereits wieder eine Kürzung eingetreten und nur unserem energischen Auftreten ist es zu danken, daß die Kürzung nicht, wie ehemals um die Hälfte, sondern vorläufig nur um ein Viertel der Quote erfolgte.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn von irgend einer Seite der Antrag gestellt werden würde, daß der Punkt 4 der vorliegenden Entschließung eine kleine Ergänzung dazu erfahren soll, daß es nicht bloß heißt: „Allen Kreisen der Bevölkerung“, sondern: „Den Bewohnern aller Länder und allen Kreisen der Bevölkerung“, damit nicht einzelne Gemeinden schlechter gestellt werden als andere, was in der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden nur Erbitterung hervorrufen muß.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Freißler.

Amtsleiter kais. Rat Freißler (Mährisch-Schönberg): Ich erlaube mir die Anregung des Herrn Vorredners aufzugreifen und den Antrag zu stellen, daß die Resolution im Punkte 4 dahin abgeändert werde, daß es heißt: „Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsmittel müssen den Bewohnern aller Länder und allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden.“

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte kommt der Herr Bürgermeister von Ausfig.

Bürgermeister Dr. Bornemann (Ausfig): Gewiß ist die gerechte Verteilung eine Hauptsache bei der Approvisionierung und ich glaube, daß die Verteilung am besten und gerechtesten nur durch die Gemeinden erfolgen kann. Nun hat sich, seitdem wir die Regelung durchgeführt haben, erwiesen, daß es bevorzugte Betriebe, Bahnverwaltungen zc. gibt, die besonders versorg

wurden und daß es für die Städte sehr schwer war, zu kontrollieren, ob da nicht eine bessere Versorgung stattfindet, als sie den übrigen Bewohnern zuteil wird.

Man sagte vor acht Tagen, die Erbsen kosten 7 $\frac{1}{2}$ h, die Binsen und Graupen kosten so und soviel. Wir müssen sie aber mit 4 K verkaufen, weil wir sie so hoch eingekauft haben. Da haben die Leute natürlich gesagt, die Höchstpreise sind doch so- und so hoch, wie könnt ihr die Ware um diesen Preis verkaufen? Ich aber muß gegen die Verordnung verstoßen, wenn ich nicht die Leute verhungern lassen will. Wenn der Staat nicht in der Lage ist, die Ware zum Höchstpreise uns zur Verfügung zu stellen, so sind die Höchstpreise nichts anderes als ein Witz. Das müssen wir ausdrücklich betonen, denn es ist viel besser, wir haben die Ware auch, wenn der Höchstpreis überschritten wird, als wir haben gar nichts.

Wir können uns aber selbst nicht helfen und wenn das Ernährungsamt die Ware nicht mit Beschlag belegt und gleichmäßig verteilt, so ist die ganze Geschichte hinfällig und es wird immer genügend Mittel geben, daß der eine oder der andere, der genügend Geld hat, sich diese oder jene Ware für teureren Preis beschafft. Wir haben doch das beste Beispiel mit der Butter gehabt. Was man von dieser Zentral-Einkaufsgenossenschaft offiziell zugewiesen bekommt, nämlich 2 kg per Kopf und Tag, ist sehr wenig und naturgemäß suchen jetzt die Leute die Butter beim Bauer direkt zu kaufen, die sie ihm dort mit 20 und 22 K für das Kilogramm bezahlen. So wird die Butter überzahlt und die weitere Folge davon ist, daß wir weniger Milch bekommen, weil der Bauer seine ganze Milch verbuttert, um sie dann zu diesem hohen Preise unter der Hand zu verkaufen.

Das ist so eine Schraube ohne Ende und wir sind verpflichtet, das Ernährungsamt auf diese Gefahren aufmerksam zu machen, denn wenn die Industrie und alle die Etablissements, die für die Kriegszeit arbeiten, bevorzugt werden, so kann die Sache für uns sehr nachteilig ausgehen. Es ist diese Einrichtung auch sozial vollkommen falsch. So hat die Textilindustrie seit Jahren nicht so viel verdient wie jetzt. Aber heute sind sehr viele Textilindustrien, die nicht arbeiten können, weil sie kein Rohmaterial bekommen. Die müssen ihre Arbeiter durch Gewährung von Unterstützungen erhalten. Das sind keine Leute, die für die Kriegszeit arbeiten. Sie bekommen nur 12 K oder 15 K Unterstützung und mit diesem Betrage kann ein Mensch wohl nicht verhungern, aber auch nicht leben. Nun bekommen Kriegsleistungsarbeiter 45 K Wochenlohn. Sie bekommen dafür etwas zu essen und die, die kein Geld haben, bekommen gar nichts. Wie das ausgehen soll, ist mir ein Rätsel. Ich bin aber der Ansicht, daß alles nichts nützt, die Sache wird einfach diktiert und wir werden uns fügen müssen.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Das Wort hat der Herr Bürgermeister Tamussino von Mödling.

Bürgermeister Tamussino (Mödling): Unter den Gegenständen, deren Versorgung eine Verbesserung erfordert, vermiße ich das Mehl. Ich weiß nicht, ist das nur übersehen worden oder liegen andere Ursachen vor. Es ist aber sicher, wenn die Kartoffeln fehlen, so macht sich sofort der Mehlmangel fühlbar. Und ich möchte deshalb wünschen, daß bei der Entschließung auch das Mehl angeführt wird. Überdies könnte auch auf den Futtermangel hingewiesen werden, weil der Mangel an Futtermitteln den Mangel an Mehl zur Folge hat und außerdem die Er-

haltung des Pferdebestandes gefährdet ist. Heute schon sind für die Zufuhr keine Pferde zu erhalten.

Ich möchte da nur ein Beispiel anführen. Ich habe kürzlich erst in der letzten Stunde Mehl für die Gemeinde zugewiesen erhalten und mußte Sorge dafür tragen, daß das Mehl so rasch als möglich zugeführt wird. Ich bekam damals einen Waggon Mehl in der Station Trauttmannsdorf zugewiesen. Das ist per Achse eine Fahrleistung von zwei Tagen. Ich habe mich den ganzen Tag in Mödling bemüht, eine Fuhr aufzutreiben, aber jedermann hat es abgelehnt, nach Trauttmannsdorf zu fahren, weil er sagte, die Pferde sind zu schwach. Aus so kleinen Ursachen erwächst die Folge, daß eine Stadt ohne Mehl sein kann. Die Fuhrwerksbesitzer haben mir erklärt, daß sie bei dem schlechten Wetter ihre Pferde auf zwei Tage nicht zur Verfügung stellen können und es ist mir erst im letzten Momente und nach schwerer Mühe gelungen, von einer Brauerei Pferde zu bekommen, damit ich das Mehl nach Mödling bringen kann. Das ist die Folge davon, daß das Mehl erst in der letzten Minute der Gemeinde zugewiesen wird, denn ich bin der Meinung, daß die Mehlversorgung der Gemeinde zumindest auf acht Tage im vorhinein gedeckt sein soll. Wie kann man denn das Mehlquantum aufteilen, wenn man nicht weiß, wieviel Mehl die Gemeinde zugewiesen bekommt. Es ist deshalb die rechtzeitige Zuweisung desto notwendiger, damit die Einteilung richtig getroffen wird. Auch bezüglich der Brotteilung ist die Sache nicht richtig. Eine Brotteilung in Ächteln ist nicht möglich, weil die Qualität des Brotes so schlecht ist, daß es bei der Ächtelteilung auseinanderfällt. Es mußte daher in Mödling das Brot auf zwei Tage verkauft werden, weil das volle Quantum nicht hergestellt werden konnte, denn bei diesen kleinen Teilen würde das Brot, das auf einen Tag entfällt, sich nicht herstellen lassen. Die Bäcker hätten zum Schluß lauter Brösel gehabt, aber kein Brot.

Auf diesen Umstand wollte ich hinweisen, nämlich auf die Mehluweisung und auf die Beschaffung von Futtermitteln.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Das Wort hat der Herr Bürgermeister von Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Als die Gemeinde Wien die Mehlayonierung eingeführt hat, forderte damals das Ministerium, daß die Rayonierung in zweifacher Richtung eingeführt werde. Die eine nur für Beamtenorganisationen und kriegsindustriell Beschäftigte, die bekommen blaue Mehlbezugskarten und die übrige Menschheit in Wien bekommt gelbe Karten und ihre Mehlversorgung obliegt der Gemeindefürsorge. Ich habe damals davor gewarnt und gefordert, daß innerhalb derselben Gemeindegemarkung gleichmäßig vorgegangen werde und nicht zweierlei Karten eingeführt werden sollen. Nachdem die Kriegsgetreideanstalt nicht imstande ist, gleichmäßig auf beide Parteien das Mehl zu verteilen, entstand in Wien sowie im alten Byzanz der Kampf zwischen den Gelben und Blauen (Heiterkeit). Es heißt immer, die einen werden bevorzugt, die anderen werden benachteiligt. Die Sache hat noch eine weitere unangenehme Folge; während wir die Mehlayonierung für die Gemeindegemarkungen streng territorial organisiert haben, gibt es bei den Konsumentenorganisationen eine ganze Menge von Arbeitern, welche mit ihrer Familie zum Beispiel in Inzersdorf wohnen, aber mit unseren Karten hier das Mehl beziehen. Natürlich weiß der Bürgermeister von

Inzersdorf nicht, wie viel auf den Mann entfällt und wieviel er bei der Organisation bekommt.

Wenn die Regierung und die Militärverwaltung Wert darauf legen, daß diese kriegsindustriellen Betriebe besonders versorgt werden, gut. Aber dann muß auch die Forderung aufgestellt werden, daß die gleichmäßige Rayonierung auch auf sie Bezug hat. Wir haben uns ja damit abgefunden, daß Schwerarbeiter besser dotiert werden. Aber jede andere Ungleichheit müssen wir ablehnen, weil schließlich ein Rest von Menschen bliebe, der der Gemeinde zugewiesen wäre und weit schlechter leben würde als jene, die den Organisationen angehören. Es wird Pflicht der Abordnung sein, auf diese Systemlosigkeit und Ungleichmäßigkeit mit aller Schärfe hinzuweisen. Ich glaube, daß bei der Preisregelung darauf hingewiesen werden könnte.

Das System der Höchstpreise für Artikel, die wir uns aus Ungarn holen müssen, wird erst dann einen Erfolg haben, wenn in beiden Reichshälften gleiche Grundsätze gelten würden. Es ist ja unerhört, was in dieser Beziehung in Ungarn getrieben wird. Zu alledem sagt das ungarische Kabinett, es wisse nichts davon, es weiß auch nichts von den Vorräten und zweifellos auch nichts von den Preistreibern. Wie wollen Sie in Österreich Höchstpreise einhalten, wenn der legitime Handel mit Überschreitung dieser Preise in Ungarn einkaufen muß. Wie kann er denn dann bei den Höchstpreisen ohne Verlust in Österreich verkaufen. Die alte Forderung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes muß wieder erhoben werden, denn es ist nicht nur für Wien, sondern für alle Städte Österreichs unmöglich, zweckmäßig vorzugehen, wenn diese Inkongruenz zwischen Eis und Trans besteht. Ferner muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß das Höchstpreissystem verordnet werden muß.

Ich meine, man darf nicht lokale Höchstpreise bestimmen, sonst läuft die Ware um den Ort herum und geht dorthin, wo mehr bezahlt wird. Es darf auch nicht übersehen werden, daß zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln eine vernünftige Relation Platz greifen muß. Wenn gesagt wird, daß der Bauer Brotfrucht verfüttert, so ist das zu verurteilen, aber menschlich begreiflich. Wie soll er die Brotfrucht um 30 K verkaufen und zur Fütterung der Tiere um 60 K Futter wieder kaufen? Das ist eine Selbstverständlichkeit, welche aber dazu führt, daß die menschliche Ernährung geschädigt wird. Infolgedessen glaube ich, ist die Forderung, daß ein System in die Höchstpreise gebracht werde, eine berechtigte Forderung, die wir nachdrücklich erheben müssen. (Beifall.)

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte gelangt der Herr Vertreter der Stadt Marburg.

Amtsrat Dr. Wallentin (Marburg): Ich bin überzeugt, daß die ganze Bevölkerung in keiner der heutigen Fragen so eines Sinnes ist, wie darin, daß die Behörden in der Frage der Erfassung und Unschädlichmachung des Lebensmittelwuchers gänzlich versagt haben; und doch ist dies die wichtigste Frage. Wenn die Regierung einen Artikel unter Höchstpreis setzt, wirft sich die Spekulation sofort auf einen anderen und treibt ihn in die Höhe. Wird der Kaffee durch Höchstpreise der Spekulation entzogen, so wirft sie sich auf Tee und Rum und im Augenblick, wo Kartoffeln nur 9 K kosten dürfen, haben wir plötzlich das Schauspiel erlebt, daß Rüben, die nicht einmal ein Viertel des Nährwertes der Kartoffel haben, 14 bis 16 K kosten. Es ist nicht so einfach, der Preistreibern an den Leib zu gehen, aber

immerhin muß man Mittel finden, es zu tun. Wenn ich in die Zeitungen blicke, so bildet die Bestrafung von Preistreibern ein ständiges Kapitel, aber ich finde immer nur geringfügige Fehler, es handelt sich vielleicht um einen Liter Milch und um einige Heller, größere Fälle liest man äußerst selten. Ich möchte die Herren an die plötzliche Steigerung beim Kaffee im vorigen Frühjahr erinnern. Kaffee hat lange Zeit 4 K bis 4 K 50 h gekostet; plötzlich stieg er ohne sichtbaren Grund im Februar und März auf 5 K und dann innerhalb 4 bis 5 Wochen auf 9 und 10 K. Ich habe nie gesehen, daß diese Preistreiber, die viele Millionen verdienen, irgendwie bestraft worden wären. Die Regierung hat also versagt. Umso mehr ist es Pflicht der Gemeinden, selbst zu sorgen, daß solche Fälle in Zukunft unmöglich werden.

Wenn man fragt, wie es kommt, daß auch die Gemeinden bisher in dieser Beziehung nicht das Nötige getan haben, so ist gewiß in erster Linie der große Mangel an Arbeitskräften schuld. Die Organe, die sich mit der Approvisionierung zu befassen haben, sind so mit Arbeit überlastet, daß sie kaum Zeit haben, noch der Preistreibern mit Erfolg nachzugehen. Dann gibt es in den kleineren Gemeinden Beziehungen zu den meist in angesehenen Stellungen befindlichen Herren, die die Preise in die Höhe treiben. Kurz und gut, es sind alle möglichen Umstände, die eine wirksame Tätigkeit bisher ausgeschlossen haben. Ich glaube, es müssen alle Behörden Hand in Hand gehen. Die Gemeinden, die politischen Behörden und die Gerichte.

Die Gemeinden können es tun durch ständige wiederholte Überwachung der Spediteure, Lagerhäuser und Großkaufleute. Wir haben das schon einigemal mit Erfolg getan und immer wieder Waren entdeckt, die versteckt wurden, bis der Preis höher geworden war, und sind dadurch verschiedenen argen Preistreibern auf die Spur gekommen. Dann gibt es noch ein Mittel, das sehr gut ist. In jeder Stadt, besonders in den kleineren, weiß die ganze Bevölkerung, wer eigentlich die Preistreiber sind, Agenten, die früher nichts waren und plötzlich reich geworden sind. Man erzählt sich auch die Namen dieser Kettenhändler und doch geschieht nichts. Wir haben solche Fälle aufgegriffen und einem Herrn die ganzen Bücher und Rechnungen eines Tages mit Beschlag belegt. Es haben sich geradezu unglückliche Tatsachen ergeben. Eine kurze Prüfung hat schon gezeigt, daß der Kaufmann bei zwei Geschäften — bei einem handelte es sich um 7000 kg Seife, bei dem anderen um 4000 l Rum — über 20.000 K verdient hat, wobei er die Ware wahrscheinlich nie gesehen hatte. Es waren auch noch andere krasse Fälle, die jetzt die Gerichte beschäftigen. Das Allerwichtigste aber ist, daß man in jenen Fällen, wo sich im Detailhandel eine Preistreibern ergibt, der Sache nach rückwärts bis zur letzten Stelle nachgeht. Da könnte man ganz unglaubliches herausbringen. Es wäre Pflicht der Behörden, in Fällen, wo ein Kleinhändler bestraft wird, auch nachzuforschen, woher er die Ware bekommen hat. Wenn man vier bis fünf Glieder zurückgeht, wird man mehrere finden, die sich strafbar gemacht haben. Dasselbe müßte nach meiner Ansicht auch den Gerichten aufgetragen werden. Ich kenne viele Fälle, wo Preistreiber gerichtlich bestraft wurden, ich glaube aber nicht, daß der Strafrichter sich die Frage vorgelegt hat, woher die Ware gekommen ist, ob nicht auch schon früher, bevor sie der letzte Händler verkaufte, eine Preistreibern vorgekommen ist. Es müßte ein Erlaß an die Gerichte ergehen, daß

ste in jedem solchen Falle nach rückwärts genau prüfen. Dann glaube ich, wäre noch ein drittes Mittel, das die politischen Behörden angeht. Es müssen unbedingt eigene Beamte aufgestellt werden, welche sich nur mit dieser Frage zu befassen haben. Solche Beamte müssen sich in größeren Konsumzentren befinden, besonders an Stationen, wo Bahnen zusammenlaufen. Wenn man dort die Gütermagazine kontrolliert, könnte man vielen Unregelmäßigkeiten auf die Spur kommen. Das sind nur einige Punkte, die ich erwähnen wollte. Ich maße mir nicht an, alles vorgebracht zu haben, aber ich glaube, man kann nie genug darauf aufmerksam machen, daß diese Frage sehr wichtig ist, und so lange es nur Höchstpreise für den Kleinhandel gibt, können sich die Behörden nur dadurch helfen, daß sie der Preisreibeerei, die zu so hohen Kleinhandelspreisen führt, energisch nachgehen.

Forsühender Ober-Suratur v. Steiner: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Pa cher.

Reichsrats-Abgeordneter Pa cher: Ich habe nicht die Ehre, einer Gemeindevertretung anzugehören, ich bin aber als Abgeordneter in der Lage, nicht nur für einen engeren Wählerkreis, sondern auch für Gemeinden Beschwerden zu führen und Abhilfe zu verlangen. Gestatten Sie daher, daß auch ich das Wort namens Abwesender ergreife und die Bitte an Sie richte, daß die öffentliche Rechnungslegung der Zentralstelle auch von unserer Abordnung mit stärkstem Nachdruck verlangt werde. Es ist sehr wichtig, in diese Wirtschaft hinein zu leuchten, die an den Schäden, an denen wir leiden, am meisten Schuld trägt, und vor allem die zu packen, die wirklich die Schuldigen sind.

Alle Vertreter kleiner Städte, die mit dem Lande in Fühlung sind, haben anfangs des Krieges geklagt, daß man uns in einen Kampf zwischen den Städten und den Agrariern hineinziehen will. Ich weiß ganz gut, was auf landwirtschaftlicher Seite gefehlt wurde, ich glaube aber, daß die Forderung hoher Preise gleich bei Kriegsausbruch vom Kriegsministerium selbst verschuldet wurde (Sehr richtig!), und daß eine weitere Anregung für die Landwirte sich auch dadurch ergab, daß die Händler hohe Preise boten, weil sie wußten, daß sie sich selbst die höchsten Preise von den Konsumenten zurückerstatten lassen werden.

Ich möchte also, daß ein solcher Krieg unser Volk nicht zerreiße in Gruppen der Konsumenten und der Erzeuger, sondern daß wir über manches, was gewiß nicht hätte geschehen sollen, schließlich hinwegsehen und uns auf die werfen, die die Hauptschuld haben, daß sich dieser Zwischenhandel eingeschoben hat, wie ein schädliches Insekt, das an der Wurzel der Pflanze sitzt und verhindert, daß der Saft aus der Erde in die Stengel und Blüten kommt und dort die Frucht erzeugt.

Ich kann mir nicht helfen, mir kommen unsere Zentralstellen förmlich als Leitgeber an diesem Kettenhandel vor. Es ist bereits gestreift worden, daß sich merkwürdige Erscheinungen bei der Zusammensetzung der Zentralstellen ergeben haben und daß man den legitimen Handel, dieses Wort ist nicht bei uns, sondern in Deutschland zuerst gebraucht worden, berücksichtigen muß.

Aus der Bibel sehen wir, daß beim Volk der alten Juden der Stamm Lewy speziell mit der Aufgabe betraut war, gottesdienstliche Handlungen zu pflegen. Bei uns in Osterreich scheint auch ein Stamm besonders damit betraut zu sein, in den Zentralstellen und allen wirtschaftlichen Vermittlungskörpern

eine Rolle zu spielen (Hört!), und wir haben leider sehr traurige Erfahrungen gemacht.

Es ist vor allem nötig, daß man endlich in die Gewinne hineinleuchtet, welche diese Gesellschaften machen, und daß man abzustellen versucht, daß solche Gewinne weiterhin erzielt werden, die sich dann natürlich in den Preisen der vermittelten Waren zeigen.

Ich wünschte, daß die ganzen Versorgungskreise und alle Bürgermeister unseres Reiches hätten anwesend sein können, bei den wenigen, aber kräftigen Worten, die zu dem Antrage führten, es mögen die Zentralen zur öffentlichen Rechnungslegung veranlaßt werden. Es wurde eine Reihe von Klagen vorgebracht und ich möchte nur einige wenige Erfahrungen mitteilen, die ich selbst gemacht habe. Es ist vom Leder gesprochen worden.

Ein Fachmann, der Abgeordnete Kraus, der selbst Leder erzeugt, hat davon erzählt. Vom Leder sind 97 bis 98 Prozent für das Heer mit Beschlag belegt, mit den übrigen 2 Prozent soll sich die Zivilbevölkerung begnügen. Es ist begreiflich, daß kein Leder zu haben ist. Fertige Schuhe sind überall zu haben. Aus welchem Leder werden die gemacht? Daß Leder vorhanden ist, zeigt auch Folgendes: Zum Kollegen Kraus kam ein Schuhmacher und sagte, er könnte Leder bekommen, beim Speditur liegen große Kisten, der Speditur weiß aber selbst nicht, was darin ist. Man muß also auf eigene Gefahr und Kosten kaufen.

Es wurde schon früher gesagt, daß sich in allen möglichen Lagerstätten Material genug aufgestapelt findet, das aber versteckt wird, bis die Preise noch höher steigen. Bei den Zentralen aber, die über sichtbares Leder verfügen, werden 7 Prozent Provision genommen, 3 Prozent von der Wiener Zentrale, 2 Prozent von der Prager und dann für Deutschböhmen noch besonders 2 Prozent. Wofür? Für nichts, als daß eine Anweisung auf Leder geschrieben wird, das der Betreffende gar nicht gesehen hat.

Bezüglich des Zuckers bemerke ich folgendes:

In einer Grenzstadt ist der Zucker aus Sachsen her bezogen worden. Im Grenzverkehre ist das in legitimer Weise möglich. Kein Kaufmann hat sich daher in dieser Stadt als Großzuckerhändler aufgetan, denn es stand nicht dafür. Die Stadt konnte nun keine Zuweisung für Zucker bekommen und mußte sich aus anderen Städten versorgen, weil die Zucker-Zentrale Zucker nur an Großkaufleute abgibt, in jener Grenzstadt aber kein Großkaufmann bestand und das Anbot der Gemeinde, die Versorgung zu übernehmen, abgelehnt wurde.

Die Gemeinde war den Herren nicht kompetent. Und doch muß man sagen — die Herren aus den anderen Ländern werden es ja bestätigen — bei uns in Böhmen ließ sich vor einiger Zeit feststellen, daß die beste Versorgung der Bevölkerung durch die Gemeinden und die Bezirke erfolgte. Als die Wiener Zentrale errichtet wurde, ist es schlechter geworden und als wir die Prager Neben-Zentrale erhielten, ist es noch schlechter geworden. Diese Zentrale hat es nicht zu Wege gebracht, daß der Widerstand, welcher in den tschechischen Gegenden dagegen besteht, von den eigenen Borräten abzugeben und sich der allgemeinen Mäßigung in Genußmitteln anzuschließen, überwunden werden konnte, weil eben in diesen Gegenden die Behörden schwach sind und gegen die Bevölkerung nicht auftreten wollen. Das ist ja ganz be-

greiflich, wenn man weiß, daß in der Prager Statthaltereie ein Herr sitzt, der gesagt hat, daß alle diese Sachen von dem „blutigen Krieg“ kommen, zu welchem Deutschland uns gezwungen hat.

Die viel beklagten Spazierfahrten, welche die verschiedenen Bedarfsartikeln machen müssen, ehe sie an die richtige Stelle kommen, erklären sich daraus, daß die Expeditionen und Übernahmen bei der Versendung von einem Orte zum anderen verschiedenen Leuten Prozente eintragen. Deshalb muß die Sache verzögert werden.

Bezüglich der Kohle will ich sagen, daß es ein Skandal ist, daß Komotau, das so nahe an Brüx und nicht weit von Falkenau entfernt liegt, vor der Gefahr stand, seine Schulen und Krankenhäuser und das Gaswerk, sowie das Elektrizitätswerk, das als Beleuchtungs- und Kraftstation dient, ohne Kohlen zu sehen.

Es ist in der Tat ein Waggonmangel vorhanden, aber für das Allernotwendigste könnte Rat geschaffen werden, insbesondere da eine große Anzahl von Waggonen, wie wir erfahren haben, die sonst zur Bierverfrachtung benützt werden, im Gebiete von Pilsen unverwendet stehen, indes unser Arbeitsminister sagt, daß er vorgeschlagen habe, daß die Personenwagen zu Lastwagen umgewandelt und die Lowries zur Kohlenbeförderung benützt werden sollen.

Warum die Reichsdeutschen mit ihren Waggonen zurückhaltend sind, wird damit erklärt, daß Zehntausende von Waggonen in Ungarn stehen, wo alle Linien verstopft sind und die Waggonen daher nicht zurückbefördert werden können. Die Deutschen geben uns ihre Waggonen nicht zum Frachtverkehr innerhalb unseres Landes, sondern nur für Sendungen, die von draußen kommen. Was hat da eine Grenzstadt gemacht? Sie hat Kohlen in die nächstgelegene sächsische Stadt schicken und von dort wieder an ihre Adresse zurückschicken lassen. Das hat etwas mehr gekostet, aber was macht's, wir haben's ja. Damals war noch das Ernährungsamt in Tätigkeit und wir haben unsere Klagen dort vorgebracht.

Es ist uns damals auch im Arbeitsministerium die Frage gestellt worden, ob man denn die Kohle nicht mit Fuhrwerken heranschaffen könne; das ging aber nicht, einerseits wegen der gebirgigen Terrainverhältnisse, und andererseits auch deshalb nicht, weil die meisten Spediture ihre Pferde weggeben mußten, da sie kein Futter hatten.

Da komme ich nun wieder auf das glorreiche Stückel zu sprechen, das sich die Futtermittel-Zentrale geleistet hat. Als wir Kleie verlangten, erhielten wir die Antwort: Innerhalb der nächsten acht Tage sei keine zu haben, denn es müsse erst festgestellt werden, wie viel vorhanden sei und bis dahin müsse gewartet werden. Da die Spediture ihre Pferde nicht mit statistischen Tabellen füttern konnten, mußten sie sie weggeben, und daher konnte auch dort, wo die Bahnen nicht ausreichen, mit Pferden nicht eingegriffen werden.

Ich hätte noch zu erwähnen, daß besonders in Wien in den Kaffeehäusern der Kettenhandel in glorreichster Weise in Betrieb gesetzt wird. Nach der Besetzung Polens haben wir aus Aufsätzen über die dortigen Verhältnisse erfahren, daß ein wirtschaftlicher Vorgang, zu dessen Abwicklung bei uns vier Personen gehören, nämlich der Produzent, der Großhändler, der Kleinhändler und der Konsument, dort 17 Personen beschäftigt. Dieser russisch-

polnische Zustand hat sich bei uns eingebürgert. In der letzten Zeit ist wohl etwas eingegriffen worden, aber tatsächlich drängen sich zwischen Erzeuger und Konsumenten eine Menge Elemente ein, die nicht legitim sind, die aber als legitim betrachtet werden. Kein Mensch hat sich darum gekümmert, was unser legitimer, infolge des erbrachten Befähigungsnachweises dazu berufener Kleinkaufmann und was der Gewerbestand macht und wie es anderen Kreisen, die um ihren Erwerb gekommen sind, ergeht. Darum kümmert sich niemand, aber die Tätigkeit dieser Leute, die ich erwähnt habe, scheint vom Staate geschützt zu werden.

Ich habe kürzlich einmal den Beginn zu einer solchen neuen Vermittlungsaktion beobachten können. Es saßen ein paar Herren im Café Wögerer, welche einen unter ihnen als Reichsrats- oder Reichstags-Abgeordneten — ich habe es nicht genau gehört — anredeten. Ich habe den betreffenden Herrn vergebens in dem Bilderverzeichnis unseres Abgeordnetenhauses gesucht; vielleicht war es ein ungarischer Abgeordneter. Diese Herren haben sich also damit beschäftigt, eine Gesellschaft zu bilden und sie sprachen auch davon, was für ein Bureau sie einsetzen würden, natürlich auch davon, daß sie die Sache nicht um Gotteslohn abwickeln werden u. s. w. Soviel ich erfahren habe, handelte es sich um eine Petroleumaktion, wahrscheinlich sollen wir mit einer Vermittlung beglückt werden, wenn wir endlich rumänisches Petroleum hereinbekommen. Es ist nun im Handelsministerium ein Petroleumbeirat errichtet worden, der nicht so aussieht, wie unsere anderen Zentralstellen und in welchem der sehr verdiente Abgeordnete Dr. Freißler sitzt. Ich hoffe daher, daß es den Herren des Beirates gelingen wird, dieser neuesten Geschäftsverbindung tüchtig auf die Klappe zu gehen.

Ich schließe mich sehr gerne den Hoffnungen an, die an das neue Ernährungsamt in dem Sinne geknüpft werden, daß jetzt ein Minister an die Spitze gestellt wurde. Leider ist es bei uns nicht so, daß diesem Minister und seinem Amte die volle und alleinige Kompetenz in Ernährungsfragen zukommt. Er sitzt zwar im Ministerrat, aber die Kompetenz der verschiedenen Ministerien in der Ernährungsfrage und in den Fragen der Beschaffung der Bedarfsmittel ist noch immer aufrecht und es gilt das, was ich schon einmal in diesen Kreisen gesagt habe: es ist noch immer nicht die traurige Tatsache abgeschafft, daß ein Minister und wollte er das Beste in seinem eigenen Amte machen, etwas aus eigener Kraft machen kann; es muß in jedem Akte je ein Hofrat seine Existenzberechtigung nachweisen, was natürlich geraume Zeit braucht.

Ich schließe, indem ich glaube, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß wir zur Beseitigung der großen, von uns so schwer empfundenen Schäden einen guten Schritt weiter tun, wenn wir anlässlich der Vorschläge bei der Regierung nachdrücklich verlangen, daß die öffentliche Rechnungslegung der Zentralstellen eingeführt wird; dann erst wird man Einblick in die ungeheuren Gewinne bekommen, die schon aus dem Umstand erzielt werden, daß die Waren nach dem höheren Höchstpreis — nämlich nach dem ungarischen — bezahlt werden müssen und daß bei dieser Gelegenheit die österreichischen Waren vom österreichischen Konsumenten so bezahlt werden müssen, wie sie nach dem ungarischen Höchstpreis stehen, während die Zentralstelle sie zu unserem Preis übernommen hat. In diese Sache hineinzuweisen und diese sonderbare Zentralisierung in bescheidene Grenzen

zu bannen, wäre ein Mittel, um der schlechten Wirtschaft abzuhelfen.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter Kraft: Sie gestatten, daß ich von dem Punkte „Preisbildung“ zum letzten Punkte unserer Tagesordnung „Zukunft“ übergreife. Ich komme da auf einen Punkt zu sprechen, der in unserer Entschließung schon erwähnt wird, eine Angelegenheit, über welche man unter dem Regime Stürgkh überhaupt nichts schreiben und sehr wenig sprechen durfte: Ich meine unsere Valutaentwertung. Dr. Spitzmüller hat bei seinem Amtsantritt das erschreckende Wort vom Überfluß des Banknotenumlaufes gesprochen. Alles, was wir über die Teuerung und die Höchstpreise sprechen, beruht auf zwei Momenten: Auf dem Moment der immer mehr zunehmenden Knappheit an Waren und auf dem der immer mehr zunehmenden Menge an Geld. Wir haben einen Goldbestand von zwei Milliarden gehabt. Demgegenüber hatten wir einen Banknotenumlauf, der im Frieden etwa vier Milliarden, manchmal fünf Milliarden betrug. Dieser Banknotenumlauf ist nun langsam auf 7, 8, 10 Milliarden gestiegen und soll sich derzeit — ich weiß es nicht genau, weil die Veröffentlichungen der Österreichisch-ungarischen Bank eingestellt sind — auf 12 Milliarden belaufen. Die Wirkung ist ganz drastisch zu zeigen, wenn man annimmt, daß Geld und Waren in gleichem Ausmaße vorhanden waren. Sie haben sich balanciert. Nun steht die Sache aber heute so: Wir haben soviel Geld und um soviel weniger Waren und wenn der Krieg noch lange dauert, wird theoretisch genommen der Moment eintreten — wirklich ja nicht, da ja immer Waren nachwachsen — daß sich die Lager derart erschöpfen, daß sie förmlich auf einen Nullpunkt herabsinken, während das Geld in ungeheuren Mengen vorhanden sein wird. Theoretisch wer en wir also auf einen Punkt kommen, wo keine Waren, sondern nur Geld vorhanden ist.

Das ist also das Bild, wo sich um das eine Glas Wasser in der Wüste Hunderttausende herumdrängen und es mit dem Aufwand ihres ganzen Vermögens erwerben wollen. Das ist die Ursache unserer Teuerung, die natürlich praktisch nicht sofort erfaßt wird. Aber wenn wir an die Wurzel gehen, das hat schon der Herr Bürgermeister Schinzigler betont und es ist ihm zugebilligt worden, daß das mangelhaft war, warum sollen wir darüber nicht sprechen, nachdem vor 100 Jahren jeder Bürger in Wien darüber gesprochen hat? Jeder, der sich mit dem Handel beschäftigt hat, hat damals gewußt, daß das Geld entwertet ist und daß durch die fortwährende Ausgabe von Bankzetteln die Ware verteuert wird.

Auch damals war in gewissen Schichten der Bevölkerung eine gewisse Unruhe zu bemerken und dem Kaiser Franz, der auf die Verbesserung des Geldverkehrs gedrungen hat, haben die Minister zugerufen, er soll nicht so ängstlich sein, denn der Handel blühe überall.

Damals war die Entwertung des Geldes in noch viel krasserer Form aufgetreten und jeder Bürger konnte diese Entwertung mit Leichtigkeit wahrnehmen. Es waren damals zwei Geldsorten im Umlauf. Die sogenannte Konventionsmünze und die Bankzetteln. Die Konventionsmünze lautete auf einen Gulden und es mußten 7 bis 12 Gulden Bankzetteln für einen Gulden Konventionsmünze gegeben werden. Es hat bis zum

Jahre 1866 gebraucht, um den Geldwert auf jene Stufe zu bringen, auf der er sich bis zuletzt befunden hat, und während welcher unsere Rente über pari stand, das heißt, es war damals unser Papiergeld mehr wert als Gold, weil jeder Verbraucher gewußt hat, er bekommt für das betreffende Stück Papier auch das betreffende Gold voll ausgezahlt. Das Gold hat aber im Frieden nicht dieselbe Bedeutung wie sonst. Es wird überall eingesperrt und aus dem Verkehr gezogen und überall ist auch mit dem wachsenden Papiergeldumlauf auch die Teuerung eingetreten. Wir sehen aber, daß, trotzdem wir im Kriege sind, dagegen eingeschritten werden kann. Wir sehen in Deutschland ein sehr gut ausgebildetes System, das System der kleinen Mittel. Man hat dort damit begonnen, Gold einzuziehen und hat dafür Belohnungen ausgezahlt; gewisse Begünstigungen, wie schulfreie Tage, Urlaube für Soldaten u. s. w. haben eben die Preise herabgedrückt und die Aufgabe der Verwaltung erleichtert. In dem System war noch enthalten, daß jede Phase von der Urproduktion bis zum Verbrauch in Bezug auf die Preise fest angelegt war.

Man hat gesagt: das Leder kostet so und soviel. Der Fabrikant bekommt das Leder, er muß seine Kalkulation vorlegen, aus der hervorgeht, wieviel der fertige Schuh kostet. Darauf kommt ein bestimmter Zuschlag von so und soviel Prozent und darnach richtet sich der Preis des Artikels. Dieses System hat es mit sich gebracht, daß in Deutschland die unteren Schichten der Bevölkerung angenehmer leben als bei uns. Leiden tun dabei nur die Fitzbesoldeten. Man kann den Fitzbesoldeten nicht jene Teuerungszulage zubilligen, die den Teuerungsverhältnissen wirklich entspricht.

Das Thema ist viel zu umfangreich und man kann es hier nicht genügend anführen. Aber heute müssen wir schon fragen, wird der Staat später in der Lage sein, mit dem entwerteten Gelde die aufgenommenen Schuldkapitalien zurückzuzahlen? Diese Kapitalentwertung ist ja die Grundursache der Teuerung und wenn man nur die oberflächlichen Seiten der Teuerung betrachtet, so sind die Preistreiberien und der Kettenhandel gleichfalls durch diese Grundursache hervorgerufen, denn wenn jemand billige Ware gekauft hat und die Ware dann im Preise gestiegen ist, so kann der Kaufmann mit seinen kaufmännischen Gefühlen die Ware ebensowenig um den billigen Preis verkaufen wie der Landwirt mit seinen agrarischen Gefühlen; beide können nicht vom Marktpreise abgehen und die Preise für ihre Produkten nach der früheren Basis und der früheren Marktlage einrichten, sondern sie müssen die Ware nach der gegenwärtigen Marktlage und nach den gegenwärtigen Marktpreisen verkaufen.

Es ist mir sehr angenehm, daß die Geschäftsleitung dieses Kapitel auch in die heutige Entschließung hineingenommen hat. Nur möchte ich gleich hier einige Worte wegen der zukünftigen Geschäftslage und wegen der Sanierung unseres Wirtschaftslebens in der Zukunft sprechen.

Wie Sie wissen, ist die Entwertung unserer Valuta im Auslande eine sehr bedeutende. Man befürchtet nun, daß, wenn der Friede kommt, alles auf das Ausland sich werfen wird, um die dort angehäuften Vorräte anzukaufen. Es sollte daher eine staatlich organisierte Korporation eingerichtet werden, die die Einkäufe im Auslande zu besorgen hätte. Es sollte meiner Ansicht nach eine Korporation ins Leben gerufen werden, wie es

die Zentralstelle ist, denn wir werden nach Abschluß des Friedens uns in derselben Situation befinden, in der wir uns zum Kriegsbeginn befunden haben, und da soll diese Zentralstelle berufen sein, vorzuarbeiten, damit eine gewisse Sanierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten kann.

Ich verschließe mich nicht dem Gedanken, wie notwendig eine solche Sanierung sein wird, wenn ich auch glaube, daß die Verhältnisse heute noch nicht genug reif sind, um diesen Gedanken heute schon fruchtbar wirken zu lassen, es wird aber zur Ausbeutung des Staates führen, so wie die Kriegswirtschaft zur Ausbeutung des Einzelnen geführt hat.

Es kann nicht zeitig genug sein, daß alle Korporationen bezüglich der Friedenswirtschaft und des Überganges zur Friedenswirtschaft ihre Anträge zu stellen hätten. Es ist auch im Handelsministerium eine eigene Sektion zum Studium der Fragen des Überganges zur Friedenswirtschaft gebildet worden die unter der Leitung des Sektionschefs Riedl steht, und ich bin überzeugt, daß dieser Mann die besten Fähigkeiten und Kenntnisse für dieses Amt mit sich bringt.

Ich befürchte nur, daß bei diesem Übergange zur Friedenswirtschaft jene Elemente sich wieder breit machen werden, welche jetzt als Preistreiber bekannt sind und die Preistreiberie dann in das Ausland übertragen werden.

Die Konkurrenz wird nach dem Frieden ohnedies einen Wettbewerb und einen Wettlauf um die Produkte des Auslandes mit sich bringen; ich will von der eigentlichen industriellen Produktion absehen, weil wir hier hauptsächlich mit den Fragen der Nahrungsmittel uns zu befassen haben, aber es ist notwendig heute schon Vorkehrungen zu treffen, damit alle Fettprodukte, Reis, Kaffee, Leder, kurz alle Waren, die aus dem Auslande zu uns eingeführt werden, zu halbwegs vernünftigen Preisen nach Österreich eingeführt werden. Daß dadurch unsere Preise auf jenes Niveau herabgedrückt werden, die annähernd dem früheren Niveau gleichkommen, halte ich für gänzlich ausgeschlossen.

Das wäre auch nicht gut, denn wenn wir nach dem Kriege wieder die früheren Preise hätten, wären wir nicht imstande, die Steuern zu bezahlen, die um etwa 100 Prozent steigen werden. Wir können diese hohen Mehrausgaben nur dann zahlen, wenn die Preise auf der ganzen Welt für die Arbeit und das Material höher sein werden, als sie vor dem Kriege waren; darin liegt zugleich der Heilungsprozess für die Schäden, die der Weltkrieg mit sich gebracht hat.

So werden die Verhältnisse auch in Deutschland betrachtet und ich fürchte nur, daß wir aus zwei Gründen nicht gleichen Schritt mit Deutschland werden halten können; einerseits weil wir zum Friedensschluß keine gute Valuta haben werden und auch nicht über jene Disziplin verfügen, die notwendig ist, um die wirtschaftlichen Verhältnisse hinüberleiten zu können.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen angelangt und würde nur wünschen, daß bei dem Neuaufbau des Reiches alle Faktoren, die berufen sind mitzusprechen, in erster Linie der Bund der deutschen Städte, mit diesen Fragen sich beschäftigen, damit die Zentralstellen von uns entsprechende Direktiven erhalten und rechtzeitig wissen, welche Wünsche wir bei dieser Gelegenheit zu stellen haben.

Vorsitzender Ober-Aurator v. Steiner: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet, wir schreiten somit zur Abstimmung.

Der Herr Abgeordnete Freißler hat den Antrag gestellt, daß bei Punkt 3 eingeschaltet werden soll nach den Worten „Bedarfsartikeln“ die Worte: „die Bedarfsartikeln müssen allen Ländern gleichmäßig...“

Weiters wünscht der Herr Bürgermeister von Mödling, daß unter die Artikel auch Mehl aufgenommen werden soll. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich über beide Anträge unter einem abstimmen lassen.

Ich ersuche die Herren, welche mit der Entschließung, so wie sie vorgelesen wurde und mit den beiden gestellten Zusatz-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Wir kommen nun zum Punkt 4; ich erteile das Wort dem Herr Bürgermeister Dr. Weiskirchner. (Abgeordneter Kraft übernimmt den Vorsitz.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich will die Herren nicht lange aufhalten, möchte aber auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kraft nur sagen, daß wir Städter gerne bereit sind, unsere Anregungen wegen des Überganges von der Kriegszeit in die Friedenszeit der Regierung zu geben, aber die Regierung muß auch Möglichkeiten schaffen, welche uns erlauben zu leben. Die letzten Verfügungen der Regierung haben namentlich die industriellen Unternehmungen der Gemeinden außerordentlich schwer getroffen. Ich will nur ein Beispiel erwähnen. Durch die neuen Maßnahmen der Regierung wurden die Frachttarife auf den Eisenbahnen sehr wesentlich erhöht. Diese Maßnahme bedeutet für die städtischen Gaswerke allein eine Mehrausgabe von 2.2 Millionen Kronen jährlich; durch die neuen Steuererhöhungen erwachsen uns Mehrausgaben für 2.3 Millionen Kronen. Es sind also durch diese beiden letzten Maßnahmen der Regierung die Industrieunternehmungen der Gemeinde allein mit 4.5 Millionen Kronen mehr belastet worden. Dazu kommt, daß die Regierung eine Reduzierung der Beleuchtung fordert, wodurch der Gasverbrauch der städtischen Gaswerke eingeschränkt wird. Wenn der Staat in dieser Weise vorgeht, wie sollen wir die erhöhten Ausgaben, die uns die Friedenszeit bringen wird, tragen und wie sollen wir die Defizite decken, die die Kriegszeit uns gebracht hat? Wenn die Gemeinde den Gaspreis erhöhen würde, dann hätten wir das Obium zu tragen, obwohl wir nichts davon hätten, weil die Erhöhung nur wegen der staatlichen Gebühren und Steuern erfolgt ist.

Diese Handhabung der Steuerpolitik gegenüber den Gemeinden ist nach meiner Meinung verfehlt. Ich habe hier das Archiv des Städtetages vom Jahre 1901 und die Protokolle vom Jahre 1903 und finde, daß auch der damalige Städtetag der Städte mit eigenem Statut, von denen auch heute eine ansehnliche Zahl Vertreter anwesend ist, gegen diese Regierungsmaßnahme Stellung genommen hat. Was die Gemeinden säen, will der Staat ernten. Es geht nicht an, daß wir auf dieselbe Art und Weise behandelt werden wie eine Aktiengesellschaft oder eine sonstige zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Unternehmung.

Was die industriellen Unternehmungen der Gemeinden tragen, kommt nicht Einzelnen zugute, sondern der Allgemeinheit. Das Erträgnis der Unternehmungen bewirkt, daß wir mit den Steuerzuschlägen etwas zurückhalten können. Fließt Geld in die Kassa, wird es für allgemeine Zwecke der Bevölkerung verwendet, so

und das will man uns so belasten, daß vielleicht das Wort meines Vorgängers Dr. Felder zur Wahrheit wird: „Hinter der zugrunde gerichteten Gemeinde wird der Staat als erster Leidtragender einhergehen.“ Ich bitte, daß die Herren sich meine Ausführungen zu Gemüte führen, daß sie selbst in ihrem Wirkungskreise nachforschen, inwieweit eine Mehrbelastung Platz greift. Es betrifft das nicht nur Gas- und Elektrizitätswerke, ich weiß, daß auch Brückenwagen, Wasserwerke zc. als Erwerbsunternehmungen besteuert werden. Wir wollen also im nächsten Plenum des Städtetages ein Bild bekommen, wie die deutschen Städte Österreichs durch die Steuerpolitik der Regierung drangsaliiert werden und welche Schritte wir unternehmen müssen, um davon befreit zu werden, ich bitte daher die Geschäftsleitung, diese Anregung zum Gegenstande des Studiums zu machen, die Städte, die dem Bunde angehören, in dieser Beziehung zu befragen und dem nächsten Plenum eine Zusammenstellung vorzulegen, aus der sich unsere weitere Entschliebung ergeben wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Abgeordneter Kraft: Ich danke für die Anregung, es wird von der Geschäftsstelle aus eine Umfrage an die Städte gerichtet und das Resultat in der Ausschusssitzung verwertet werden.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Freißler.

Amtsleiter Dr. Freißler (Mährisch-Schönberg): Ich habe mir erlaubt, am letzten Städtetag einen Antrag zu stellen, und die Herren waren so freundlich, das Referat, welches ich fertiggestellt hatte, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit aber nicht mehr erstatten konnte, hier aufzunehmen. Es betrifft die Zuschüsse für die Militärbequartierung. Ich habe im Bericht der Geschäftsleitung sehr vermißt, ob die Herren in dieser Beziehung bei den maßgebenden Stellen vorgesprochen haben. Ich denke aber ja, weil wir zu unserer Überraschung vor einigen Tagen die Mitteilung erhielten, daß für die Dauer der Winterheizperiode die Transenalgebühren für die Unterkünfte der Offiziere um 30 h erhöht wurden. Ich will nur sagen, daß wir dieses großartige Geschenk auch großartig zur Kenntnis genommen haben. Ich habe weiters aus dem Berichte entnommen, daß die Herren auch in der Angelegenheit der Enthebung der Bediensteten der Stadtgemeinden vorgesprochen haben und war sehr überrascht über die Erledigung und die Auskunft, die ihnen gegeben wurde. Im Landesverteidigungsministerium stellt man sich vielleicht nur die Landgemeinden vor, wenn man an die Verwendung von Pensionisten und Frauen denkt, man überlegt aber nicht, daß es überhaupt nicht möglich ist, mit ungeschulten Kräften etwas zu leisten.

Vorsitzender Abgeordneter Kraft: Ich danke dem Herrn Borreiner und betone, daß wir gewiß alles tun werden, um Enthebungs-Angelegenheiten für unsere Städte so rasch und vorteilhaft als nur möglich durchzuführen. Leider werden gerade in der letzten Zeit Enthebungsgeuche fast durchaus abschlägig beschieden und auch persönliche Interventionen nützen nichts.

Was die Transenalgebühren anlangt, so haben wir auch bezüglich dieser eine Eingabe gemacht und da auch alle anderen Städte in dieser Angelegenheit vorstellig geworden sind, ist wohl zu erwarten, daß diese gleichzeitig einsetzende Aktion irgend etwas genügt haben wird und daß eine Anerkennung in Form einer ganz bescheidenen Entschädigung stattfindet.

Ich schreite zum Schluß der Sitzung und danke den Herren vielmals für Ihr Erscheinen, das in dieser schweren Zeit, mitten

im Winter, besondere Anerkennung verdient. Ich danke Ihnen auch bestens für die fleißige, andauernde Arbeit, die Sie heute geleistet haben, ich danke Ihnen auch für das Material, das Sie geliefert haben und das gewiß unserer ferneren Arbeit eine außerordentliche Stütze bieten wird.

Ich kann Sie versichern, daß das Präsidium sowohl wie auch die Geschäftsleitung bemüht sein wird, seine Tätigkeit so weit zu steigern, bis sie sich zu einem greifbaren Erfolg entwickelt.

Ich danke Ihnen nochmals und wünsche eine recht gute Heimreise.

(Schluß der Sitzung.)

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Die Leitung der Wiener Frauen-Hilfsaktion bei Kaiserin Zita.

Unter Führung der Vorsitzenden der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, Frau Berta Weiskirchner, erschien am 14. Februar nachmittags in der Hofburg eine Abordnung des Zentral-Beirates in Audienz bei Ihrer Majestät der Kaiserin.

Die Vorsitzende legte die Bestrebungen der Frauen-Hilfsaktion in folgender Ansprache dar:

„Euerer Majestät!

Erhabene Kaiserin!

In Ehrfurcht nahen sich die Vertreterinnen der Frauen-Hilfsaktion Wiens dem Throne Euerer Majestät.

In schwerer Zeit und durch Gottes Ratsschluß wurden Euerer Majestät an der Seite des erlauchten Gemahls berufen, als Kaiserin den Thron der Völker Österreichs zu besteigen. Von jugendlichem Liebreiz umflossen, sehen wir Euerer Majestät vor uns und es ist uns, als ob eine Lichtgestalt zu uns herniedergeschwebt, als wenn uns ein Friedensengel von Gott gesandt wäre.

Wir kommen Euerer Majestät zu huldigen. Wir kommen nicht mit leeren Händen, wir bringen ein übervolles Herz, wir bringen die Liebe von den Frauen Wiens. Wir bitten, dieselbe entgegenzunehmen, denn diese Liebe kommt aus den goldenen Herzen der Wiener Frauen.

In schwerer Kriegsnot haben wir Frauen uns zusammengefunden, um Not und Elend zu lindern. Mit großer Freude haben wir durch den Mund Sr. Majestät unseres gütigen Kaisers vernommen, daß Majestät sich besonders auf dem Gebiete der Nächstenliebe betätigen wollen und so bitten wir, uns auf diesem zwar schweren, aber segensreichen Weg voranzuschreiten. Viel Trauriges hat dieser lange Krieg gezeitigt und schwer lastet derselbe auf allen Schichten der Bevölkerung, am schwersten aber hat die Armut darunter zu leiden, diejenigen, welche durch den Krieg in Not geraten sind, und die Kinder jener, welche oft nicht mehr das tägliche Brot haben, um ihren Hunger zu stillen.

Wir haben uns bemüht, nach besten Kräften zu helfen.

Euerer Majestät ist die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion aus meinem Berichte gewiß bekannt.

Wollen Euerer Majestät die überaus große Huld und Güte haben, uns mit leuchtendem Beispiel voranzugehen, so werden Tausende den Segen Gottes über unser liebes Kaiserpaar herabflehen und die Liebe der Völker wird Euerer Majestät gesichert sein."

Ihre Majestät erwiderte, daß sie sich herzlich freue, die einzelnen Frauen kennen zu lernen. Die Vorsitzende, Frau Berta Weiskirchner, stellte hierauf diese vor. Für den Bund österreichischer Frauenvereine: Frau Marianne Painisch und Frau Herta v. Sprung, bei denen sich die Kaiserin über die Tätigkeit der Tagesheimstätten und über die weibliche Gewerbeinspektion informierte; für den Christlichen Wiener Frauenbund Frau Sophie Guttmann, welche über die Charitativen Leistungen ihres Bundes berichtete; für die katholische Frauenorganisation: Frau Gräfin Gerda Walterkirchen, Frau Josefine Kurzbauer und Frau Dr. Alma Seiz, bei welcher sich Ihre Majestät eingehend über das Wirken der katholischen Frauenorganisation und deren Sekretariat, sowie über die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion und über die Lage der Heimarbeiterinnen erkundigte; für die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs: Frau Fanni Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch, von denen die Kaiserin sich mit lebhaftem Interesse über die Beschaffung der Lebensmittel und des Brennmaterials, sowie über die Heimkrippen und Kinderjause berichten ließ.

Die Kaiserin brachte der Abjung der Kohlenfrage ihre besondere Anteilnahme entgegen. Frau Toni Colbert berichtete über die Kinderfürsorge und Schulbeteiligung der dem Säuglingsalter entwachsenen Kinder.

Nachdem noch die Vorsitzende, Frau Berta Weiskirchner, genauen Aufschluß gegeben hatte über die von allen Frauenorganisationen geleistete Tätigkeit in den 23 Frauen-Arbeitskomitees, Nähstuben, Ausweisungen, Kriegsküchen und im Erhebungs- und Pflegschaftsdienst, verabschiedete die Kaiserin mit herzlichsten Worten des Dankes für die hingebungsvolle Tätigkeit der Wiener Frauen in huldvoller Weise die Abordnung.

Kohlenverkauf im Jänner 1917.

Der Braunkohlenverkauf auf den städtischen Kohlenlagerplätzen im Monate Jänner 1917 gestaltete sich wie folgt:

Kleinverkauf:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . . .	23.893·75	24.316·25	14.104·42	15.699·19
Magleinsdorf . . .	23.073·38	20.937·88	8.788·18	9.091·94
Engerthstraße . . .	7.412·13	7.764·75	4.863·68	4.322·56
Nordwestbahnhof . . .	13.619·—	9.603·88	5.877·39	4.974·40
Ottakring . . .	19.291·—	14.799·—	3.230·93	892·50
Zusammen . . .	87.289·26	77.421·76	36.864·60	34.980·59

Verkauf in Fuhrn:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . . .	46.942·30	23.320·25	7.071·90	6.728·—
Magleinsdorf . . .	42.773·13	29.409·80	11.407·80	10.694·60
Engerthstraße . . .	8.032·96	5.036·70	5.415·60	2.422·76
Nordwestbahnhof . . .	—	—	—	—
Ottakring . . .	9.031·40	351·40	6.057·40	49·80
Zusammen . . .	106.779·79	58.118·15	29.952·70	19.895·16

Verkauf von Gries:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1916 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . . .	252·35	1.693·20	2.316·25	2.483·90
Magleinsdorf . . .	1.015·50	2.222·50	721·60	752·50
Engerthstraße . . .	—	2.428·—	1.870·90	275·—
Nordwestbahnhof . . .	—	471·35	412·05	825·75
Ottakring . . .	214·20	419·85	7·25	—
Zusammen . . .	1.482·05	7.234·90	5.328·05	4.337·15

Der Gesamtverkauf betrug:

	Mengen in Zentnern			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1915 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . . .	70.836·05	49.328·99	23.492·57	24.911·09
Magleinsdorf . . .	65.846·51	52.570·22	20.917·58	20.579·04
Engerthstraße . . .	15.445·09	15.229·67	12.150·18	7.020·32
Nordwestbahnhof . . .	13.619·—	10.075·28	6.289·44	5.800·15
Ottakring . . .	28.322·40	15.571·92	9.295·58	942·30
Zusammen . . .	194.069·05	142.776·08	72.145·35	59.252·90

Die Anzahl der Parteien betrug:

	Anzahl der Parteien			
	1917 Jänner	1916 Dezember	1915 Jänner	1915 Dezember
Westbahnhof . . .	116.129	108.386	65.903	71.491
Magleinsdorf . . .	95.839	85.868	35.210	35.093
Engerthstraße . . .	30.148	29.961	17.582	18.067
Nordwestbahnhof . . .	62.155	66.348	22.060	22.391
Ottakring . . .	90.476	82.703	14.479	3.561
Zusammen . . .	394.747	373.266	155.234	150.603
Für den Tag . . .	16.057	16.229	6.468	6.024

Gegenüber dem Vormonate ist eine neuerliche Steigerung im Absatze eingetreten, die sich namentlich im fuhrnweisen Verkaufe (Verkauf in Handwagen) äußert.

Die Steigerung des fuhrnweisen Absatzes in Ottakring von 351 q auf 9031 q ist darauf zurückzuführen, daß die Käufer erst im Monate Jänner von der Abfuhr mit Handwagen Gebrauch machten, obwohl dies von Anfang an zulässig war.

Der gesamte Absatz betrug im Jänner 1915 30.970 q (Lagerplatz Westbahnhof, Magleinsdorf und Engerthstraße), im Jänner 1916 72.145 q (fünf Lagerplätze) und hat sich im Jänner 1917 auf 194.069 q erhöht.

Die Anzahl der Parteien betrug im Jänner 1915: 78.203, im Jänner 1916: 155.234 und im Jänner 1917: 394.747.

Der größte Absatz, der an einem Tage erreicht wurde, betrug auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof 4051·37 q, auf dem



Kohlenlagerplatz Magleinsdorf 4239-90 q, auf dem Kohlenlagerplatz Ottakring 2886-80 q

Die Höchstzahl der Parteien an einem Tage betrug auf dem Kohlenlagerplatz Westbahnhof 7452, auf dem Kohlenlagerplatz Magleinsdorf 5314, auf dem Kohlenlagerplatz Ottakring 5467.

Diese Gesamtleistung der Lagerplätze wäre noch überboten worden, wenn der Einlauf an Kohle günstiger gewesen wäre. Mit Rücksicht auf die mangelnde Zufuhr mußten aber gegen Ende des Monats Beschränkungen im Abfahre eingeführt werden.

Der Abfahre an Steinkohle betrug auf den Nordbahnruutschen an böhmischer Steinkohle 45.257-7 q, an Ostrauer Kohle 3689-6 q, an Dombrowaer Kohle 3300 q, zusammen also 52.247 q.

Auf dem Kohlenlagerplatz Vorgartenstraße wurden an böhmischer Steinkohle 14.487 1 q (in Mengen bis rund 500 kg) abgegeben. (M. D. 417, Stelle 5.)

Kriegerdenkmale und Kriegerehrungen.

Der Größe des Heldentumes, das unsere Krieger auf allen Kampfgebieten erwiesen haben, entspricht die Größe und Tiefe der Dankbarkeit, welche die Heimat ihren tapferen Söhnen entgegenbringt und die in tausendfältiger Form von Kriegerehrungen aller Art nach Ausdruck ringt. Schon die hohe sittliche Bedeutung dieser immer häufiger werdenden Äußerungen des allgemeinen Volksempfindens erhellt die allgemeine Aufmerksamkeit.

Umsomehr ist es aber notwendig, daß sich auch die Behörden mit dem machtvollen Werke der Volksdankbarkeit beschäftigen, wenn man bedenkt, daß man einst in der kommenden Zeit an der Gesamtheit der mannigfaltigen Denkmäler einen Maßstab für das künstlerische Empfinden unserer Epoche finden wird.

Die Fülle von Ergüssen aus dem überschwenglichen Dankbarkeitsdrange des Volkes heraus wird es mit sich bringen, daß neben Plänen und Ideen von hohem künstlerischen und originellem Werte auch solche entstehen werden, die deutlich den Stempel der Laienhand an sich tragen und nicht das erforderliche Maß von Würde und eindrucksvoller Wirkung erzielen. Vielleicht auch würde der Aufwand in zahlreichen Fällen viel zu kostspielig und unvereinbar mit dem Ernste der Zeit werden, die doch mehr Widmungen für rein charitative Zwecke als für prunkvolle Denkmäler erfordert.

In diesem Sinne spricht eine Verlautbarung der k. k. Statthalterei, P. Z. 247/9, die alle jene Personen und Korporationen, welche sich mit dem Gedanken tragen, in irgendwelcher Weise das Andenken an unsere Helden zu ehren, an eine sach- und fachkundige Beratung weist.

Das k. u. k. Kriegsministerium hat bereits in Würdigung dieser wichtigen künstlerischen Interessen für seine „Kriegsgräber-Abteilung“ einen Beirat berufen, der aus Fachmännern auf dem Gebiete der Architektur, Bildhauerei, kirchlichen Kunst, des Kunstgewerbes, Gartenbaues und Heimatschutzes besteht und in allen Fragen künstlerischer Natur zu entscheiden hat.

In ähnlicher Weise wurden für viele Kronländer Beratungsausschüsse für Kriegerdenkmale eingesetzt. In Niederösterreich ist

es der Verein für Denkmalspflege und Helmschutz mit dem Sitz in Wien, IX., Severingasse 9, der die Aufgabe übernommen hat, seine Tätigkeit in den Dienst dieser Sache zu stellen.

Im Interesse einer entsprechenden Durchführung werden sich daher alle Projektanten von Kriegerehrungen behufs Erlangung von sachmännischen Ratschlägen und Auskünften an diese von oben genannten Vereine ins Leben gerufene Beratungsstelle für die Kriegerehrungen zu wenden haben.

(M. D. 1218.)

k. k. Bezirksschulrat.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 25. Jänner 1917, G. Z. 750/16:

Der k. k. n.-ö. Landesschulrat hat mit dem Erlasse vom 23. Jänner 1917, Z. 5199/II, folgendes anher eröffnet:

„Der k. k. n.-ö. Landesschulrat findet nach den gestellten Anträgen der Bürgerschul-Direktoren Libor Beier, Franz Prohaska, Karl Polorny und Peter Vegerer, dem Bürgerschullehrer Gabriel Wistrczil, der Bürgerschullehrerin Marie Krempel, dem Volksschullehrer I. Klasse Johann Krausenberger und der Volksschullehrerin Anna Fasching für ihr unermüßliches und opferfreudiges Wirken auf dem Gebiete der Jugend- und der Kriegsfürsorge die Anerkennung auszusprechen.“

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Jänner 1917, G. Z. 9510/16:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Oberlehrer Josef Sinner an der II. allgemeinen Volksschule für Knaben XVI., Ottakringerstraße 150, anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine bis in sein hohes Lebensalter ausgeübte Tätigkeit die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Jänner 1917, G. Z. 9858/16:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Direktor an der Bürgerschule für Knaben XVI., Habsburgplatz 18, Anton Kamera, anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für seine langjährige Wirksamkeit im Schuldienste die Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 26. Jänner 1917, G. Z. 10119/16:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, der Volksschullehrerin I. Klasse und Leiterin der Blinden-Abteilung an der allgemeinen Volksschule für Mädchen, Frau Anna Mayer-Spolz, anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand in Anbetracht ihrer hervorragenden Dienstleistung auf dem Gebiete des Blindenunterrichtes die besondere Anerkennung auszusprechen.

Erlaß des k. k. Bezirksschulrates Wien vom 31. Jänner 1917, G. Z. 5781/16:

Der k. k. Bezirksschulrat findet sich bestimmt, dem Direktor Robert Schönbauer der Bürgerschule für Knaben XV.

Staudingergasse 6, anlässlich seiner Versetzung in den Ruhestand für sein langjähriges, pflichteifriges Wirken als Lehrer und Schulleiter die belobende Anerkennung auszusprechen.

Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien.

Jänner 1917.

Im abgelaufenen Monat Jänner 1917 wurden bei der Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien in der Hauptanstalt und den Zweiganstalten von 36.846 Parteien 16.600.767 K 31 h eingelegt und an 16.759 Parteien 12.945.191 K 05 h rückbezahlt. Der Einlagenstand betrug Ende Jänner 1917 214.528.868 K 30 h.

Im Hypothekendarlehensgeschäfte wurden 563.000 K zugewährt und 999.337 K 14 h rückbezahlt, so daß sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. Jänner 1917 auf 95.684.884 K 43 h belief.

Der Stand der Wertpapiere betrug am 31. Jänner 1917 85.543.700 K — h, an Wechseln und Salinenscheinen besaß die Anstalt am 31. Jänner 1917 11.215.010 K — h.

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Rudolfsheim.

Jänner 1917.

Eingelegt von 8472 Parteien 4.435.526 K 28 h
Rückgezahlt an 6346 Parteien 3.448.587 „ 70 „

Mit 31. Jänner 1917 betrug der Stand:

der Gesamteinlagen auf 62.610 Kontos 85.946.530 K 81 h
" Hypothekendarlehen 57.766.711 „ 34 „
" Gemeinbedarflehen 3.505.578 „ 44 „
" Gesamt-Werteffekten 25.969.794 „ 90 „
" Reservefonds 3.508.747 „ 96 „

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Hernals

Jänner 1917.

Einlagen im Jänner von 7967 Parteien 4.305.481 K 41 h
Rückzahlungen an 5447 Parteien 2.781.305 „ 18 „

Stand am 31. Jänner 1917.

Gesamteinlagen auf 52.662 Konti 66.218.415 K 55 h
Hypothekendarlehen 45.918.629 „ 74 „

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Währing.

In der Zeit vom 1. bis 31. Jänner 1917.

Gesamt-Einlagenstand am Ende des Vormonates 49.714.024 K 89 h
Eingelegt wurden von 6673 Parteien 2.817.601 „ 07 „
zusammen 52.531.625 K 96 h
Rückgezahlt wurden an 4276 Parteien 2.028.444 „ 65 „
Gesamt-Einlagenstand am 31. Jänner 1917 50.503.181 K 31 h
verteilt auf 37.191 Konten
Zuwachs 789.156 K 42 h
Stand der Einlagen im Scheckverkehr 595.763 „ 23 „
" " aushaft. Hypothekar-Darlehen 31.803.766 „ 96 „
" " Darlehen auf Wertpapiere 740.217 „ 63 „
" " eskomptierten Wechsel 95.420 „ — „
" " Wertpapiere (Nominale) 23.129.400 „ — „

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Döbling.

Jänner 1917.

Eingelegt von 1809 Parteien 764.373 K 95 h
Behoben von 1115 Parteien 622.291 „ 04 „
(inkl. Kriegsanleihe per 15.870 K 23 h).
Es ergibt sich daher ein Plus von 142.082 K 91 h
Dieses zugerechnet vom Stande mit Ende
Dezember 1916 per 12.278.804 „ 55 „
gibt mit Ende Jänner 1917 bei 2414
offenen Konti einen Einlagenstand von 12.420.887 K 46 h
Der Stand der Hypothekendarlehen beträgt
mit Ende Jänner 1917 8.306.931 „ 20 „

Wiener Kommunal-Sparkassa im Bezirke Floridsdorf.

Ausweis für den Monat Jänner 1917.

Stand des Vormonates 20.798.893 K 08 h
Eingelegt wurden von 1672 Parteien 869.232 „ 28 „
Zusammen 21.668.125 K 36 h
Rückgezahlt wurden an 1300 Parteien 814.493 „ 32 „
Stand mit Ende Jänner 1917 bei
13.749 Konti 20.853.632 K 04 h

Heimsparkassen:

Stand des Vormonates 198.488 K 27 h
Eingelegt wurden von 226 Parteien 19.818 „ 03 „
Zusammen 218.306 K 30 h
Rückgezahlt wurden an 41 Parteien 5.212 „ 47 „
Stand mit Ende Jänner 1917 bei 1078
Konti 213.093 K 83 h

M. Abt. IX, 748/17.

Kundmachung.

(Lizenzierung von Privathengsten für das Jahr 1917.)

Bei den am 5. Februar 1917 in Wien, II., Schüttelstraße 19 a und XXI., Ragrau, Traberzuchtanstalt, im Sinne des Gesetzes vom 17. Jänner 1885, L.-G.-Bl. Nr. 27, und der Verordnungen des k. k. Statthalters von Niederösterreich vom 26. Februar 1885, Z. 7621, L.-G.-Bl. Nr. 28, und vom 28. Jänner 1890, Z. 1232, L.-G.-Bl. Nr. 11, für Wien abgehaltenen Lizenzierungsverhandlungen hat die Hengstenlizenzierungs-Kommission für folgende Privathengste eine Lizenz zum Belegen fremder Stuten mit dem aus folgender Tabelle ersichtlichen Inhalte erteilt:

Besitzer	Name	Farbe	Alter in Jahren	Rasse	Der Hengst darf im Jahre 1917 verwendet werden	
					zum Belegen fremder	im Standorte
W. Schleifinger & Komp., II., Schüttelstraße 19 a	The Plunger	Schwarzbraun	11	amerik. Traber	Traberstuten und Stuten des Gestütschlages	Luttenhof bei Bisamberg.
	Don Chenault	Fuchs	7			
	Jaculor II	Braun	8	franz. Traber		
Leopold Hauser, II., Kaiser Josefstraße 41	Jonathan	Braun	16	inländ. Traber	Traberstuten (mit Ausschluß der Verwendung für die Landesucht)	Krieau
	Lula Douglas	Rappe	5		Traberstuten	
Rudolf Albrecht, II., Krieau	Bellfelly		8	inländ. Traber	Traberstuten und Stuten des Gestütschlages	
	Jenoe				Traberstuten (mit Ausschluß der Verwendung für die Landesucht)	
Leopold Wanko, III., Ungargasse 16	Patriot	Braun	16	amerik. Traber	Traberstuten und Stuten des Gestütschlages	Sulz-Stangau
	Royal Reaper		10			
Justa Schnablegger, Graz, Ribbelungengasse 3	St. Valient Vincent	Dunkelbraun	17	amerik. Traber	Traberstuten (mit Ausschluß der Verwendung für die Landesucht)	Krieau
Karl Bruckner, Theresienau	Native Boy	Braun	6	inländ. Traber	Traberstuten und Stuten des Gestütschlages	Theresienau
Gustav Engel, II., Mostereistraße 7	Ritka	Fuchs	7		Traberstuten (mit Ausschluß der Verwendung für die Landesucht)	Krieau
Jungreithmayer, VI., Millöckergasse 6	Douglas Mac Gregor	Schwarzbraun	9	amerik. Traber	Traberstuten und Stuten des Gestütschlages	Ragrau
Flora Hein, XXI., Ragrau	Baron Bartling	Rastanienbraun	12			
Albert Grauer, XXI., Ragrau	The Zoo	Schwarzbraun	15	Noriker	kaltblütige Stuten	Stadlau
Johann Genoch, XXI., Stadlau	Blaß	Rastanienbraun	8			
	Moritz	Schwarzflecktiger	5			
	Max	Stichelhaariger Schleierfuchs mit Blässe	5			

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 19. Februar 1917.

1-1

M. Abt. XIII, 6521/16.

Selbständiger Wirkungsbereich

Lehrbach'sche Stiftung

für bedürftige Beamten- und Bürgerkinder.

Verliehen werden: Drei Stipendien für Knaben im Betrage von 200 K jährlich auf die Dauer der Lehrzeit und mit einem weiteren Jahresbetrage von 200 K nach Beendigung der Lehrzeit und ein Stipendium für Mädchen vom zwölften Jahre an in dem Betrage von jährlich 200 K auf die Dauer der Ausbildung in den weiblichen Handarbeiten, jedoch vorläufig auf höchstens fünf Jahre, mit einer Abfertigung im gleichen Betrage dann, wenn das Mädchen vor dem fünften Jahre des Stipendiums in einen Dienst tritt oder sich verheiratet.

Zur Bewerbung sind berufen: Dürftige Beamtenkinder und in Ermanglung solcher dürftige Bürgerkinder, und zwar Knaben, die sich der Erlernung eines Handwerkes, eines Handelsgewerbes, des Zeichnens, Malens, der Kupferstecherei oder Bildhauerei widmen, und Mädchen, die sich über die Erlernung des Nähens, Strickens, Kochens, Putzwashens und dergleichen weiblicher Handarbeiten zu Hause oder bei einer rechtschaffenen Person ausweisen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, letztes Schulzeugnis, Lehrvertrag oder Bestätigung über die Erlernung von weiblichen Handarbeiten, Impfzeugnis aus den letzten sechs Jahren und Mittellosigkeitszeugnis.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.
Einreichungsfrist: Bis 15. März 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. Jänner 1917.

M. A. XII, Z. 26901/16.

Kundmachung.

(Karl und Maria Holl'sche Waisenstiftung.)

Im Gräfin Franziska Andrássy'schen christlichen Mädchen- und Knaben-Waisenhaus (I. und IV. städtisches Waisenhaus), XIX. Bezirk, Hohe Warte, gelangen zwei Karl und Maria Holl'sche Mädchen- und ein Knaben-Stipendiumsplätze zur Bezeichnung.

Anspruch auf diesen Stipendiumsplatz haben arme, von beiden Eltern oder doch vom Vater verwaiste Kinder, deren Eltern in Wien gewohnt haben, ohne Unterschied, ob letztere hier zuständig waren oder nicht; dieselben müssen jedoch außerdem die übrige Eignung für die Aufnahme in ein städtisches Waisenhaus nach den hierfür geltenden Vorschriften besitzen, d. h. sie müssen in dem Alter zwischen dem 6. und 10. Lebensjahr stehen, lernfähig, geimpft und körperlich gesund sein.

Kinder, deren verwitwete Mütter ein der Besteuerung unterliegendes Gewerbe betreiben, haben keinen Anspruch auf Aufnahme.

Die bezüglichen Gesuche sind mit einem legalen Armutszeugnisse, ferner dem Taufscheine, dem Impfzeugnisse und dem

Heimatsnachweise des betreffenden Kindes sowie mit dem Totenscheine der Eltern oder des verstorbenen Elternteiles und dem letzten Schulzeugnisse des Kindes zu versehen und längstens bis 28. Februar 1917, im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Abteilung XII (I., Neues Rathaus) zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. Jänner 1917.

G. Z. 498/17.

Kundmachung.

(Michael Endres'sche Stiftung.)

Der Vorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Interessen der Michael Endres'schen Stiftung im Betrage von 210 K im März 1917 an zwei sittliche, arme Witwen von gewesenen Gewerbmännern im Bezirke Landstraße zur Verteilung gelangen.

Bewerberinnen um die obige Stiftung, deren Gatten ein Gewerbe im Bezirke Landstraße ausgeübt haben und die daselbst wohnen, haben ihre mit dem Armuts- und dem Sittenzeugnisse, dann dem Totenscheine des Gatten und den Taufscheinen der lebenden, unversorgten Kinder belegten Gesuche bis längstens 3. März 1917 in der hierortigen Gemeindefanzlei, III. Bezirk, Karl Borromäus-Platz 3, 1. Stock, zu überreichen.

Schließlich wird noch beigefügt, daß auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen wird.

Wien, im Februar 1917.

Der Vorsteher des III. Wiener Gemeindebezirkes:
Paul Spitaler.

M. Abt. XIII, 157/17.

Selbständiger Wirkungsbereich

Friederike Kempner-Debora Afsenash-Stiftung für Blinde.

Verteilt werden: 36 K 80 h.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme, nach Wien zuständige blinde Personen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimatschein, armenärztliche Bestätigung über die Erblindung, Impf-nachweis aus den letzten sechs Jahren.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungstermin: Bis 14. April 1917.

Verleihungstag: 19. Juli 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 20. Jänner 1917.

W. Abt. XIII, 7775/16.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Mautner-Marxhof'sche Stiftung
für schuldblos verarmte Gewerbetreibende.

Verliehen wird: Ein Stiftungsbetrag von 592 K.

Zur Bewerbung sind berufen: Schuldblos verarmte Gewerbetreibende, insbesondere solche, die infolge lang andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Kur bedürftig sind, in Wien ihr Gewerbe ausüben und wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Trauungsschein, Heimatschein, Tauf(Geburt)scheine der Gattin und Kinder, Gewerbeschein, letzter Zahlungsauftrag über die allgemeine Erwerbsteuer, Impfnachweis aus den letzten sechs Jahren, eventuell armenärztliches Zeugnis über die Notwendigkeit eines Kurgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitskraft.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichungstermin: 15. März 1917.

Verleihungstag: 27. Juni 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 8. Jänner 1917.

Kollektiv-Anstellung der österreichischen
Leinen-Industrie.

Leinenwaren-Fabrik, Bleich- und
Appretur-Anstalt

J. A. KLUGE
Hermannseifen (Böhmen)

Niederlage: Wien, I., Werdertorgasse 12.
Flachspinnerei in Oberaltstadt und
Marschendorf bei Trauteman.
Telegramm-Adresse: Leinenkluge, Wien.

Aufzüge und Krane

A. FREISSLER, Ingenieur
MASCHINEN- UND AUF-
ZÜGE-FABRIK Ges. m. b. H.

WIEN, X., ERLACHPLATZ 4.
BUDAPEST, VI., DAVIDG. 2.

Seit 48 Jahren bestehende Spezial-
fabrik befasst sich ausschliesslich
mit der Erzeugung aller Arten von
Aufzügen und Kranen nach
eigener bewährter Konstruktion.

„Austria“ Petroleumindustrie A. G.
Wien, I., Rengasse 6

Petroleum, Paraffin, Auto-Benzin,
Motoren-Benzin, Lösungs-Benzin,
Schmier-Öle, Gas-Öle, Diesel-
motoren-Treiböl, Heizöl, Asphalt,
Koks.

Zentral-Verkaufsbureau für die Erzeugnisse der Raffinerien in:
Trzebinia, Drohobycz („Austria“), Mährisch-
Schönberg und Peczenizyn.

A. HERZMANSKY

Wien VII. Mariahilferstrasse 26
Stiftgasse 1, 3, 5, 7 WIEN VII.

W. Abt. XIII, 193/17.

Selbständiger Wirkungsbereich.

Eleonore Schrey'sche Stiftung
für arme Lehrlinge.

Zur Verleihung gelangen: Zwei Stiftpätze mit dem
jährlichen Bezuge von je 60 K zur Anschaffung der Kleider
während der Lehrzeit und einem Freileidbeitrage von 80 K
nach beendeter Lehrzeit.

Zur Bewerbung sind berufen: Arme Lehrlinge, welche
wohlgefittet, im Geschäfte brav, im Schulbesuche sehr fleißig
sind und von gänzlich unbemittelten Eltern abstammen.

Dem Gesuche sind beizulegen: Tauf(Geburt)schein, Heimats-
schein, Armutszugnis, Lehrvertrag, letztes Schulzeugnis einer
gewerblichen Fach- und Fortbildungsschule, Impfungsnachweis
aus den letzten sechs Jahren.

Einreichsstelle: Magistrats-Abteilung XIII.

Einreichstermin: Bis 31. März 1917.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Jänner 1917.

Berndorfer Metallwarenfabrik
ARTHUR KRUPP A. G.
Berndorf Nieder-Oesterr.

Gegründet im Jahre 1843, gegenwärtig über 6000 Angestellte.
NIEDERLAGEN: WIEN, I., WOLLZEILE 12.
BUDAPEST UND PRAG.

In eigener Erzeugung:

Bestecke und Tafelgeräte aus Alpaca-
Silber, China-Silber und unversilbertem
Alpaca und Pacfong. Kochgeschirre und
Tafelgeräte aus Rein-Nickel, Gefäße,
Kessel und technische Artikel aus Rein-
Nickel für chemische Laboratorien,
Krankenhäuser, Dampfküchen usw. Zinn-
stahlbestecke, Kunstbronzen. Bleche und
Drähte aus Rein-Nickel, Neusilber,
Messing, Tombak, Kupfer und Kupfer-
nickel. Widerstandsdrähte, Fassondrähte,
Stäbe und Stangen Druckkupferbleche,
Rein-Nickel-Anoden, Elektrolytkupfer in
Lamellen. Patronenhülsen, Geschoßmäntel
etc. etc. etc.



Schutzmarke für
Alpaca-Silber I.



Schutzmarke für
Alpaca.



Schutzmarke für
Rein-Nickel.

Achtung auf die obenstehenden Schutzmarken.

Seidenstoffe, Samt, Plüsch, Wollstoffe, Waschkleiderstoffe,
Bänder, Aufputz, Spitzen, Stickereien. — Fertige Damen-
kleider, Blusen, Mäntel, Jacken, Hauskleider, Unterröcke,
Teppiche, Vorhänge, Decken. — Fertige Wäsche, Tisch-
zeuge, Hand-, Wisch- und Taschentücher, Strümpfe, Socken,
Handschuhe, Reisekoffer, Reisekörbe, Schirme, Lederwaren-

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche
Produkte in Wien vom 17. Februar 1917.*)**

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt
für österreichische Produkte pro 1916/17:

Table with 2 columns: Product name and Price per 100 kg. Includes Weizen, Roggen, Braugerste, Futtergerste, Hafer.

(Uebernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe N.-G.-Bl. Nr. 208 vom
1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Table with 2 columns: Product name and Price per 100 kg. Includes Weizengriech, Badmehl, Weizenlostmehl Nr. 1, Weizenlostmehl Nr. 2, Brotmehl.

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche
Produkte in Wien vom 21. Februar 1917.*)**

Uebernahmspreise der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt
für österreichische Produkte pro 1916/17:

Table with 2 columns: Product name and Price per 100 kg. Includes Weizen, Roggen, Braugerste, Futtergerste, Hafer.

(Uebernahmsbestimmungen und Modalitäten siehe N.-G.-Bl. Nr. 208 vom
1. Juli 1916.)

Gesetzliche Höchstpreise.

Ab Mühlenstation.

Table with 2 columns: Product name and Price per 100 kg. Includes Weizengriech, Badmehl, Weizenlostmehl Nr. 1, Weizenlostmehl Nr. 2, Brotmehl.

Schlachtviehaufteilung vom 19. Februar

1. Gesamtzufuhr: 2541 Stück, und zwar:

Table with 2 columns: Animal type and Quantity. Includes Mastvieh, Weidevieh, Beinvieh, Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche.

Die Gesamtzufuhr zerfällt dem Geschlechte nach:

Table with 2 columns: Animal type and Quantity. Includes Ochsen, Kühe, Stiere, Büffel.

Herkunftsländer der Zufuhren:

Table with 2 columns: Country and Quantity. Includes aus Ländern der ungarischen Krone, Galizien und der Bukowina, dem sonstigen Österreich, dem Auslande.

2. Preise der aufgeteilten Rinder:

a) Preis per 100 kg Lebensgewicht.

Aus und über Ungarn färbige Ochsen:

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes I. Qualität, II., III.

Graue Ochsen aus und über Ungarn:

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes Ochsen I. Qualität, II., III.

Ochsen aus anderen Ländern:

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes I. Qualität, II., III.

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes Stiere I. Qualität, II., III.

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes Kühe I. Qualität, II., III.

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes Kalbinnen I. Qualität, II., III.

Table with 2 columns: Quality and Price. Includes Weidevieh, Büffel, Beinvieh.

Die Preise gelten in Kronen per 100 kg Lebensgewicht.

3. Verteilung.

Abgegeben wurden für Wien ... Stück
" nach auswärts ...
In die Verteilung wurden nicht einbezogen ...
In der abgelaufenen Woche langten außerdem für Heeres-
zwecke direkt ein 3385 Rinder.

*) Der Börsenverkehr findet bis auf weiteres nur Mittwoch und
Samstag statt.

*) Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen
abverkauft.

Im Vergleiche zum Hauptaufteilungsstage der Vorwoche langten um 1020 Stücke mehr an.

Alle Rinderqualitäten und -Gattungen wurden zu unveränderten Vorwochenpreisen abgegeben.

Vorsteviehmarkt vom 20. und 22. Februar 1917.

1. Auftrieb auf dem freien Markt

Table with 2 columns: Item (Fleischschweine, Fetttschweine) and Quantity (Stück). Summe: 2 Stück.

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche — Stück

Angekauft wurden:

Table with 2 columns: Location (für Wien, für das Land) and Quantity (Stück). un verkauft blieben: 1 Stück.

2. Preisbewegung.

(Preis 1 kg Lebendgewicht.)

Fleischschweine (Jungschweine):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Fetttschweine:

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Die dieswöchentlichen Vorsteviehmärkten wurden nicht besichtigt.

Jung- und Stechviehmarkt vom 19 und 22. Februar 1917.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Table with 2 columns: Item (Rälber lebend, Rälber ausgeweidet, Lämmer lebend, Lämmer ausgeweidet) and Quantity.

2. Preisbewegung.

Rälber lebend (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Rälber ausgeweidet (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Lämmer lebend (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Lämmer ausgeweidet (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Fetttschweine ausgeweidet (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Fleischschweine ausgeweidet (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Schafe lebend (per Paar):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Schafe lebend (per 1 kg):

Table with 2 columns: Quality (I, II, III) and Price range (von bis h). (extrem bis h)

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 194 Stück Rälber weniger zugeführt als in der Vorwoche.

Auf dem Schafmarkte wurden wie in der Vorwoche keine Schafe aufgetrieben.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 22. Februar 1917 899 Stück Mast- und 83 Stück Weinvieh aufgetrieben.

Alle Rälberqualitäten, sowie Lämmer und ausgeweidete Schafe wurden zu völlig unveränderten Vorwochenpreisen abgesetzt. Ausgeweidete Schweine wurden auf Basis der gesetzlichen Höchstpreise abgegeben.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Bäder im Monate Jänner 1917.

Theresienbad im XII. Bezirke.

Table with 2 columns: Item (Wannenbad, Dampfbad, Boll- und Schwimmbad) and Quantity (Männliche, Weibliche Personen).

* Einige Stücke besonderer Qualität wurden zu extrem hohen Preisen abverkauft.

** Gesetzlicher Höchstpreis.

XVII Bezirk Kaiser Franz Josef-Bad.

Table with 2 columns: Item (Wannenbad, Dampfbad, Schwimmbad, Sonnenbad) and Quantity (Männliche, Weibliche Personen).

XXI. Bezirk, Floridsdorfer Badeanstalt, Kreggasse.

Table with 2 columns: Item (Wannenbad, Dampfbad, Brausebad) and Quantity (Männliche, Weibliche Personen).

Volksbäder.

Table with 2 columns: District (II. Bez., III. Bez., IV. Bez., V. Bez., VI. Bez., VII. Bez., VIII. Bez., IX. Bez., X. Bez., XI. Bez., XIII. Bez., XIV. Bez., XV. Bez., XVI. Bez., XVII. Bez., XVIII. Bez., XX. Bez.) and Quantity (Männliche, Weibliche Personen).

Baubewegung

vom 20. bis 22. Februar 1917.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Aktenstücke der Abteilung XIV des Magistrates für den I. bis IX. und XX. Bezirk — für den X. bis XIX. und XXI. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen.

Umbauten.

XIX. Bezirk: Hohe Warte 50, von Graf Anton Karolyi, Budapest, Bauführer Adolf Micheroli (111).

Adaptierungen.

I. Bezirk: Wollzeile 15, von Friedrich Marmorel (396). II. Bezirk: Mollereistraße 5, von Heinrich Schwendenwein (390). Taborstraße 17 a, von Wilh. Schallinger (407).

VII. Bezirk: Neubaugasse 28, von S. Engel, II., Praterstraße 9, Bauführer Michna & Herzberg (391).

IX. Bezirk: Pechsteinstraße 133, von Franz Bucher, Bauführer A. Micheroli (404).

XIX. Bezirk: Sieveringerstraße 19, von Martha Geiringer, VI., Gumpendorferstraße 106, Bauführer A. Micheroli (183/2).

" " Croicagasse 6, von Karl und Caroline Schuller, ebenda, Bauführer Karl Schuller (218).

Diverse geringere Bauten.

XX. Bezirk: Riegelwand, Brigittenauerlande 168, von E. M. Chwalla & Söhne (395).

Gesuche um Baubewilligungen, beziehungsweise um Bekanntgabe der Ausdehnung der Baubewilligungen überreicht.

XIX. Bezirk: Unter-Döbling, Rußwalgasse 22, Einl.-Z. 166, von Sophie Knips, VI., Gumpendorferstraße 15, Bauführer Firma Werner & Thruil (123).

" " Unter-Döbling, Einl.-Z. 13, 91, 264, 267, 268, von Felix Lederer, Kreindlgasse 10 und Wilhelm Schloß, Hochschulstraße 28 (131).

" " Sieveringerstraße 243, von Rudolf Herzog, Heiligenstädterstraße 65 (153).

" " Grinzing, Einl.-Z. 83, von Marie Kretschmann, Grinzingstraße 14 (226).

" " Grinzing, Krampfenwalbgasse 9, Einl.-Z. 447, von George Washington Hofer, I., Fischhof 1a (287).

Sintragungen in den Erwerbsteuerkataster.

22. Jänner 1917.

Gewerbe-Unternehmungen.

(Fortsetzung.)

- List of business entries including: Korinel Augustine — Kleinfuhrwerksgewerbe — I., Herzgasse 3. Bibs Franziska — Leinwandwarenhandel — XI., Simmeringer Hauptstraße 76. Fasching Josef — Holz- und Kohlenhandel — XI., Meiselstraße 11. Barth Anna — Marktvirtualienhandel — X., Eugenplatz. Winibsch Leopoldine — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Angeligasse 80. Preßler Margarete — Delikatessenhandel — X., Favoritenstraße 138. Franziska Josef — Grünwarenhandel — X., Quellenstraße 82. Rennhart Aloisia — Sechswaren-Verkehr — XIII., Cumberlantsstraße 10 a. Gulacher Michaela — Gemischtwarenhandel — XIII., Hütteldorferstraße 200. Carstens & Comp. — Maschinenfabrikation — XIII., Breitenfeerstraße 86. Kern Ferdinand — Marktvirtualienhandel — IV., Phorusgasse. „Zur Grammophonfabrik“, Arlett Johann — Handel mit Grammophon-Schallplatten und Zubehör — VII., Kirchengasse 15. Weber Rosa — Marktvirtualienhandel — IV., Raschmarkt. Lutwaal Jakob — Gemischtwarenhandel — IV., Schleifmühlgasse 14. Nadoscha Theresie — Virtualienhandel — IV., Favoritenstraße 45. Schreiner Franz — Marktvirtualienhandel — IV., Raschmarkt. Nagelberger Karl — Marktvirtualienhandel — IV., Raschmarkt. Maresch Hubert — Baumeistergewerbe — IV., Ruijengasse 1. Horn & König — Erzeugung von Fruchtsäften — VII., Zieglergasse 84. Jora & König — Warenhandel — VII., Zieglergasse 84. Heibinger Marie — Betrieb einer elektrischen Wäscherolle — XVI., Pfenniggelbgasse 19. Strobl Susanne — Gast- und Schankgewerbe — XXI., Hohenfeldgasse 2. Heisinger Irene — Handel mit Papier und Schreibrequisiten — VII., Zieglergasse 23. Kneuwelt rekte Neuwald Nathan Beer — Handel mit Gansfett — I., Dorotheergasse 7. Königberg Anton Adolf — Handel mit Textilwaren — I., Dorotheergasse 3. Levit Siegfried — Kommissionshandel mit Obstseffekten — I., Kohlmarkt 4. Sobotta & Rosenberger — Handel mit Kleiderstoffen und Textilwaren — I., Berdortorgasse 5. Heberer Irma — Wäschewaren-Erzeugung — II., Zirkusgasse 41.

- Ziegelbeim Herch - Erzeugung von jüdischen Gebetskapseln - II, Große Schiffgasse 24.
- Blau Adolf - Handel mit Woll-, Wirk- und Strumpfwaren - II, Billersdorfsgasse 5.
- Apfelgrün Josef Leib - Lebensmittelhandel - II, Ausstellungsstraße 31.
- Fischer Adolf - Handel mit Alteisen, Zute und Wollabfällen - II, Novaragasse 28.
- Kuzicki Marie - Christbaumhandel - IV., Karolinenplatz, Markt.
- Kohl Pauline - Damenkleidermacherin - II., Leopoldsgasse 31.
- Erzem Jakob - Tischlergewerbe - II., Jbbsstraße 19.

23. Jänner 1917.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Johann Maria Farina, gegenüber dem Rudolfsplatz - Parfümerie-waren-Erzeugung - IV., Schönburgstraße 25.
- Hillinger Anastasia - Frauenkleidermachergewerbe - IV., Starckenberggasse 40.
- Holzer Albert - Musikergewerbe - V., Anzengrübberggasse 8.
- Knoll Marie - Schweinefleisch- und Erchwaren-Verschleiß - V., Anzengrübberggasse 23.
- Capuano Abram - Expeditionsgewerbe - V., Högelmüllergasse 2 b.
- Preiß Wilhelm - Erzeugung von Toilette- und Seifenersatz auf kaltem Wege - V., Ziegelofengasse 17.
- Schwarz Heinrich - Schuhwaren-Erzeugung - V., Schwarzhorn-gasse 6.
- Hedeniga Johann - Handelsagentie - V., Pilgramgasse 17.
- Rom Adolf - Handel mit Wäschewaren und Manufakturwaren - V., Grillinggasse 12.
- Hofmann Emma - Fragnergewerbe - V., Reinprechtsdorfer-straße 29.
- Bana Josef - Kleinfuhrwerksgewerbe - V., Jahngasse 38.
- Hofmann Franz - Musikergewerbe - V., Margaretenstraße 138.
- Feldmann Irene - Handel mit Lebensmitteln - V., Reinprechtsdorfer-straße 31.
- Sindelar Johanna - Handel mit Innereien - V., Freige-gasse 13.
- Franz Anton - Gas- und Wasserleitungsinstallationsgewerbe - VII., Neustiftgasse 48.
- Eisenberg Kiesel Salomon - Handel mit Schuhwaren - I., Laurenz-berg 4.
- Habernzentrale, G. m. b. H. - Handel im Großen mit neuen Stoff-abfällen - I., Seirgasse 1.
- Denk Josef - Kleinfuhrwerksgewerbe - XVI., Brunnengasse 8.
- Bauer Sidonie - Verschleiß von Kurzwaren und Trasilantenartikeln - XIX., Daxingergasse, Paradenlager.
- Schneid Theresle - Handel mit Säden, Schafwolle, Emballagen und alten Habern - XIX., Heiligenstädterstraße 78.
- Lipshitz Ludwig - Lederhandel - XIX., Sieveringerstraße 7.
- Fürst Johann - Fleisch-Verschleiß - XVI., Hppenplatz, Markt.
- Weißmann Sali - Handel mit Kurz-, Woll-, Wirk- und Galanterie-waren und Zeichenrequisiten - XVI., Festgasse 18.
- Michael Pauline - Wäschewaren-Erzeugung - XVI., Herbststraße 62.
- Bund & Komp. - Erzeugung von Lederputz- und Konservierungsmitteln - II., Untere Augartenstraße 37.
- Diamant Siegmund - Kommissionshandel mit landwirtschaftlichen Produkten - II., Urneghoferstraße 11.
- Tolgyesi Markus - Fleischhändler - II., Fugbachgasse 19.
- Novotny Wenzel - Friseur und Rasier - II., Haidgasse 5.
- Schattner Menschlein - Handel mit Wein, Spiritus und Sämereien im Großen - II., Rotensterngasse 13.
- Weisberg Jakob - Handel mit Habern und Tuchabfällen - II., Molkerei-straße 3.
- Rintisch Ernestine - Handel mit Schuhwaren - II., Schmelzgasse 10.
- Stern Ludwig - Gemischtwarenhandel - II., Stephaniestraße 10.
- Rußbaum Morblo - Handel mit Schokoladen und Zuckerwaren - Rembrandtstraße 3.
- Kloppsch Abraham Pöb - Handel mit Tuchwaren und Schneiderzubehör-artikeln - II., Krummbaumgasse 2.
- Salter Salomon - Handel mit Manufaktur- und Galanteriewaren - II., Obere Donaustraße 69.
- Hartmann Gisela - Handel mit Spielwaren, Randiten und Papierwaren - II., Czerninplatz 2.
- Ehhart Lucia - Naturblumenhandel - II., Praterstraße 32.
- Feld Ehane - Handel mit Lederabfällen - I., Krestgasse 4.

- Palmeghofer Marie - Fragnergewerbe - XV., Dingelstedtgasse 5.
- Bratmann Josefina, geb. Zubrot - Vermittlung von Engagement für Theater, Konzerte und Varietes (Witwenfortbetrieb nach dem am 14. November 1915 verstorbenen Gatten Rudolf Bratmann) - I., Nibelungengasse 8.

24. Jänner 1917.

Gewerbe-Unternehmungen.

- Biz & Komp., Alleinhaber Biz Siegmund - Kommissionswaren-handel in Rohprodukten - VII., Lindengasse 35.
- Biz & Komp., Alleinhaber Biz Siegmund - Expeditionsgewerbe - VII., Lindengasse 35.
- Brunner Adolf - Erchwaren-Verschleiß - V., Grohngasse 8.
- Krug Moses - Handel mit Stoffabfällen - I., Grohngasse 2.
- Fischer Salome - Handel mit Tuch- und Manufakturwaren - I., Franz Josefs-Rai 43.
- Müller Marie - Kleinfuhrwerksgewerbe - V., Ramperstorfer-gasse 22.
- Er u Gisela - Handel mit Habern - V., Pilgramgasse 24.
- Bauz Anna - Lebensmittelhandel - V., Wehrgasse 5.
- Hörmann Leopoldine - Wäschepuzerei und eine elektrische Wäscheroffe - V., Ramperstorfergasse 35.
- Weiß Eva - Pferdefleisch-Verschleiß - V., Siebenbrunnengasse 62.
- Fischl Salomon - Handel mit elektrotechnischen Erzeugnissen - V., Wiedner Hauptstraße 129.
- Wital Leopoldine - Verschleiß von Randiten - V., Schönbrunner-straße 61.
- Berner Emil - Handelsagentie - V., Gartengasse 22.
- Fügel Amalia - Kaffeeschlegelgewerbe - V., Siebenbrunnengasse 25.
- Angel Ernst - Handel mit Lack-, Farb- und Materialwaren - XVI., Grundsteingasse 47.
- Winkler Marie - Lebensmittel-Verschleiß - XVI., Wilhelmminen-straße 73.
- Leopold Leopoldine - Waff- und Schantgewerbe - XVI., Neulerchen-feiberstraße 51.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Wien während des Krieges	349
Stadttrat:	
Bericht über die Sitzung des Stadtrates vom 15. Februar 1917	351
Allgemeine Nachrichten:	
Bericht über die Ausschuss-Sitzung des Bundes der deutschen Städte Österreichs vom 19. Jänner 1917 im Neuen Wiener Rathaus	359
Frauen-Hilfsaktion im Kriege	380
Kohlenverkauf im Jänner 1917	381
Kriegerdenkmale und Kriegerehrungen	382
R. I. Bezirkschulrat	382
Zentral-Sparlassa der Gemeinde Wien	383
Wiener kommunal-Sparlassa im Bezirke Rudolfsheim	383
Wiener kommunal-Sparlassa im Bezirke Hernals	383
Wiener kommunal-Sparlassa im Bezirke Bähring	383
Wiener kommunal-Sparlassa im Bezirke Döbling	383
Wiener kommunal-Sparlassa im Bezirke Floridsdorf	383
Lebensmittelverkehr:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthall) vom 11. bis 17. Februar 1917	384
Pferdemarkt vom 16. Februar 1917	384
Pferdemarkt vom 20. Februar 1917	384
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 17. Februar 1917	385
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien vom 21. Februar 1917	385
Schlachtviehaufteilung vom 19. Februar 1917	385
Vorkochmarkt vom 20. Februar und 22. Februar 1917	386
Jung- und Stochviehmarkt vom 19. Februar und 22. Februar 1917	386
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Besuch der städtischen Wäder im Monat Jänner 1917	386
Baubewegung:	
Besuche um Baubewilligungen vom 20. bis 22. Februar 1917	387
Eintragungen in den Erwerbsteuer-Kataster	387
Rundmachungen:	
Beilage:	
Mitteilungen der Statistischen Abteilung des Wiener Magistrates pro Dezember 1916.	